

Die Lohnentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

Vasily Astrov (Koordinator), Mario Holzner,
Sebastian Leitner, Isilda Mara, Leon Podkaminer und
Armon Rezai

**FB**

Die Lohnentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

VASILY ASTROV (KOORDINATOR)
MARIO HOLZNER
SEBASTIAN LEITNER
ISILDA MARA
LEON PODKAMINER
ARMON REZAI

STATISTISCHE ASSISTENZ:
ALEXANDRA BYKOVA
BEATE MUCK
MONIKA SCHWARZHAPPEL

Vasily Astrov, Sebastian Leitner, Isilda Mara und Leon Podkaminer sind Ökonomen am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw). Mario Holzner ist Stellvertretender Direktor am wiiw. Armon Rezai ist Director of Policy am wiiw und Dozent für Umweltökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU).

Die Studie wurde im Auftrag der Arbeiterkammer Wien erstellt.

Zusammenfassung

Die Lohnentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

Die Arbeitsmärkte in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU (EU-MOE-8) haben sich seit der globalen Wirtschaftskrise von 2008-2009 deutlich verbessert. Die Arbeitslosenraten gingen kontinuierlich zurück, in erster Linie aufgrund rückläufiger demographischer Entwicklungen und massiver Auswanderung Richtung Westen, was eine Schrumpfung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Folge hatte. Trotzdem war das Lohnwachstum in den EU-MOE-8 noch bis vor kurzem eher verhalten, was dazu führte, dass die Lohnquote generell stabil blieb. Die sogenannte „Phillips-Kurve“, die einen negativen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnwachstum darstellt, gilt also in diesem Zeitraum für die meisten EU-MOE-8 nicht – anders als etwa in Österreich oder Deutschland. Der Hauptgrund dafür ist die voranschreitende Flexibilisierung und Liberalisierung der Arbeitsmärkte der EU-MOE-Länder in den Jahren seit der Wirtschaftskrise. Vor allem die Lohnverhandlungsmechanismen wurden dezentralisiert, und der Grad der kollektivvertraglichen Abdeckung ging, zum Teil dramatisch, zurück. Dies hatte tendenziell eine Verschlechterung der Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen zur Folge, wodurch die positiven Effekte der allgemeinen Verbesserung der Arbeitsmarktlage konterkariert wurden.

Schlüsselwörter: Löhne, Lohnquote, demographische Trends, Migration, Phillips-Kurve, Lohnfindungsmechanismen

JEL Klassifikation: J11, J31, J4, J50

Wage developments in the Central and East European Member States of the EU

Labour markets in the Central and East European Member States of the EU (EU-CEE-8) have improved significantly since the global economic crisis of 2008-2009. Unemployment rates declined steadily, primarily due to adverse demographic trends and massive outward migration to the West, which resulted in a decline in the working-age population. Nevertheless, until recently wage growth in EU-CEE-8 was rather restrained, resulting in generally stable wage shares. The so-called 'Phillips curve', which represents a negative correlation between unemployment and wage growth, did not hold for most EU-CEE-8 during this period – unlike, for example, in Austria or Germany. The main reason for this has been progressive flexibilisation and liberalisation of the labour markets of EU-CEE countries in the years since the economic crisis. In particular, wage negotiation mechanisms have been decentralised and the degree of coverage by collective bargaining agreements has declined, in some cases dramatically. This tended to weaken the negotiating position of employees, thereby counteracting the positive effects of the general improvement in the labour market situation.

Keywords: wages, wage share, demographic trends, migration, Phillips curve, wage-setting mechanisms

JEL classification: J11, J31, J4, J50

INHALT

Einleitung	1
1. Makroökonomische Entwicklungen und Lohnquote	2
1.1. Aktuelle Wirtschaftstrends und Prognosen	2
1.2. Der Zusammenhang von Löhnen, Arbeitsproduktivität und der Lohnquote	4
2. Löhne und Lohnstrukturen	8
2.1. Lohnentwicklung im Allgemeinen	8
2.2. Lohnentwicklungen nach Regionen	11
2.3. Lohnentwicklungen nach Sektor	13
2.4. Sektorale Lohnstrukturen	16
2.5. Lohnentwicklungen im verarbeitenden Gewerbe	19
2.6. Lohnstrukturen im verarbeitenden Gewerbe	21
3. Migration, demographische Entwicklungen und Zukunftsperspektiven	24
3.1. Migration und demographische Entwicklungen	24
3.2. Auswirkungen auf die Löhne und Gehälter	27
3.3. Bevölkerungsprognosen bis 2040	29
3.4. Implikationen	31
4. Determinanten des Lohnwachstums	32
4.1. Inflationsentwicklung	32
4.2. Zur Rolle der Mindestlöhne	32
4.3. Lohnwachstum und Arbeitsmarktbedingungen	34
4.4. Fazit	39
5. Institutionelle Einflussfaktoren auf die Lohnentwicklung	40
5.1. Die Entwicklung des sozialen Dialogs	40
5.2. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	42
5.3. Beschäftigungsschutz	43
5.4. Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe	44
5.5. Informeller Sektor	45
5.6. Maßnahmen zur direkten Schaffung von Arbeitsplätzen	47
5.7. Zusammenfassende Einschätzung der Auswirkung institutioneller Änderungen auf die Lohnentwicklung	49
6. Politikempfehlungen	51
Literatur	55
Anhang	57

TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabelle 2.1 / Durchschnittlicher Brutto-Stundenlohn (VGR), in EUR	11
Tabelle 4.1 / Verbraucherpreisinflation (im Jahresdurchschnitt), in % des Vorjahres	32
Tabelle 4.2 / Gesetzliche Mindestlöhne, auf Bruttobasis pro Monat	33
Tabelle 4.3 / Arbeitslosigkeit und nominelle Lohnstückkosten: Schätzungsergebnisse für 2000-2017 ...	37
Tabelle 4.4 / Arbeitslosigkeit und Lohnquote: Schätzungsergebnisse für 2000-2017	38
Tabelle 5.1 / Abdeckungsrate durch Kollektivverträge	41
Tabelle 5.2 / Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	43
Tabelle 5.3 / OECD Indikatoren des Beschäftigungsschutzes	44
Tabelle 5.4 / Nettoersatzraten durch staatliche Beihilfen ¹⁾	44
Tabelle 5.5 / Schätzung des informellen Sektors im Ländervergleich	46
Tabelle 5.6 / Verhältnis teilnehmender Personen an direkten Beschäftigungsprogrammen zur Gesamtzahl der Beschäftigten	47
Tabelle 6.1 / Prognose arbeitsfähige Bevölkerung (Alter 20-64), 2015 = 1	53
Tabelle 6.2 / Erwerbslose über Erwerbstätige	53
Abbildung 1.1 / Reales BIP-Wachstum 2016-2017, Prognose 2018-2020	2
Abbildung 1.2 / Leistungsbilanz in % des BIP 2016-2017, Prognose 2018-2020	3
Abbildung 1.3 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, EU-MOE-8,	4
Abbildung 1.4 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, EU-MOE-8 Log-Veränderung 3 Jahre gleitender Durchschnitt	5
Abbildung 1.5 / Realer Output pro Stunde und Lohnquote, EU-MOE-8 Log-Veränderung 3 Jahre gleitender Durchschnitt	6
Abbildung 1.6 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, EU-MOE-8	7
Abbildung 2.1 / Reales Lohnwachstum in EU-MOE-8	8
Abbildung 2.2 / Arbeitnehmerentgelt pro Stunde nach Regionen (auf NUTS-2-Ebene)	11
Abbildung 2.3 / Variationskoeffizient regionaler Lohnunterschiede, 2010 und 2015	12
Abbildung 2.4 / Durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt pro Stunde nach Regionen	13
Abbildung 2.5 / Reales Wachstum der Stundenlöhne im EU-MOE-8-Durchschnitt, nach Wirtschaftsbereichen NACE Rev. 2	15
Abbildung 2.6 / Reales Wachstum der Stundenlöhne, Gesamtwirtschaft vs. verarbeitendes Gewerbe ..	16
Abbildung 2.7 / Lohnstruktur nach Wirtschaftsbereichen	17
Abbildung 2.8 / Reales Wachstum der Stundenlöhne im EU-MOE-8-Durchschnitt, nach Industriebranchen, NACE Rev. 2 2-Stellerebene	20
Abbildung 2.9 / Lohnstruktur innerhalb des verarbeitenden Gewerbes	21
Abbildung 3.1 / Natürliche Veränderung der Bevölkerung und Nettomigration in EU-MOE-8-Ländern, 2000-2016	24
Abbildung 3.2 / Natürliche Veränderung der Bevölkerung und Nettomigration in EU-MOE-8-Ländern, 2000-2016, pro Tausend Einwohner	25
Abbildung 3.3 / Arbeitslosenquote vs. Quote der offenen Stellen (Beveridge-Kurve) in EU-MOE-8, 2012-2016	27
Abbildung 3.4 / Reallohnwachstum vs. Nettoeinwanderungssaldo in EU-MOE-8, 2012-2016	29

Abbildung 3.5 / Prognosen für das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in EU-MOE-8, nach Altersstruktur, 2015-2040	30
Abbildung 3.6 / Prognosen für Nettomigration in EU-MOE-8, nach Altersstruktur, 2015-2040	30
Abbildung 3.7 / Prognosen für Nettomigration als Anteil an der Bevölkerung in EU-MOE-8, nach Altersstruktur, 2015-2040	31
Abbildung 4.1 / Nomineller gesetzlicher Mindestlohn, auf Bruttobasis pro Monat.....	34
Abbildung 4.2 / Nominelles Lohnwachstum und Arbeitslosenquote (LFS), in %	35
Abbildung 6.1 / Kredit-Einlagen-Quote (links) und Anteil der notleidenden Kredite (>90 Tage Zahlungsverzug) an allen Krediten an private Kunden.....	52
Box 2.1 / Methodologische Unterschiede bei der Erfassung von Lohnentwicklungen	9
Box 3.1 / Grenzgänger in EU-MOE-8	26
Box 4.1 / Arbeitslosigkeit und Lohnstückkosten: Ökonometrische Methodologie.....	37
Box 4.2 / Impulse-Response-Funktion am Beispiel Tschechiens.....	39
Box 5.1 / Programm der ‚gemeinnützigen Beschäftigung‘ in Ungarn	47
Box Tabelle 2.1 / Reales Lohnwachstum in %: VGR versus Unternehmenserhebungen	10

Anhang

Tabelle A1 / Reales BIP-Wachstum 2016-2017, Prognose 2018-2020.....	57
Tabelle A2 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, Lohnquoten, EU-MOE-8.....	58
Abbildung A1 / Natürliche Veränderung der Bevölkerung und Nettomigration in den einzelnen EU-MOE-Ländern.....	59
Abbildung A2 / Migrationsumsatz in den einzelnen EU-MOE-Ländern	62

Einleitung

In dieser Studie beschreiben wir die Lohnentwicklung in den für Österreich wichtigen acht EU-Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa (EU-MOE-8: Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) in den vergangenen Jahren und analysieren deren Determinanten. Dies erlaubt uns, Politikempfehlungen auszuarbeiten, welche dabei helfen sollen, die Volkswirtschaften in EU-MOE-8 positiv zu stimulieren und der Bevölkerung die Aussicht auf langfristigen und abgesicherten Wohlstand zu geben. Löhne bilden für den Großteil der Bevölkerung in den EU-MOE-8-Ländern die wichtigste Einnahmequelle, und diese (Bruttoreal-)Löhne sind in der mittleren Frist (2000-2016) in den vier Visegrád-Ländern (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) im Schnitt um fast einen Prozentpunkt jährlich langsamer gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt (wiiw-Jahresdatenbank). Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit aufgrund der Wirtschaftskrise stark gestiegen. In letzter Zeit erholten sich die Lohnquoten in den EU-MOE-8-Ländern langsam wieder, und die Arbeitslosigkeit ging stark zurück. Dies hat nun verzögert zu einem Ansteigen der (Bruttoreal-)Löhne geführt. Zudem hat sich der Emigrationstrend fortgesetzt, was zu einer weiteren Verknappung des Arbeitskräfteangebotes geführt hat. Gleichzeitig wurden jedoch, zum Teil in Antwort auf die Krise, Arbeitsmarktinstitutionen von der gesamtwirtschaftlichen/sektoralen auf die betriebliche Ebene verlagert. Anhebungen der Mindestlöhne in vielen der EU-MOE-8-Länder führten zu einer Kompression am unteren Ende der Lohnverteilung. Diese sind jedoch kein Ersatz für die wichtigen makroökonomischen Stabilisierungsfunktionen von koordinierenden Arbeitsmarktinstitutionen, welche gerade in Hinblick auf die EU-MOE-8-spezifischen Probleme der Emigration, des für ein rasches Aufschließen an Westeuropa zu langsamen Produktivitätswachstums, der (Über-)Alterung der Bevölkerung und der starken Abhängigkeit von ausländischer Nachfrage wichtig wären.

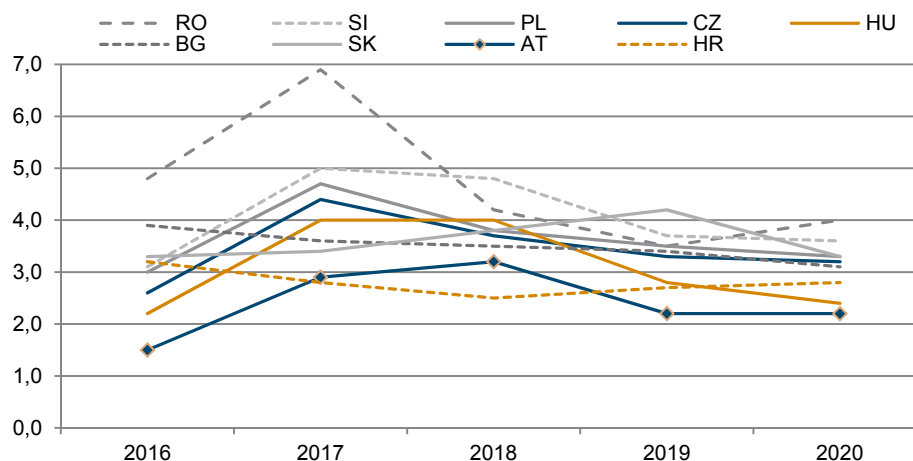
Die Studie ist wie folgt strukturiert. Im nächsten Abschnitt wird die aggregierte Lohnentwicklung in jener der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsproduktivität unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen auf die Lohnquote eingebettet. In Abschnitt 2 wird die Lohnentwicklung und die Veränderung der Lohnstruktur nach NUTS-2-Regionen und nach Industrieklassifikation über die Zeit beschrieben. Abschnitt 3 analysiert den Einfluss von demographischen Entwicklungen und Migration auf die Löhne in den EU-MOE-8-Ländern mit Bezugnahme auf aktuelle Prognosen zum Bevölkerungswachstum. Abschnitt 4 untersucht das Verhältnis von Lohn-, Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung (unter anderem anhand der sogenannten „Phillips-Kurve“). Abschnitt 5 gibt einen Überblick über die institutionellen Einflussfaktoren der Lohnentwicklung mit besonderem Schwerpunkt auf die Entwicklung der sozialpartnerschaftlichen Lohnfestsetzungsmechanismen und Arbeitsmarktregulierung, sowie Entgeltersatzleistungen und sonstige soziale Absicherungsmechanismen. Abschließend werden diese qualitativen und quantitativen Determinanten der Lohnentwicklung in EU-MOE-8 zusammengefasst und daraus Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen unter Bezugnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit, ausländische Direktinvestitionen und mögliche Zahlungsbilanzbeschränkungen abgeleitet.

1. Makroökonomische Entwicklungen und Lohnquote

1.1. AKTUELLE WIRTSCHAFTSTRENDS UND PROGNOSEN

Die Volkswirtschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOE) befinden sich in einer konjunkturellen Hochphase – zumindest wenn man die schwachen Wachstumszahlen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Gefolge der globalen Finanzkrise als Maßstab heranzieht. Das Wachstum in 8 EU Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa (EU-MOE-8) hat sich im Schnitt von den robusten 3,3% 2016 auf kräftige 4,3% 2017 gesteigert. Die Dynamik wird auch in den kommenden Jahren hoch bleiben, aber sich vermutlich langsam wieder auf knapp über 3% bis 2020 absenken (Abbildung 1.1 und Tabelle A1 im Anhang).

Abbildung 1.1 / Reales BIP-Wachstum 2016-2017, Prognose 2018-2020



Anmerkung: Reihung nach der Wachstumsrate für 2017.

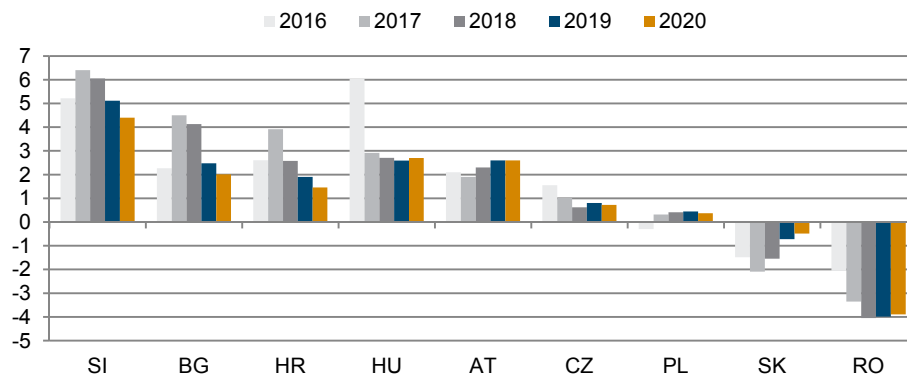
Quelle: wiiv-Jahresdatenbank, WIFO.

Die internationalen Rahmenbedingungen sind derzeit so wachstumsfördernd wie schon lange nicht mehr. Nicht nur die Eurozone (der wichtigste Absatzmarkt für Güter und Dienstleistungen aus der Region), auch die anderen großen Wirtschaftsräume (USA, China, Japan) erleben einen breiten und synchronisierten Aufschwung. Neben den positiven Wachstumsimpulsen aus dem Außenhandel trägt insbesondere die heimische Nachfrage zum Wirtschaftswachstum bei. Infolge angespannter Arbeitsmärkte (unter anderem aufgrund des Alterungsprozesses und der starken Auswanderung der letzten Jahre) und höherer Mindestlöhne führt das starke Lohnwachstum zu steigender Konsumnachfrage. Das befeuert auch die Investitionen, welche zusätzlich von EU-Fördermitteln angetrieben werden, die typischerweise gegen Ende eines Mehrjährigen Finanzrahmens der EU (aktuelle Periode 2014–2020) an Intensität gewinnen.

Das Wirtschaftswachstum in Rumänien ist besonders hoch. Es wird im Wesentlichen von einer stark pro-zyklischen, expansiven Fiskalpolitik getragen, welche in der Form in den kommenden Jahren

wahrscheinlich nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Das hat auch zu einem heftigen Anstieg des Leistungsbilanzdefizits geführt (Abbildung 1.2), zumal die Importe stärker als die Exporte angestiegen sind. Das Land, in welchem kurzfristig mit den höchsten Wachstumsraten zu rechnen ist, ist die Slowakei. Hier baut gerade Jaguar Land Rover eine neue Automobilfabrik, welche in den kommenden Jahren die Exportkapazitäten der slowakischen Volkswirtschaft weiter ausbauen wird. Das wird sich auch in einer Verbesserung der slowakischen Leistungsbilanz widerspiegeln. Am anderen Ende findet sich Ungarn. Das Land wird bis 2020 mit den niedrigsten Wachstumszahlen (klar unter 3%) der Region rechnen müssen. Die Regierung Orbán hat mit Blick auf die ungarischen Parlamentswahlen am 8. April 2018 mit eigenen Mitteln aus dem Staatsbudget (zukünftige) EU-Investitionsförderungen vorfinanziert. Damit und mit ähnlichen fiskalischen Interventionen ist in den kommenden Jahren nicht mehr zu rechnen.

Abbildung 1.2 / Leistungsbilanz in % des BIP 2016-2017, Prognose 2018-2020



Anmerkung: Reihung nach der Leistungsbilanz für 2017.
 Quelle: wiiw-Jahresdatenbank, Eurostat.

Die meisten Länder der Region können auch weiterhin mit Leistungsbilanzüberschüssen rechnen. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist also bis auf absehbare Zeit nicht gefährdet. Im Gegenteil, eine ausgeglichene Leistungsbilanz wäre ein sinnvolles Ziel. Auch kleinere Leistungsbilanzdefizite sind für Länder im Aufholprozess mit den entsprechenden Kapitalanforderungen nützlich. Die vergleichsweise ausgeglichenen Positionen von Polen und der Slowakei erscheinen diesbezüglich vorbildhaft.

Die längerfristigen Aussichten für die EU-MOE-8 und deren Konvergenz zum westeuropäischen Niveau sind allerdings durch mehrere Risiken getrübt. Die hohen Wachstumsraten, wie sie in den Boom-Jahren vor 2008 in vielen Ländern der Region zu beobachten waren, erscheinen mittel- bis langfristig wenig wahrscheinlich. Vor allem die Kombination aus der schwachen Produktivitätsdynamik (zum Teil aufgrund nachfrageseitiger Engpässe) und fehlenden Arbeitskräften dürfte dazu ausschlaggebend sein (World Bank, 2018). Ein hemmender Faktor ist das erwartete BIP-Wachstum in der Eurozone, das – trotz der jüngsten Konjunkturankurbelung – mittel- bis langfristig mit hoher Wahrscheinlichkeit niedriger sein wird als in den Jahren vor der Krise.¹

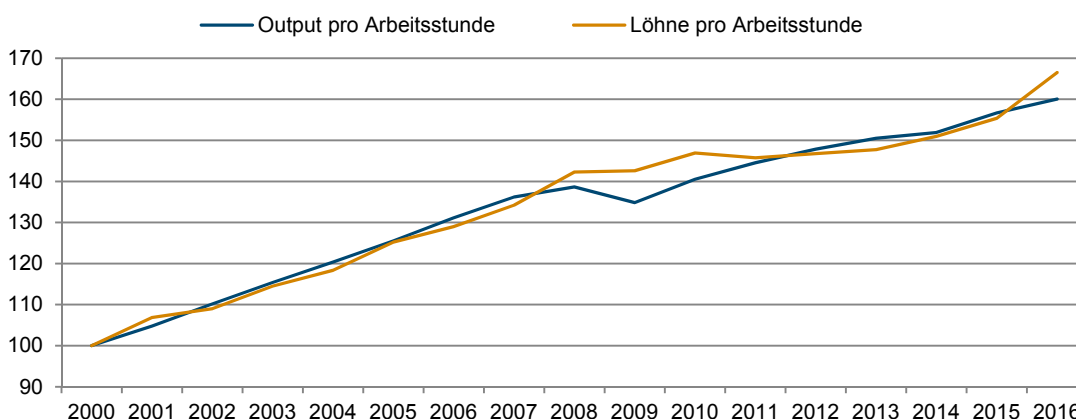
¹ Für eine Konvergenz des pro-Kopf-Einkommens der EU-MOE-8 zum westeuropäischen Niveau ist dies allerdings an sich kein Problem.

Auch die „strukturelle“ Anbindung der meisten EU-MOE an die westeuropäischen Länder (allen voran Deutschland), die durch hohe Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen und zunehmende Integration in internationale Wertschöpfungsketten entstanden ist, könnte mittel- bis langfristig aus zweierlei Sicht problematisch sein. Einerseits fließt ein nicht unwesentlicher Teil des BIP² der EU-MOE-8 als Profite an ausländische Investoren ab; diese Abflüsse werden nur teilweise durch die Nettotransfers aus dem EU-Budget kompensiert. Laut Piketty (2018) gehört mittlerweile mehr als die Hälfte des Produktionskapitals in der EU-MOE-8 den Ausländern. Andererseits ist die EU-MOE-8 innerhalb von internationalen Wertschöpfungsketten in erster Linie auf die Fertigung spezialisiert, die einen relativ geringen Mehrwert erzeugt (Hauptgeschäftsdienstleistungen und Forschung und Entwicklung, die „höherwertige“ Teile der Wertschöpfungskette darstellen, finden zumeist in Westeuropa statt). Sollten diese Spezialisierungsmuster auch in der Zukunft unverändert bleiben, besteht grundsätzlich die Gefahr, dass die EU-MOE-8 Westeuropa nie aufholen könnte (mehr dazu siehe Stöllinger, 2018 sowie den Abschnitt 6).

1.2. DER ZUSAMMENHANG VON LÖHNEN, ARBEITSPRODUKTIVITÄT UND DER LOHNQUOTE

Für große, geschlossene Volkswirtschaften wie beispielsweise die USA kann man seit Anfang der 1970er-Jahre eine Entkoppelung von Arbeitsproduktivitäts- und Lohnwachstum erkennen; ersteres war tendenziell höher als letzteres. Die Gründe dafür sind vermutlich weniger im technologischen Fortschritt zu suchen als landläufig geglaubt. Stansbury und Summers (2018) suggerieren, dass insbesondere auch institutionelle und strukturelle Faktoren dafür ausschlaggebend sind. Das Resultat dieser Entwicklungen war eine stark fallende Lohnquote in Prozent des BIP in den USA. Was kann diesbezüglich für die EU-MOE-8 über die jüngere Vergangenheit gesagt werden? Folgen diese kleinen, offenen Volkswirtschaften einem ähnlichen Pfad?

Abbildung 1.3 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, EU-MOE-8, Index 2000=100, 2000–2016



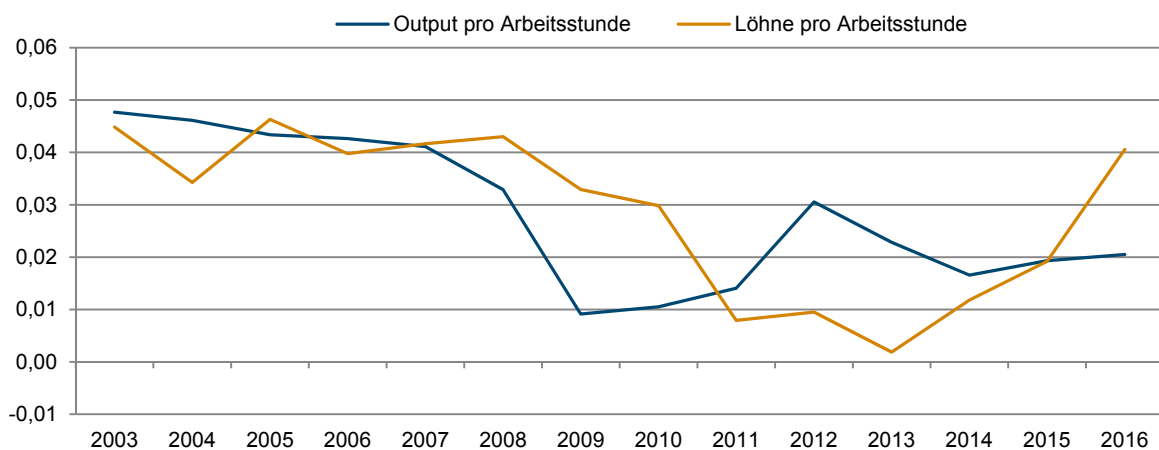
Anmerkung: Nicht-gewichteter Durchschnitt für die im jeweiligen Jahr verfügbaren EU-MOE-8-Länder.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

² Die Profite ausländischer Investoren lagen im Durchschnitt von 2010 bis 2016 z.B. bei 4,2% des BIP in der Slowakei, 4,7% in Polen, 7,2% in Ungarn und 7,6% in Tschechien (Piketty, 2018).

Für den Durchschnitt der EU-MOE-8 kann man in der jüngsten Vergangenheit (seit 2007) das Gegenteil beobachten (Abbildung 1.3): die Löhne sind tendenziell schneller gestiegen als die Arbeitsproduktivität. Der Vergleich der realen Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes je geleisteter Arbeitsstunde mit jener der Löhne und Gehälter je geleisteter Arbeitsstunde der Angestellten zeigt, dass sich in den EU-MOE-8 die Stundenlöhne, insbesondere beim Ausbruch der globalen Finanzkrise und zuletzt viel stärker entwickelt haben als die Produktivität. Zumal die meisten EU-MOE-8 Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften (die in mehreren Ländern weiter steigen), scheint diese Entwicklung vorerst makroökonomisch unbedenklich zu sein. Im Gegenteil, sie spiegelt einen notwendigen Aufholprozess wider.

Abbildung 1.4 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, EU-MOE-8 Log-Veränderung 3 Jahre gleitender Durchschnitt

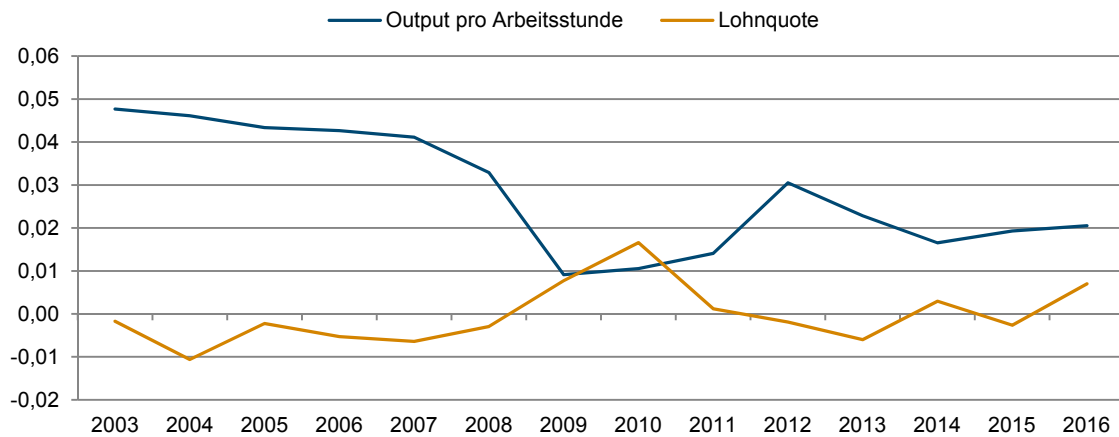


Anmerkung: Nicht-gewichteter Durchschnitt für die im jeweiligen Jahr verfügbaren EU-MOE-8-Länder.
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Veränderung der logarithmierten Daten im dreijährigen gleitenden Durchschnitt (Abbildung 1.4), kann man erkennen, dass die Entwicklungen von Produktivität und Entlohnung nicht vollkommen voneinander losgelöst sind, sondern dass diese zeitversetzt erscheinen: die Lohnentwicklung folgt der Arbeitsproduktivitätsdynamik mit einer Verzögerung von mehreren Jahren. Nichtsdestotrotz erkennt man auch hier, dass in den EU-MOE-8-Ländern die Löhne in den meisten Jahren des Beobachtungszeitraums schneller gestiegen sind als die Produktivität (ausgenommen die Nachkrisenperiode 2011-2014). Das deutet darauf hin, dass in den EU-MOE-8 die Lohnfindung weitestgehend dem freien Markt überlassen ist und es im Sinne einer produktivitätsorientierten Lohnfestsetzung zu regelmäßigem Über- und Unterschneiden kommt.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu beobachten, wie die Veränderungen von Produktivität und Lohnquote (Löhne und Gehälter als Anteil am BIP) im Durchschnitt der EU-MOE-8 klar gegengleich verlaufen (Abbildung 1.5). Dies dokumentiert unter anderem auch die weitgehende Starrheit von Löhnen nach unten. Insgesamt haben sich die Lohnquoten über den Beobachtungszeitraum hinweg kaum verändert. Im EU-MOE-8-Durchschnitt ist die Lohnquote (Jahreslöhne und Gehälter in % des BIP) nur marginal angestiegen (2000: 34,0%; 2016: 34,2%).

**Abbildung 1.5 / Realer Output pro Stunde und Lohnquote, EU-MOE-8 Log-Veränderung
3 Jahre gleitender Durchschnitt**



Anmerkung: Nicht-gewichteter Durchschnitt für die im jeweiligen Jahr verfügbaren EU-MOE-8-Länder.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

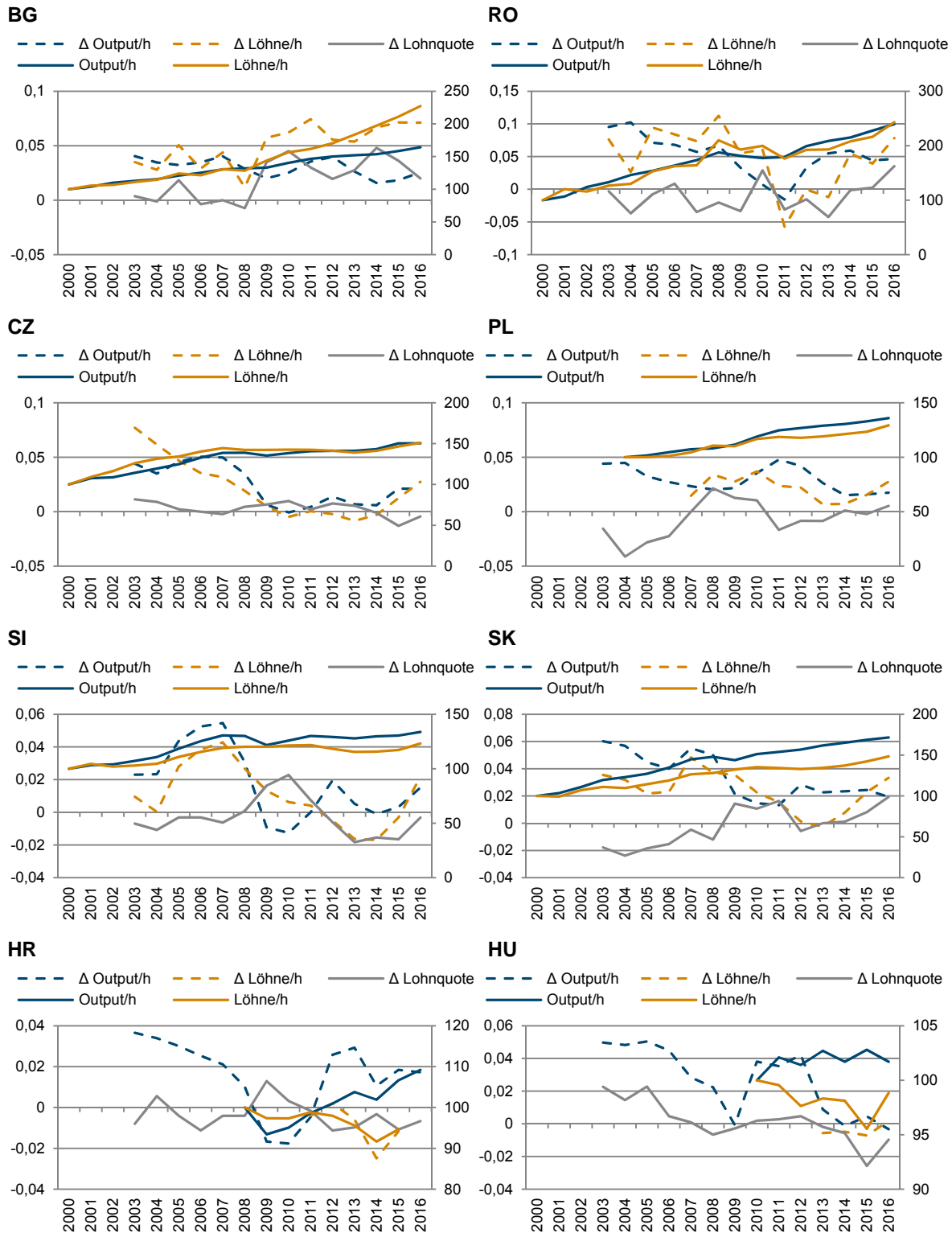
Betrachtet man die in den Abbildungen 1.3, 1.4 und 1.5 für den Durchschnitt der Region gebildeten Zeitreihen für jedes der EU-MOE-8-Länder einzeln (Abbildung 1.6), erkennt man, dass das Abweichen der Löhne von der Arbeitsproduktivität 2008 insbesondere von der Entwicklung in Bulgarien und Rumänien (2008-2010) getrieben ist. Im Falle der Tschechischen Republik, Polens, Sloweniens und (bis zu einem gewissen Grad auch) der Slowakei sind Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung größtenteils Hand in Hand gegangen. In Ungarn und später auch in Kroatien ist die Arbeitsproduktivität sogar schneller als die Lohnentwicklung angestiegen. Allerdings sind diese beiden Ergebnisse aufgrund der kürzeren Zeitreihen schlechter zu vergleichen.

Ähnlich wie im Durchschnitt für die EU-MOE-8-Region scheinen auch bei den einzelnen Ländern die (Log-)Veränderungen (im 3-jährigen gleitenden Durchschnitt) der Produktivität und der Entlohnung zeitversetzt zu wirken. Das Muster ist aber nicht vollkommen einheitlich. Auch die Veränderung der Lohnquote scheint in der Regel (außer bei Ungarn) mit jener der Produktivität gegengleich zu verlaufen – ähnlich wie im Durchschnitt der Region. Für die Periode 2000-2016 ist die Lohnquote (in % des BIP) in fast allen Ländern in EU-MOE-8 weitgehend stabil geblieben. Ausnahmen bilden Bulgarien (+9 Pp.) und Kroatien (-4 Pp.).

Über längere Zeiträume kann aber auch für einige der anderen Länder der EU-MOE-Region gezeigt werden, dass die Arbeitseinkommen als Anteil am BIP auf dem Rückzug sind. AMECO-Daten zur bereinigten Lohnquote zeigen dramatische Rückgänge beispielsweise für Polen (1992: 62,8%; 2017: 47,7%) über die sehr lange Frist. Über den Durchschnitt der EU-MOE-8 für den Zeitraum von 1996 bis 2017 ist diese Quote von 55,1% auf 51,2% etwas weniger gefallen. Für diese langfristigen Entwicklungen sind, wie von Stansbury und Summers (2018) beschrieben, unter anderem institutionelle und strukturelle Veränderungen verantwortlich zu machen.

Abbildung 1.6 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, EU-MOE-8

Index und Log-Veränderung 3 Jahre gleitender Durchschnitt, Lohnquote Log-Veränderung 3 Jahre gleitender Durchschnitt, 2000–2016



Anmerkung: Alle Realangaben deflationiert mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

2. Löhne und Lohnstrukturen

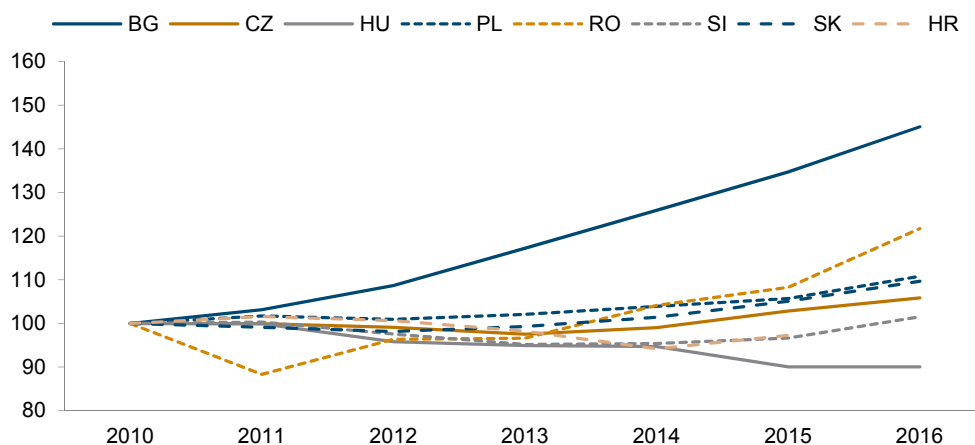
2.1. LOHNENTWICKLUNG IM ALLGEMEINEN

Die Weltwirtschaftskrise von 2008-2009 hat auch in der EU-MOE-8 (Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) deutliche Spuren hinterlassen. Alle EU-MOE-8-Länder bis auf Polen verzeichneten im Jahr 2009 eine BIP-Rezession. Polen konnte dagegen als das größte Land der Region, das weniger vom Einbruch der Auslandsnachfrage betroffen war und die Bildung von Kreditblasen in den Jahren zuvor vermeiden konnte, positives Wachstum beibehalten.

Auch in den ersten Jahren nach der Krise (2010 bis 2013) war das Wachstum in der EU-MOE-8 sehr verhalten. Es wurde vor allem durch die stagnierende bzw. zurückgehende heimische Nachfrage gebremst. Ein Grund war der Schuldenabbau („deleveraging“) des privaten Sektors, indem die Unternehmen und private Haushalte weniger Mittel für Investitions- bzw. Konsumausgaben übrig hatten. In vielen Ländern, insbesondere in Tschechien, kamen noch die Sparpakete der Regierungen hinzu, auch wenn die Lage der öffentlichen Finanzen in den meisten EU-MOE-8, eventuell mit der Ausnahme Ungarns, generell wenig Anlass zur Sorge gab. Als Ergebnis war das BIP-Wachstum generell sehr niedrig und fast ausschließlich durch die Netto-Exporte getragen.

Abbildung 2.1 / Reales Lohnwachstum in EU-MOE-8

Index, 2010=100



Anmerkung: Reales Wachstum der Stundenlöhne (mit VPI deflationiert), VGR-Daten.

Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

Dieses Wachstumsmodell der früheren Jahre hat sich inzwischen weitgehend geändert. Seit 2013-2014 wurde das Wachstum der EU-MOE-8 zunehmend vom privaten Konsum getragen, der in erster Linie durch steigende Löhne und Haushaltseinkommen im Allgemeinen gestützt war. Die detaillierten VGR-Statistiken, die es erlauben, Stundenlohnentwicklung in den einzelnen EU-MOE-8-Ländern auf

methodologisch ähnlicher Basis miteinander zu vergleichen, zeigen jedoch, dass die Lohnzuwächse im Allgemeinen bei Weitem nicht so ausgeprägt waren, wie aus den Unternehmensbefragungen hervorgeht. Außerdem variieren sie stark je nach Land (siehe Abbildung 2.1 und Box 2.1 für methodologische Details der beiden Datenquellen).

Unter den EU-MOE-8 hat Bulgarien das mit Abstand höchste Stundenlohnwachstum erzielt – um insgesamt 45% zwischen 2010 und 2016, was einem durchschnittlichen Wachstumstempo von etwa 7% pro Jahr entspricht. Bulgarien ist aber auch das ärmste Land der Region, wo das Aufholpotenzial am ehesten vorhanden ist. Auch in Rumänien, dem zweitärmsten Land der Region, sind die Stundenlöhne relativ stark angestiegen, um insgesamt 22% im selben Zeitraum. Das 12%ige Lohnwachstum im Jahr 2016 in Rumänien war allerdings vor allem auf die Anhebung des Mindestlohns zurückzuführen (mehr dazu siehe unten).

In den restlichen EU-MOE-8-Ländern sind allerdings die Löhne viel weniger angestiegen: insgesamt um nicht mehr als 10%, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von weniger als 2% entspricht. In Ungarn ist der durchschnittliche reale Stundenlohn sogar um insgesamt 10% gesunken. Gleichzeitig gab es generell eine Beschleunigung der Lohndynamik über die Zeit, vor allem seit 2015, die mit der deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen zu tun hat (mehr dazu siehe unten). Dieser Trend setzte sich im Jahr 2017 fort – siehe Box-Tabelle 2.1, die die Dynamik der realen Bruttonomatslöhne auf der Grundlage von Unternehmensbefragungen darstellt (VGR-Statistiken für 2017 sind noch nicht verfügbar).

BOX 2.1 / METHODOLOGISCHE UNTERSCHIEDE BEI DER ERFASSUNG VON LOHNENTWICKLUNGEN

Die realen Lohndaten, die dieser Studie grundsätzlich zugrunde liegen, stammen primär von den Nominallohnstatistiken aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), die mit dem Verbraucherpreisindex deflationiert wurden. Es handelt sich dabei grundsätzlich immer um die *Bruttolöhne*, welche die vom Arbeitnehmer zu entrichtenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge mitenthalten. Die VGR-Statistiken werden von den einzelnen Ländern an Eurostat geliefert und haben den Vorteil der einheitlichen Methodologie über die Länder. Außerdem stellen die VGR-Statistiken Daten über die Beschäftigung bzw. die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden zur Verfügung. Dadurch ist es möglich, den Stundenlohn zu berechnen, der aus unserer Sicht den aussagekräftigsten Lohnindikator darstellt. Der Nachteil der VGR-Daten besteht darin, dass sie mit einer zeitlichen Verzögerung verfügbar sind. Daher basiert unsere Analyse grundsätzlich auf dem Zeitraum bis 2016, weil noch keine Daten für 2017 vorhanden sind.

Eine alternative Datenquelle für die Lohndaten sind Unternehmenserhebungen. Box-Tabelle 2.1 zeigt, dass die aus diesen Daten berechneten Lohnwachstumsraten von den VGR-Daten zum Teil stark abweichen. Tendenziell liegen sie höher als die Lohnwachstumsraten, die sich aus den VGR-Statistiken ergeben.

Box Tabelle 2.1 / Reales Lohnwachstum in %: VGR versus Unternehmungserhebungen

		2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
BG	VGR	12,0	8,9	3,1	5,4	7,8	7,4	7,0	7,7	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	8,8	3,9	1,5	3,5	5,1	7,5	7,0	8,9	8,0
CZ	VGR	0,0	0,2	-0,1	-0,8	-1,6	1,6	3,8	2,9	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	2,3	0,7	0,6	-0,8	-1,5	2,5	2,9	3,0	4,4
HU	VGR	.	.	-0,4	-1,9	0,7	-0,2	-2,6	3,4	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	-3,5	-3,4	1,3	-0,9	1,7	3,2	4,4	5,7	7,6
PL	VGR	-0,5	6,0	1,7	-0,7	1,1	1,8	1,8	4,8	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	2,0	1,4	1,4	0,1	2,8	3,2	4,5	4,2	5,0
RO	VGR	-8,1	3,6	-11,7	9,1	0,3	7,7	4,0	12,4	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	-0,8	-2,8	-1,6	0,8	0,8	6,5	10,4	11,7	13,8
SI	VGR	0,0	1,0	0,3	-2,8	-2,4	0,2	1,3	5,0	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	2,5	2,1	0,2	-2,4	-2,0	0,9	1,2	1,9	1,1
SK	VGR	3,4	2,3	-0,9	-0,9	1,1	2,1	3,6	4,4	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	1,4	2,2	-1,6	-1,2	1,0	4,2	3,2	3,8	3,3
HR	VGR	-2,6	-0,1	1,5	-0,9	-2,4	-4,1	3,3	.	.
	<i>Unternehmungserhebungen</i>	-0,2	-1,5	-0,8	-2,3	-1,4	0,4	1,8	3,0	2,7

Anmerkung: VGR-Daten auf Basis von Stundenlöhnen.

Quelle: Eurostat und wiiw-Jahresdatenbank, eigene Berechnungen.

Diese Abweichung ist primär auf die methodologischen Unterschiede zwischen der VGR und den Unternehmungserhebungen zurückzuführen. Die Methodologie der Unternehmungserhebungen variiert je nach Land, was Ländervergleiche schwierig macht. In Ungarn werden z.B. nur Unternehmen mit jeweils mehr als 5 Beschäftigten befragt, in den restlichen EU-MOE-8 dagegen alle Unternehmen. In der Slowakei und Slowenien werden die Löhne aller Arbeitnehmer statistisch erfasst, in Ungarn jedoch nur die Löhne der Vollzeitbeschäftigten, während sie in den restlichen Ländern (Bulgarien, Tschechien, Polen und Rumänien) in ein Vollzeitäquivalent umgerechnet werden.

Insgesamt bleiben die Stundenlöhne in den EU-MOE-8-Ländern wesentlich unterhalb jener in Österreich bzw. Westeuropa (Tabelle 2.1). Einerseits ist dies auf die niedrigere Arbeitsproduktivität in der EU-MOE-8-Region zurückzuführen, die vor allem mit einer niedrigeren Kapitalausstattung zusammenhängt. Andererseits ist aber auch die Lohnquote (das Verhältnis von Löhnen zum BIP) in den EU-MOE-8-Ländern deutlich niedriger als etwa in Österreich bzw. in Westeuropa generell (mehr dazu siehe unten).

Tabelle 2.1 / Durchschnittlicher Brutto-Stundenlohn (VGR), in EUR

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bulgarien	2,4	2,7	2,9	3,1	3,4	3,6	3,8	4,0
Tschechien	6,1	6,5	6,8	6,9	6,6	6,4	6,7	7,0
Ungarn	4,8	5,7	5,8	5,8	5,8	5,6	5,4	5,6
Polen	4,1	4,8	4,9	5,0	5,1	5,2	5,2	5,2
Rumänien	2,9	3,2	3,0	3,2	3,4	3,7	3,8	4,2
Slowenien	12,3	12,7	13,0	13,0	12,9	13,0	13,0	13,7
Slowakei	6,0	6,2	6,4	6,6	6,8	6,9	7,1	7,4
Kroatien	7,0	7,2	7,3	7,4	7,3	7,0	7,2	7,3
Österreich	20,5	20,7	21,1	21,9	22,5	23,0	23,9	24,3

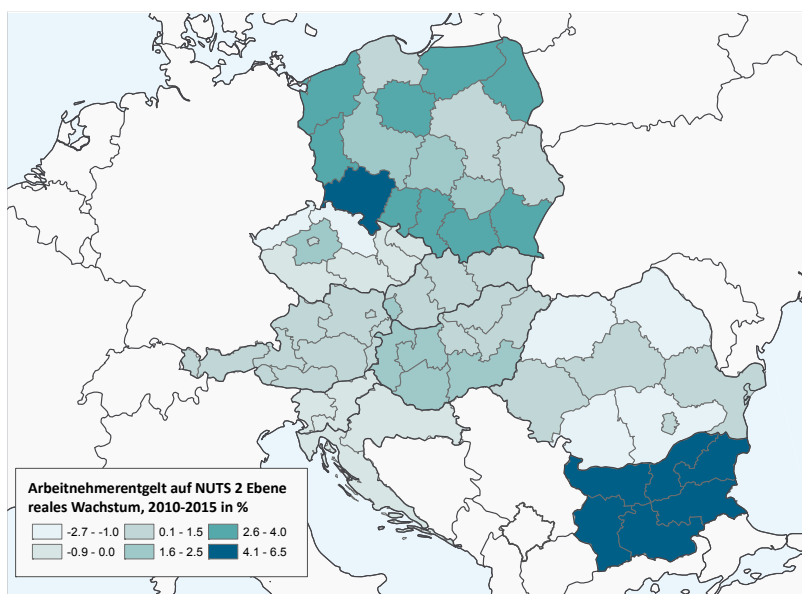
Quelle: Eurostat.

2.2. LOHNENTWICKLUNGEN NACH REGIONEN

Die Statistiken, die für die EU-MOE-8-Länder auf regionaler (NUTS-2-)Ebene verfügbar sind, zeigen zum Teil deutliche regionale Diskrepanzen bei der Lohnentwicklung (Abbildung 2.2).³

Abbildung 2.2 / Arbeitnehmerentgelt pro Stunde nach Regionen (auf NUTS-2-Ebene)

reales Wachstum in %, Durchschnitt 2010-2015



Anmerkungen: VGR-Daten. Für Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn Durchschnitt 2010-2014. Für Rumänien Entgelt pro Arbeitnehmer. Regionale Daten für Kroatien liegen nicht vor; die auf der Karte dargestellte Wachstumsdynamik gilt für ganz Kroatien.

Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

In vielen EU-MOE-8-Ländern war das Lohnwachstum tendenziell in denjenigen Regionen stärker, die sich in der Nähe reicherer Nachbarländer befinden. So verzeichnete die Region um Bratislava, die an

³ Auf regionaler Ebene gibt es von Eurostat lediglich Daten über die Arbeitnehmerentgelte, die neben dem Bruttolohn auch die Lohnnebenkosten mitenthalten, die vom Arbeitgeber getragen werden. Für Kroatien gibt es keine regionalen Daten.

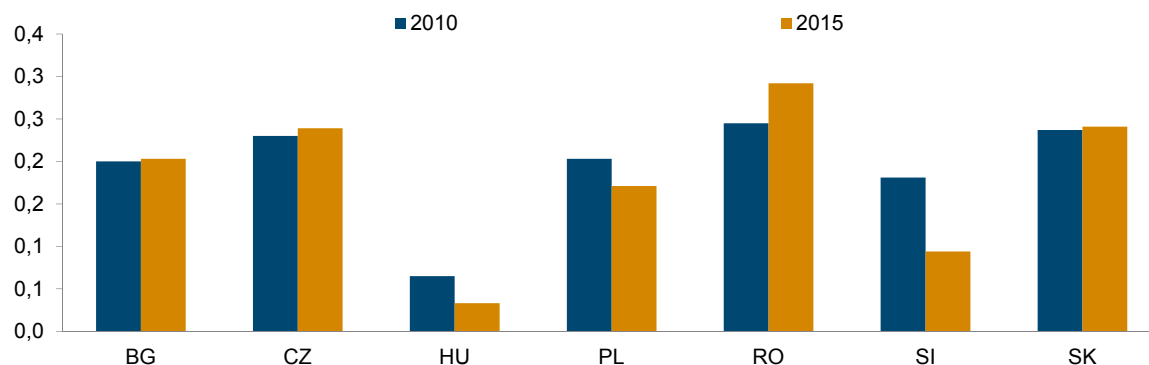
Österreich grenzt, im Zeitraum 2010-2014 ein durchschnittliches Lohnwachstum von 1,7% pro Jahr, verglichen mit nur 1,1% für die Slowakei insgesamt. Auch in Polen erzielten die südwestlichen Regionen an der Grenze zu Deutschland und Tschechien überdurchschnittliche Lohnzuwächse. Dies gilt insbesondere für Niederschlesien, wo die Löhne um durchschnittlich 4,3% pro Jahr stiegen, verglichen mit 2,4% in Polen insgesamt. Auch in den westlichen Provinzen Ungarns war das Lohnwachstum tendenziell höher als im Osten des Landes oder in Budapest. In Rumänien, wo die meisten Nachbarländer tendenziell noch ärmer sind, verzeichnen die Zentralprovinzen und die Region Bukarest überdurchschnittliche Lohnerhöhungen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet die Tschechische Republik: Die Löhne in Prag und Mittelböhmen stiegen zwischen 2010 und 2014 im Durchschnitt um 1,4% bzw. 2,5%, während sie in Tschechien insgesamt stagnierten. Schließlich sind in Slowenien und Bulgarien die regionalen Unterschiede beim Lohnwachstum nicht sehr groß (zumindest relativ gesehen im Falle Bulgariens).

Diese regionalen Unterschiede bei der Lohndynamik hatten in mehreren EU-MOE-8 eine Annäherung der Löhne aneinander zur Folge, wodurch die regionalen Disparitäten kleiner geworden sind. Ein Indikator für regionale Lohndisparitäten ist der Variationskoeffizient c_v , der für jedes Land wie folgt berechnet werden kann:

$$c_v = \frac{\sqrt{\frac{\sum (x_i - \bar{x})^2}{n-1}}}{\bar{x}}$$

wobei x_i den Durchschnittslohn in Region i , \bar{x} den Durchschnittslohn im ganzen Land und n die Anzahl der Regionen in diesem Land darstellt. Wie aus Abbildung 2.3 hervorgeht, die die Entwicklung des Variationskoeffizienten im Zeitablauf zeigt, haben sich die regionalen Lohnunterschiede zwischen 2010 und 2015 in Ungarn, Polen und Slowenien deutlich verringert, was eine ermutigende Entwicklung darstellt. In den restlichen EU-MOE-8-Ländern jedoch blieben die regionalen Unterschiede entweder nahezu unverändert bzw. stiegen leicht (Bulgarien, Tschechien, Slowakei) oder sind deutlich größer geworden (Rumänien). Vor allem die Löhne in Bukarest, die schon anfangs relativ hoch waren, stiegen zwischen 2010 und 2015 überproportional an.

Abbildung 2.3 / Variationskoeffizient regionaler Lohnunterschiede, 2010 und 2015



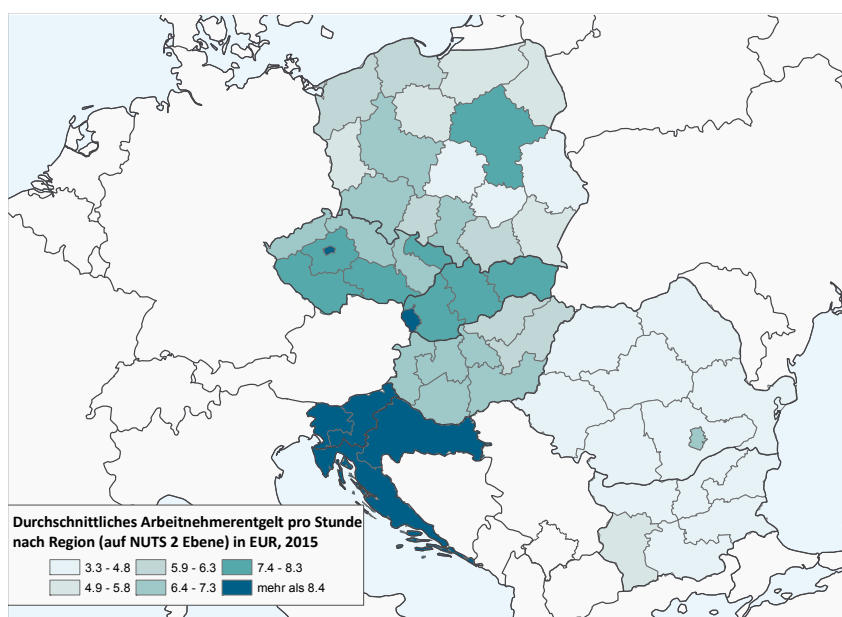
Anmerkungen: VGR-Daten. Daten für Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn für 2014; für Rumänien Löhne auf Monatsbasis. Regionale Daten für Kroatien liegen nicht vor.

Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

Beim absoluten Lohnniveau (Abbildung 2.4) liegen die Hauptstädte bzw. die Hauptstadtregionen der EU-MOE-8-Länder zumeist nach wie vor klar an der Landesspitze. In Prag beispielsweise liegt das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt bei EUR 12,8 pro Stunde, verglichen mit nur EUR 8,4 im Durchschnitt Tschechiens. In Polen ist es ähnlich: das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt im Gebiet rund um Warschau ist mit EUR 8 pro Stunde deutlich höher als im polnischen Durchschnitt (EUR 6,20). Auch in der Slowakei, Rumänien und Bulgarien stechen die Löhne in den Hauptstadtregionen heraus, was einem typischen Muster bei vielen Entwicklungs- und Schwellenländern entspricht. Tendenziell höhere Löhne in den Hauptstädten sind allerdings nicht unbedingt als Ausdruck höherer Kaufkraft der Arbeitnehmer zu werten: die Lebenskosten, insbesondere bei den Dienstleistungen (Mieten usw.), sind dort zumeist ebenfalls höher. In Slowenien und Ungarn ist die Lohnkluft zwischen der Hauptstadt und der Provinz dagegen weniger ausgeprägt.

Abbildung 2.4 / Durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt pro Stunde nach Regionen (auf NUTS-2-Ebene)

EUR pro Stunde, 2015



Anmerkungen: VGR-Daten. Für Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn 2014. Regionale Daten für Kroatien liegen nicht vor; das auf der Karte dargestellte Arbeitnehmerentgelt gilt für ganz Kroatien.

Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

2.3. LOHNENTWICKLUNGEN NACH SEKTOR

Hinter der im Abschnitt 2.1 präsentierten aggregierten Lohndynamik steckt eine Vielfalt von sektorspezifischen Entwicklungen, die nicht zuletzt auch unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen je nach Sektor widerspiegeln (mehr dazu in Kapitel 5). Eine Möglichkeit, diese Spezifik zu erfassen, besteht darin, die Lohnentwicklungen in einem bestimmten Sektor über die Länder zu aggregieren. Abbildung 2.5 stellt das reale Lohnwachstum für den (nicht-gewichteten) EU-MOE-8-Durchschnitt für jeden Sektor auf der NACE Rev. 2 1-Stellerebene für den Zeitraum 2010-2016 dar.

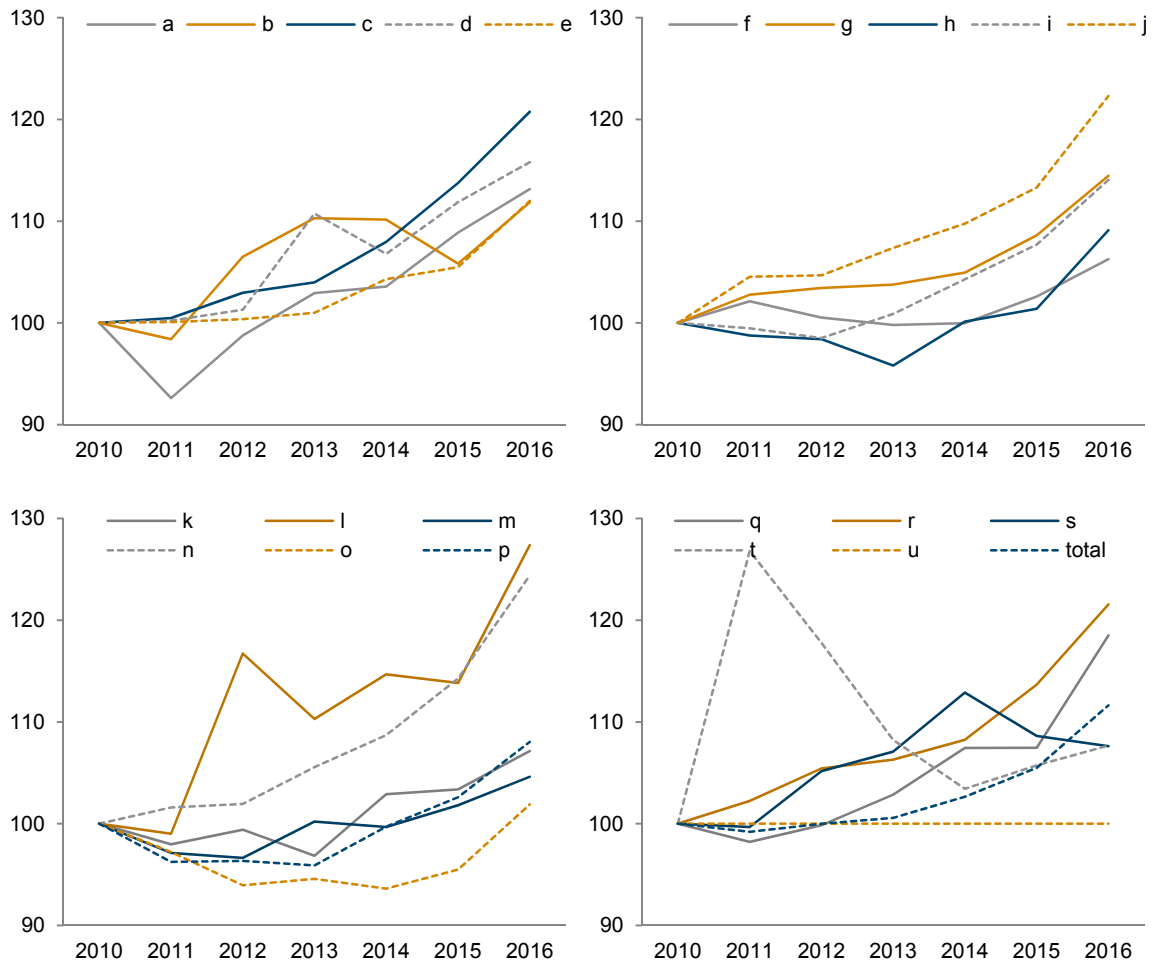
Wie aus Abbildung 2.5 hervorgeht, sind die Löhne im Grundstücks- und Wohnungswesen (L) im EU-MOE-8-Durchschnitt unter allen Sektoren am schnellsten gestiegen, um insgesamt 27% zwischen 2010 und 2016, verglichen mit 12% für die Wirtschaft als Ganzes. Vor allem in Polen, Bulgarien und Rumänien gab es einen kräftigen Lohnanstieg im Immobiliensektor. Gleichzeitig ist die Beschäftigung in diesem Sektor (wie auch im Baugewerbe) in fast allen EU-MOE-8-Ländern – mit Ausnahme Kroatiens und (in geringerem Maße) der Slowakei – zurückgegangen, was auf Personalabbau und die damit verbundenen Effizienzsteigerungen schließen lässt. Andere Sektoren, die eine kumulative Lohnerhöhung von mehr als 20% verzeichneten, sind Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (N) und Information und Kommunikation (J). Anders als im Immobiliensektor ist die Beschäftigung in diesen beiden Sektoren jedoch fast überall in der EU-MOE-8-Region stark angestiegen, teilweise um bis zu 30-40%. Dies deutet darauf hin, dass die überproportionale Lohnerhöhung wahrscheinlich auf den zunehmenden Arbeitskräftemangel zurückzuführen ist, wobei das entsprechende Arbeitskräfteangebot mit der Expansion des Sektors nicht Schritt halten konnte.

Am anderen Ende des Spektrums liegt die öffentliche Verwaltung (O), mit nur 2% kumuliertem Lohnstieg seit 2010. Abbildung 2.5 legt nahe, dass dies vor allem auf die Sparpakete der Regierungen in den Anfangsjahren dieses Jahrzehnts zurückgeführt werden kann. Auch bei den freiberuflichen/technischen Dienstleistungen (M), im Bau (F) und im Finanzsektor (K) war der Lohnanstieg sehr verhalten, im letzteren Fall allerdings ausgehend von einem hohen Niveau (mehr dazu siehe unten).

Die Löhne im verarbeitenden Gewerbe (C) sind im EU-MOE-8-Durchschnitt um insgesamt 21% gestiegen – schneller als im Dienstleistungssektor und in der Gesamtwirtschaft. Dieses Verhältnis trifft nicht nur für die EU-MOE-8-Region als Ganzes, sondern auch für jedes einzelne EU-MOE-8-Land zu (Abbildung 2.6). Der überdurchschnittlich starke Lohnanstieg im verarbeitenden Gewerbe ist umso beeindruckender, als dieser Sektor dem internationalen Wettbewerb am meisten ausgesetzt ist. Somit kann ein übermäßiger Lohnanstieg in diesem Sektor theoretisch zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit führen. Dies ist jedoch nicht eingetreten, sondern das Gegenteil: die Handelsüberschüsse der EU-MOE-8-Länder sind gestiegen, indem der Lohnanstieg generell durch steigende Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit der EU-MOE-8-Güter (z.B. Qualitätsverbesserungen) und in einigen Fällen (z.B. Ungarn) durch Währungsabwertungen kompensiert wurde.

Abbildung 2.5 / Reales Wachstum der Stundenlöhne im EU-MOE-8-Durchschnitt, nach Wirtschaftsbereichen NACE Rev. 2

Index, 2010=100



A Land- und Forstwirtschaft

B Bergbau

C Herstellung von Waren

D Energieversorgung

E Wasserversorgung und Abfallentsorgung

F Bau

G Handel

H Verkehr

I Beherbergung und Gastronomie

J Information und Kommunikation

K Finanz- und Versicherungsleistungen

L Grundstücks- und Wohnungswesen

M Freiberufliche/techn. Dienstleistungen

N Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen

O Öffentliche Verwaltung

P Erziehung und Unterricht

Q Gesundheits- und Sozialwesen

R Kunst, Unterhaltung und Erholung

S Sonst. Dienstleistungen

T Private Haushalte

U Exterritoriale Organisationen

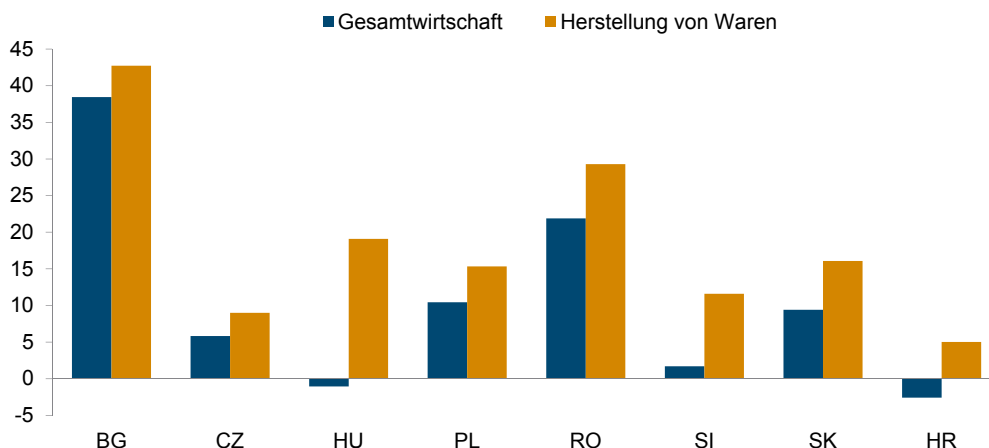
Total

Anmerkungen: EU-MOE-8 umfasst Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, nicht-gewichteter Durchschnitt. Daten für 2016 ohne Kroatien. Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

Abbildung 2.6 / Reales Wachstum der Stundenlöhne, Gesamtwirtschaft vs. verarbeitendes Gewerbe

kumulatives reales Wachstum 2011-2016, in %



Anmerkungen: Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Für Kroatien kumuliertes reales Wachstum für 2011-2015.

Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

2.4. SEKTORALE LOHNSTRUKTUREN

Die sektoralen Lohnstrukturen der EU-MOE-8-Länder weisen starke Gemeinsamkeiten auf (Abbildung 2.7). So gehören zum Beispiel die Energieversorgung (D), Information und Kommunikation (J) sowie die Finanzdienstleistungen (K) zu den am besten bezahlten Jobs in fast jedem Land. In mehreren Ländern kommen noch Bergbau (B) (in Bulgarien, Tschechien, Slowenien und Kroatien) bzw. freiberufliche/technische Dienstleistungen (M) (in Polen und Rumänien) dazu. Die am schlechtesten bezahlten Jobs findet man dagegen in der Beherbergung und Gastronomie (I). Am meisten weicht von dieser „typischen“ Lohnstruktur Kroatien ab: anders als in anderen EU-MOE-8 sind hier die Jobs im Immobiliensektor (L) mit Abstand am besten bezahlt. Dies könnte mit der starken Ausrichtung des Landes auf Tourismus zu tun haben.

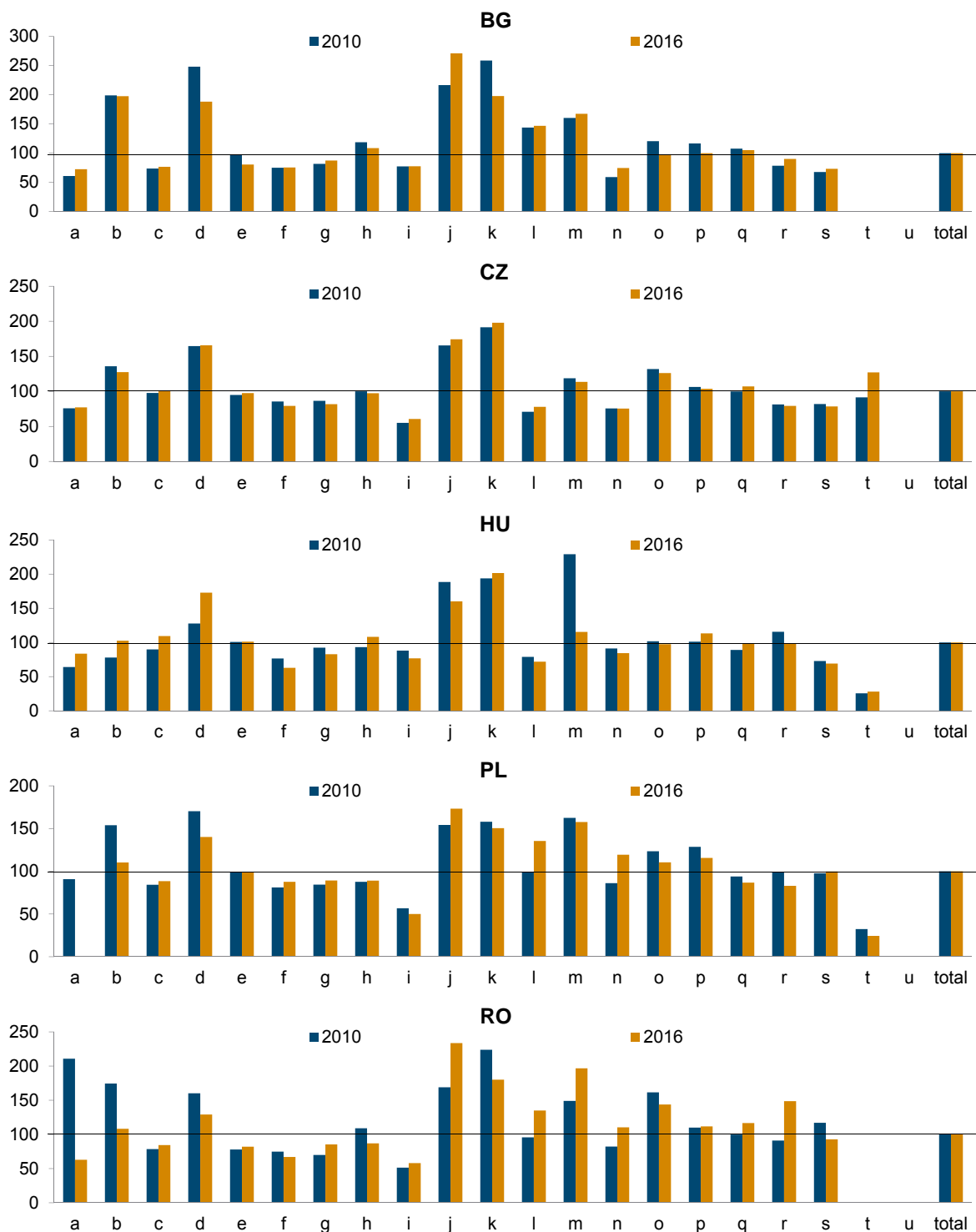
Die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Sektoren variieren jedoch je nach Land und korrelieren tendenziell negativ mit dem Entwicklungsniveau. Am größten scheinen sie in Kroatien zu sein: dort verdient man zum Beispiel im Finanzsektor etwa 3,5-mal so viel wie im Landesdurchschnitt. Auch in Bulgarien und Rumänien sind die Diskrepanzen ziemlich groß: dort verdient man in den am besten bezahlten Sektoren (wie Finanzdienstleistungen oder Energieversorgung) bis zum 2,5-Fachen des Landesdurchschnitts, in Slowenien dagegen lediglich etwa um 30% bis 40% mehr.

Die unterschiedlichen sektoralen Lohnwachstumsraten hatten eine Verschiebung der Lohnstrukturen der EU-MOE-8-Länder zwischen 2010 und 2016 zur Folge (Abbildung 2.7). Die überdurchschnittlich hohe Dynamik der Löhne im verarbeitenden Gewerbe hat zum Beispiel dazu geführt, dass sie sich in mehreren Ländern an den Durchschnittslohn im jeweiligen Land angeglichen (Tschechien, Slowenien) oder diesen sogar übertroffen haben (Ungarn, Slowakei). Auch in den restlichen EU-MOE-8-Ländern hat

sich der Lohnabstand zwischen der verarbeitenden Industrie und dem Landesdurchschnitt deutlich verringert (ist aber in manchen Ländern nach wie vor hoch, bis zu 23% in Bulgarien).

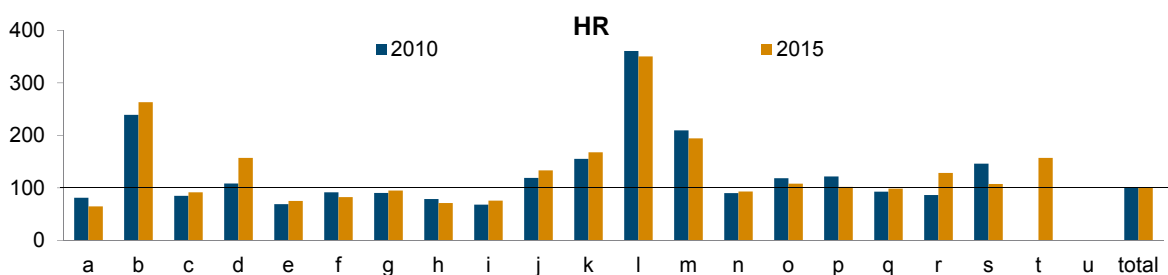
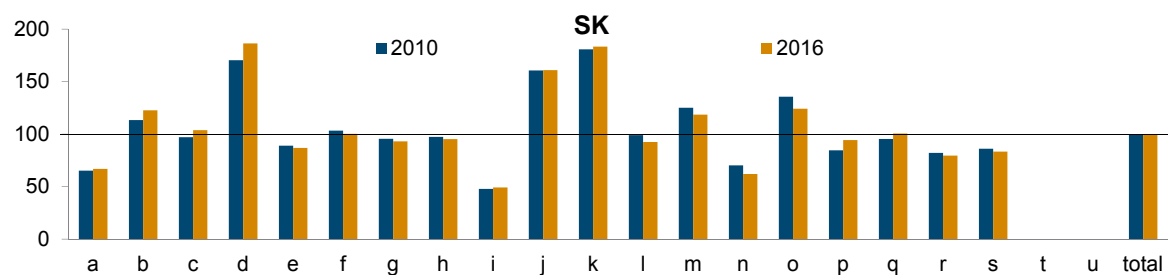
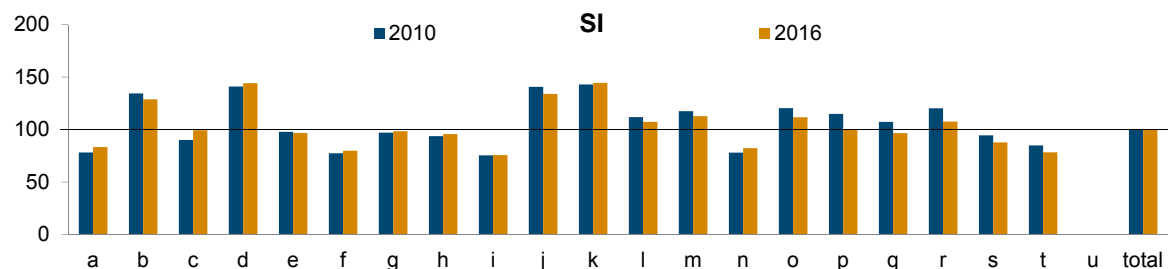
Abbildung 2.7 / Lohnstruktur nach Wirtschaftsbereichen

(Stundenlohn nach Wirtschaftsbereichen NACE Rev. 2 in % des Landesdurchschnitts)



(Fortsetzung nächste Seite)

Abbildung 2.7 / Fortsetzung



A Land- und Forstwirtschaft

B Bergbau

C Herstellung von Waren

D Energieversorgung

E Wasserversorgung und Abfallentsorgung

F Bau

G Handel

H Verkehr

I Beherbergung und Gastronomie

J Information und Kommunikation

K Finanz- und Versicherungsleistungen

L Grundstücks- und Wohnungswesen

M Freiberufliche/techn. Dienstleistungen

N Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen

O Öffentliche Verwaltung

P Erziehung und Unterricht

Q Gesundheits- und Sozialwesen

R Kunst, Unterhaltung und Erholung

S Sonst. Dienstleistungen

T Private Haushalte

U Exterritoriale Organisationen

Total

Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

Generell sieht man jedoch kaum Lohnkonvergenz zwischen den einzelnen Sektoren in den EU-MOE-8-Ländern über die Zeit. Die Lohndynamik im Bergbau (B), einem der am besten bezahlten Sektoren, war zum Beispiel je nach Land sehr unterschiedlich. Im anderen hochbezahlten Sektor, Information und Kommunikation (J), sind die Löhne in sechs Ländern überdurchschnittlich stark angestiegen. Schließlich war das verhaltene Lohnwachstum im Finanzsektor (K), das für die EU-MOE-8-Region als Ganzes charakteristisch war (Abbildung 2.5), ausschließlich auf die relativen Rückgänge in Bulgarien und Rumänien zurückzuführen. Abgesehen von diesen zwei Ländern (und Polen) sind die Löhne im Finanzsektor der restlichen EU-MOE-8-Länder, die bereits 2010 zu den höchsten zählten, in den Jahren danach überdurchschnittlich stark gestiegen.

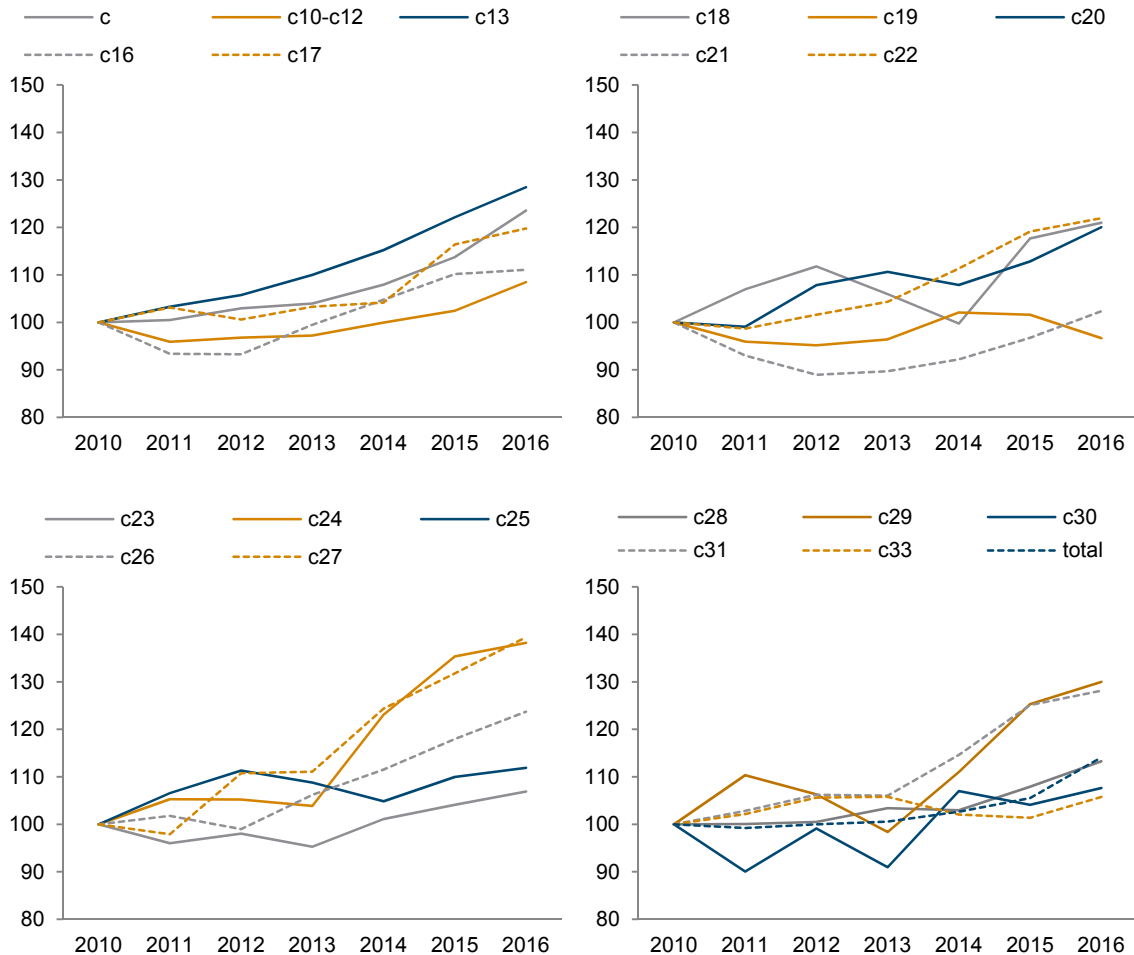
2.5. LOHNENTWICKLUNGEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Wie bereits oben betont, war die Lohnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe in allen EU-MOE-8-Ländern durch einen überdurchschnittlich starken Anstieg gekennzeichnet. Hinter dieser Entwicklung steckt die Heterogenität der branchenspezifischen Lohndynamiken, die auf der NACE Rev. 2 2-Stellerebene analysiert werden können. Abbildung 2.8 zeigt diese Dynamiken für die einzelnen Branchen des verarbeitenden Gewerbes für den (nicht-gewichteten) EU-MOE-8-Durchschnitt für den Zeitraum 2010 bis 2016.

Aus Abbildung 2.8 ist ersichtlich, dass unter allen Industriebranchen die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (c27) und die Metallerzeugung und -bearbeitung (c24) die insgesamt höchsten Lohnwachstumsraten (um ca. 35% zwischen 2010 und 2016) verzeichnet haben. Dagegen war die Kokerei und Mineralölverarbeitung (c19) die einzige Industriebranche, wo die Reallöhne im gleichen Zeitraum gesunken sind (um 3%). Die pharmazeutische Industrie (c21) verzeichnete ebenfalls einen sehr geringen Lohnanstieg (um lediglich 3%), allerdings ausgehend von einem hohen Niveau. Die für viele EU-MOE-8-Länder wichtige Autoindustrie verzeichnete einen realen Lohnanstieg um insgesamt 29% und landete somit auf dem dritten Platz von oben unter allen Industriebranchen.

Abbildung 2.8 / Reales Wachstum der Stundenlöhne im EU-MOE-8-Durchschnitt, nach Industriebranchen, NACE Rev. 2 2-Stellerebene

Index, 2010=100



C Herstellung von Waren

C10-C12 H.v. Nahrungs- und Futtermitteln, Getränken und Tabak

C13-C15 H.v. Textilien, Bekleidung, Leder/-waren und Schuhen

C 16 H.v. Holzwaren; Korbwaren

C 17 H.v. Papier/Pappe und Waren daraus

C 18 H.v. Druckerzeugnissen

C 19 Kokerei und Mineralölverarbeitung

C 20 H.v. chemischen Erzeugnissen

C 21 H.v. pharmazeutischen Erzeugnissen

C 22 H.v. Gummi- und Kunststoffwaren

C 23 H.v. Glas/-waren, Keramik u.Ä.

C 24 Metallerzeugung und -bearbeitung

C 25 H.v. Metallerzeugnissen

C 26 H.v. Datenverarbeitungsgeräten

C 27 H.v. elektrischen Ausrüstungen

C 28 Maschinenbau

C 29 H.v. Kraftwagen und -teilen

C 30 Sonst. Fahrzeugbau

C31-C32 H.v. Möbeln und sonstigen Waren

C 33 Reparatur/Installation v. Maschinen

C 24 Metallerzeugung und -bearbeitung

Total

Anmerkungen: EU-MOE-8 umfasst Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, nicht-gewichteter Durchschnitt. Daten für 2016 ohne Kroatien, Rumänien und Polen. Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

2.6. LOHNSTRUKTUREN IM VERARBEITENDEN GEWERBE

Abbildung 2.9 gibt einen Überblick über die Lohnstrukturen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes und deren Entwicklung über die Zeit für die einzelnen Industrien (auf der NACE Rev. 2 2-Stellerebene).

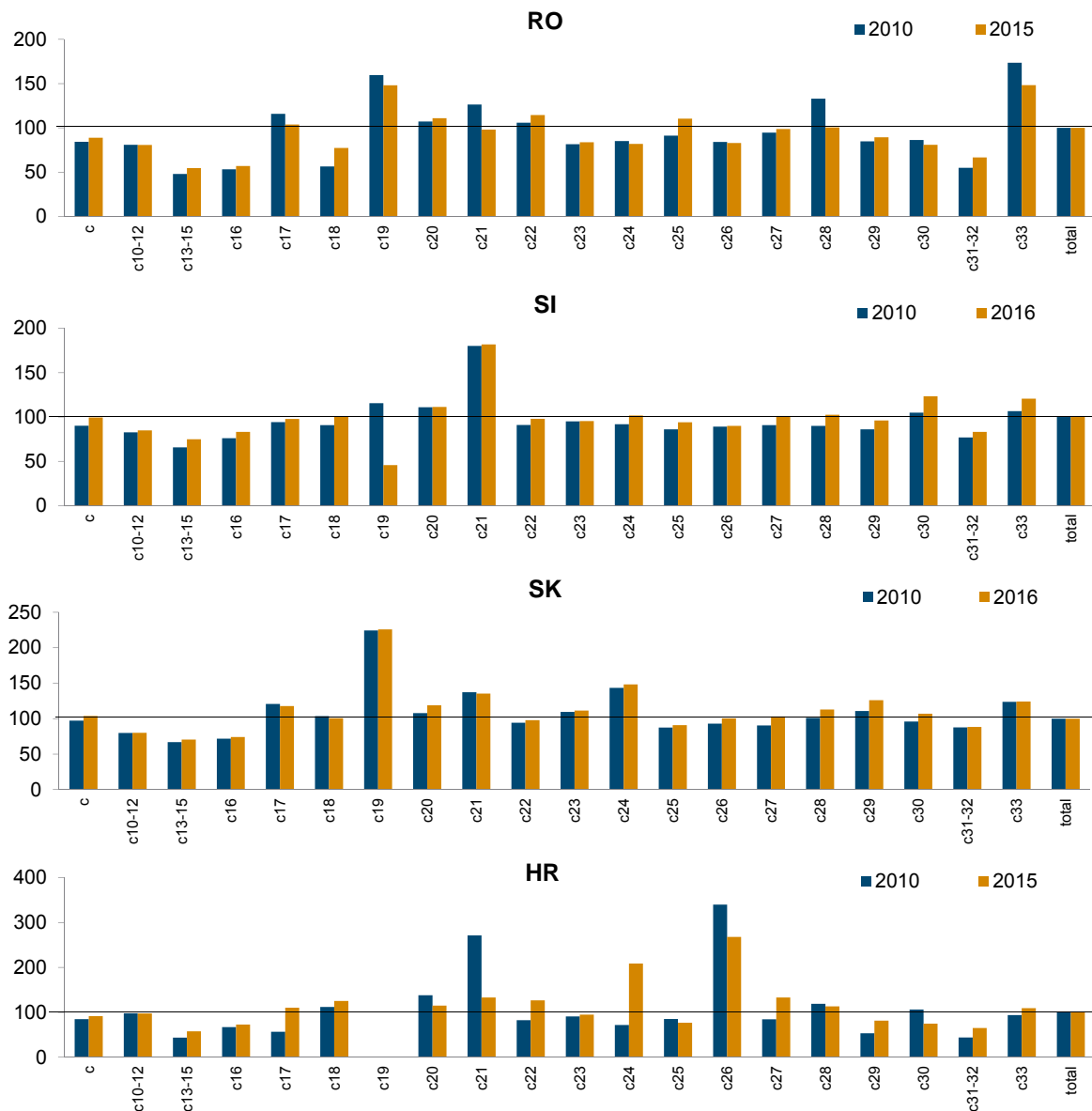
Abbildung 2.9 / Lohnstruktur innerhalb des verarbeitenden Gewerbes

(Stundenlohn nach Industriebranchen NACE Rev. 2 2-Stellerebene in % des Landesdurchschnitts)



(Fortsetzung nächste Seite)

Abbildung 2.9 / Fortsetzung



C Herstellung von Waren
 C10-C12 H.v. Nahrungs- und Futtermitteln, Getränken und Tabak
 C13-C15 H.v. Textilien, Bekleidung, Leder/-waren und Schuhen
 C16 H.v. Holzwaren; Korbwaren
 C17 H.v. Papier/Pappe und Waren daraus
 C18 H.v. Druckerzeugnissen
 C19 Kokerei und Mineralölverarbeitung
 C20 H.v. chemischen Erzeugnissen
 C21 H.v. pharmazeutischen Erzeugnissen
 C22 H.v. Gummi- und Kunststoffwaren
 C23 H.v. Glas/-waren, Keramik u.Ä.
 C24 Metallerzeugung und -bearbeitung
 C25 H.v. Metallerzeugnissen
 C26 H.v. Datenverarbeitungsgeräten
 C27 H.v. elektrischen Ausrüstungen
 C28 Maschinenbau
 C29 H.v. Kraftwagen und -teilen
 C30 Sonst. Fahrzeugbau
 C31-C32 H.v. Möbeln und sonstigen Waren
 C33 Reparatur/Installation v. Maschinen
 C24 Metallerzeugung und -bearbeitung
 Total

Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

Ähnlich wie bei der sektoralen Lohnstruktur gibt es starke Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen EU-MOE-8-Ländern auch innerhalb des verarbeitenden Gewerbes. Die Löhne in der Kokerei und Mineralölverarbeitung (c19) liegen in den meisten EU-MOE-8-Ländern, mit Ausnahme Sloweniens und Kroatiens, tendenziell am höchsten. In Polen und Rumänien kommt dazu die Reparatur/Installation von Maschinen (c33), die ein ähnlich hohes Lohnniveau aufweisen. In Slowenien dagegen ist es die pharmazeutische Industrie (c21) und in Kroatien die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten (c26), die die höchsten Löhne anbieten. Am anderen Ende des Spektrums liegt mit den niedrigsten Löhnen fast überall die Herstellung von Textilien (c13-15), von Holzwaren (c16) und von Möbeln (c31-32).

Die Lohnunterschiede innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind jedoch im Allgemeinen etwas weniger ausgeprägt als auf der sektoralen (1-Stellen-)Ebene (siehe Abbildung 2.9 im Vergleich zu Abbildung 2.7). In Tschechien und Ungarn beispielsweise verdient man in der am besten bezahlten Industriebranche (Kokerei und Mineralölverarbeitung) lediglich etwa 60% mehr als im Landesdurchschnitt, in dem am besten bezahlten Sektor außerhalb des verarbeitenden Gewerbes (Finanzdienstleistungen) hingegen das Doppelte. In vielen anderen Ländern ist das Verhältnis ähnlich. Die höhere Lohnhomogenität innerhalb des verarbeitenden Gewerbes könnte Ausdruck der größeren Jobsubstitutionsmöglichkeiten (Arbitrage zwischen den einzelnen Jobs) sein. Sie könnte aber auch dadurch erklärt werden, dass die Lohnfestsetzungsmechanismen in den einzelnen Industriebranchen ähnlich sind, zum Beispiel weil die Lohnforderungen koordiniert werden.

Nur in Slowenien sind die Lohndiskrepanzen zwischen den einzelnen Industrien innerhalb des verarbeitenden Gewerbes größer als zwischen den Sektoren. In der pharmazeutischen Industrie, der am besten bezahlten Industriebranche in Slowenien, verdient man z.B. 4,5-mal so viel wie in der Kokerei und Mineralölverarbeitung, der am schlechtesten bezahlte Branche; auf sektoraler (1-Stellen-)Ebene dagegen sind die entsprechenden Lohnunterschiede in Slowenien höchstens das Doppelte. Das Beispiel Sloweniens verdeutlicht auch, dass – anders als auf der sektoralen Ebene – der tendenziell negative Zusammenhang zwischen der Höhe der Lohndiskrepanzen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes und dem Entwicklungsniveau weniger vorhanden ist. Im relativ armen Rumänien beispielsweise sind die Lohnunterschiede ähnlich groß wie in den reicheren Ländern Tschechien oder Ungarn (in Bulgarien sind sie allerdings sehr groß).

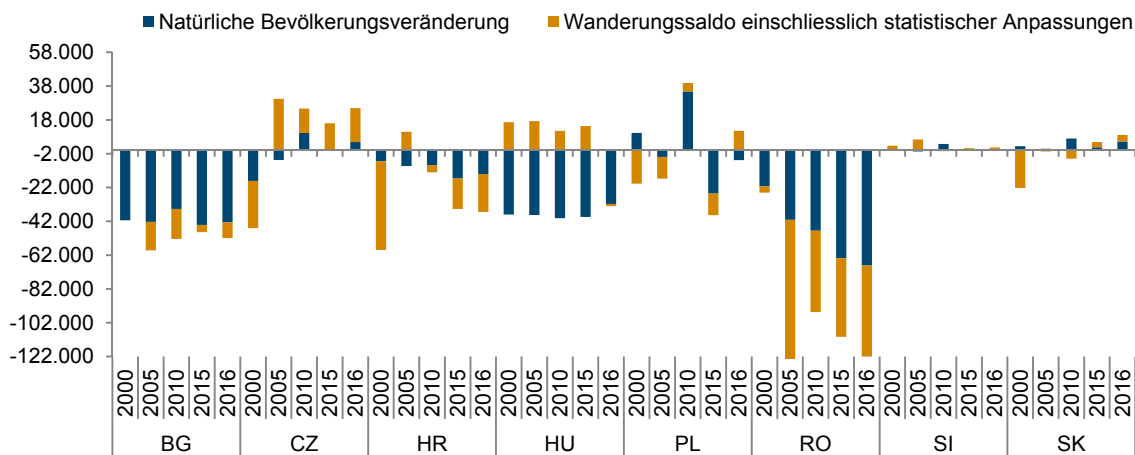
Nicht nur sind die Löhne innerhalb des verarbeitenden Gewerbes relativ homogen, sondern sie gleichen sich auch über die Zeit tendenziell an (siehe Abbildung 2.9). Die Löhne in den am schlechtesten bezahlten Branchen, wie der Herstellung von Textilien (c13-15), von Holzwaren (c16) und von Möbeln (c31-32), sind zum Beispiel in allen EU-MOE-8-Ländern überdurchschnittlich schnell gestiegen. In der pharmazeutischen Industrie (c21), die fast überall in EU-MOE-8 zu den Top 3 der am besten bezahlten Industriebranchen gehört, war das Gegenteil zu beobachten.

3. Migration, demographische Entwicklungen und Zukunftsperspektiven

3.1. MIGRATION UND DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNGEN

Die EU-MOE-8-Länder befinden sich auf einem ermutigenden Wachstumspfad, der sich auch mittelfristig fortsetzen dürfte (wiiw, 2017a). Auch die Arbeitsmarktindikatoren haben darauf positiv reagiert, insbesondere die Arbeitslosenquoten, die zwischen 2010 und 2016 im Schnitt um 4,5 Prozentpunkte zurückgingen, auf 7,6%. Länder wie die Tschechische Republik und Ungarn weisen derzeit Arbeitslosenquoten von 4% bzw. 5,1% auf, was fast auf eine Vollbeschäftigung hindeutet. Die Beschäftigungsquoten und Löhne sind gestiegen, und die Kluft zwischen den EU-MOE-8- und den EU-15-Ländern beim Pro-Kopf-BIP hat sich weiter verringert (wiiw, 2017b).

Abbildung 3.1 / Natürliche Veränderung der Bevölkerung und Nettomigration in EU-MOE-8-Ländern, 2000-2016



Quelle: Eurostat (2018).⁴

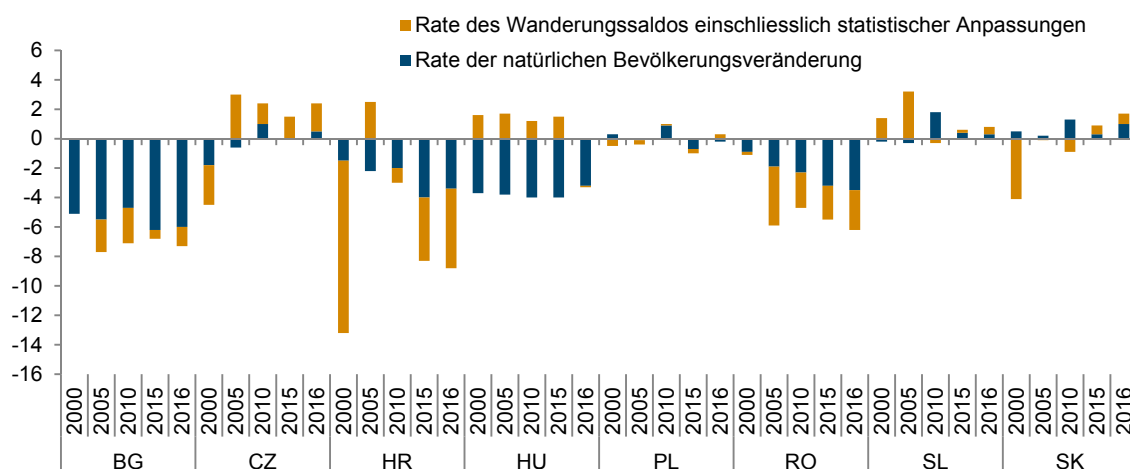
Hand in Hand mit den positiven Arbeitsmarktbedingungen deuten die demographischen Indikatoren darauf hin, dass die EU-MOE-8-Länder weiterhin ein rückläufiges Bevölkerungswachstum und negative *Nettomigration* aufweisen, weil die Abwanderung tendenziell größer ist als die Zuwanderung (siehe

⁴ Bevölkerungswandel – Bevölkerungsbilanz und Bruttodaten auf nationaler Ebene [demo_gind], letzte Aktualisierung 08.11.2017, extrahiert am 21.02.2018, Datenquelle: Eurostat. Anmerkung: Natürliche Veränderung der Bevölkerung: Die Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeburtten und der Zahl der Todesfälle während des Jahres. Eine positive natürliche Veränderung, auch bekannt als natürliche Zunahme, tritt auf, wenn die Zahl der Lebendgeburtten die Zahl der Todesfälle übersteigt. Eine negative natürliche Veränderung, die auch als natürliche Abnahme bezeichnet wird, tritt ein, wenn Lebendgeburtten weniger zahlreich sind als Sterbefälle. Nettomigration plus statistische Anpassung: Der Wanderungssaldo ist die Differenz zwischen der Zahl der Einwanderer und der Zahl der Auswanderer. Bruttodaten: werden als Verhältnis der Anzahl der Ereignisse zur durchschnittlichen Bevölkerung des jeweiligen Gebiets in einem bestimmten Jahr berechnet. Zur einfacheren Darstellung werden sie mit 1000 multipliziert; das Ergebnis wird daher pro 1000 Personen (der Durchschnittsbevölkerung) ausgedrückt. Quelle: Eurostat (2018).

Abbildung 3.1 sowie Abbildung A1 im Anhang für die einzelnen Länder). Die kontinuierliche Auswanderung hat den Bevölkerungsrückgang weiter verschärft, da die Abwanderung der jüngsten und produktivsten Altersgruppe negativ zu den Geburtenraten beiträgt. Parallel dazu hat in jüngster Zeit auch die Einwanderung in die EU-MOE-8 aus den östlichen und südöstlichen Nachbarländern an Schwung gewonnen, in erster Linie aufgrund von zunehmenden Arbeitskräftemängeln in der EU-MOE-8. So hat z.B. Polen eine wesentliche Einwanderung aus der Ukraine verbucht, die Tschechische Republik aus der Slowakei und der Ukraine, Ungarn aus der Slowakei und Rumänien (in erster Linie die ungarisch-sprechende Minderheit), Kroatien aus Bosnien und Herzegowina. Trotzdem bleiben die meisten EU-MOE-8-Länder weiterhin Nettosender von Migranten, wie in Abbildung A4 im Anhang dargestellt ist.

Der Vergleich zwischen den einzelnen EU-MOE-8-Ländern zeigt unterschiedliche Trends natürlicher Bevölkerungsveränderungen und Nettomigration (Abbildung 3.1). In absoluten Zahlen war die negative Bevölkerungsentwicklung in Rumänien und Bulgarien am höchsten. In Rumänien ist der negative Effekt der Auswanderung ähnlich wie von der natürlichen Bevölkerungsveränderung, sodass beide Komponenten zum Bevölkerungsrückgang beigetragen haben. In Bulgarien war es dagegen vor allem die natürliche Veränderung, die am stärksten zum Abwärtstrend der Bevölkerung beigetragen hat. Die Tschechische Republik ist das einzige Land, in dem sowohl die natürliche Bevölkerungsentwicklung als auch die Nettomigration positiv waren (die letztere allerdings viel größer als die erstere). In Ungarn war die Nettomigration bis 2015 positiv, im Jahr 2016 jedoch negativ, während die natürliche Bevölkerungsentwicklung überwiegend negativ (wenn auch mit der Zeit leicht rückläufig) war. Die Trends für Polen sind widersprüchlich, aber für 2016 stellen wir fest, dass die Nettomigration positiv und das natürliche Bevölkerungswachstum leicht negativ war. Dies deutet darauf hin, dass sich die Auswanderung aus Polen verlangsamt hat. Im Falle der Slowakei und Sloweniens waren die natürliche Veränderung der Bevölkerung und die Nettomigration gering. In der Slowakei sind jedoch sowohl das natürliche Bevölkerungswachstum als auch die Nettomigration positiv.

Abbildung 3.2 / Natürliche Veränderung der Bevölkerung und Nettomigration in EU-MOE-8-Ländern, 2000-2016, pro Tausend Einwohner



Quelle: Eurostat (2018).

Die Trends sind ähnlich, selbst wenn man die Rate der natürlichen Bevölkerungsveränderung und der Nettomigration je 1000 Personen betrachtet (Abbildung 3.2). Die Ausnahmen sind Bulgarien und Kroatien, die jeweils am stärksten von der negativen natürlichen Bevölkerungsveränderung und der Nettomigration betroffen sind.

Die Trends der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Nettoemigration in den EU-MOE-8-Ländern wurden durch die EU-Erweiterung entscheidend beeinflusst: dem EU-Beitritt folgte eine starke Abwanderung, vor allem aus Polen und Rumänien. Auch die Grenzgänger spielen dabei eine Rolle (mehr dazu siehe Box 3.1). In den übrigen EU-MOE-8-Ländern war die Nettoabwanderung viel geringer, aber der Wanderungsumsatz – gemessen am Fluss von Auswanderer und Einwanderer innerhalb eines Jahres – deutet darauf hin, dass die Mobilität in der Region deutlich zugenommen hat (siehe Abbildung A2 im Anhang).

BOX 3.1 / GRENZGÄNGER IN EU-MOE-8

Grenzgänger sind in einem anderen Land als ihrem Wohnsitzland beschäftigt oder selbständig tätig. Im Jahr 2016 arbeiteten etwa 1,4 Millionen Grenzgänger aus der EU-28 in einem anderen EU-28-Land. Ungarn und die Slowakei sind zwei spezielle Fälle, wo die Zahl der Grenzgänger die Zahl der Langzeitarbeitnehmer in der EU-28 übersteigt.

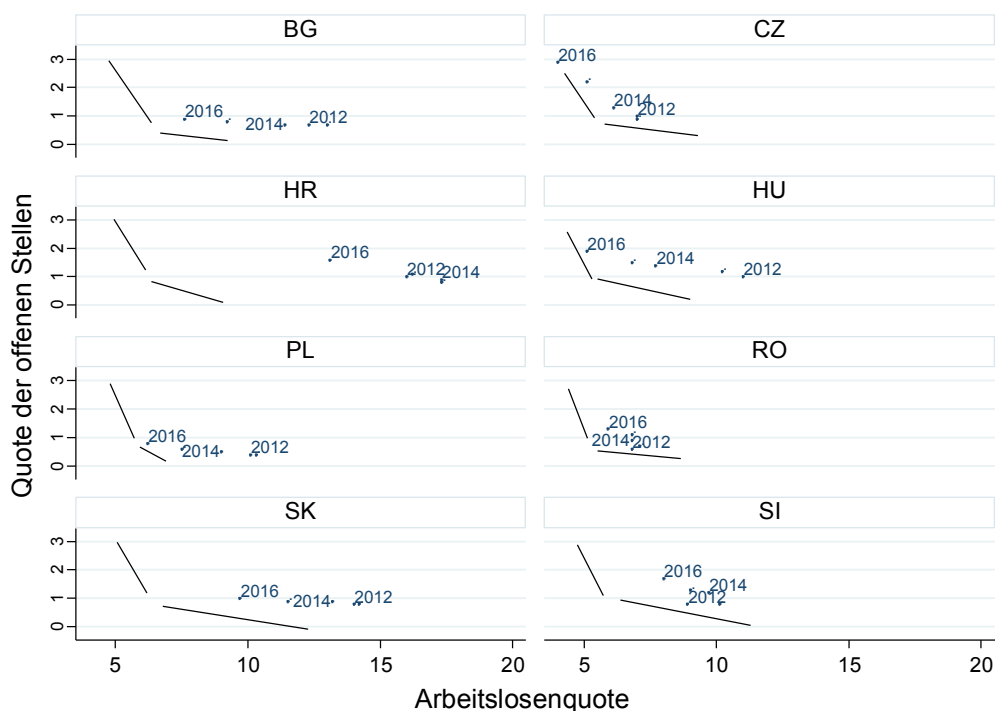
Die Zahl der Grenzgänger nach Österreich wurde 2016 auf rund 166.000 geschätzt (5% mehr als 2015); dies entspricht 4% der Gesamtbeschäftigten. Grenzgänger in Österreich kommen hauptsächlich aus Ungarn (31%), der Slowakei (30%) und Deutschland (17%). Dennoch ist die Anzahl der Grenzgänger aus der Slowakei (Bratislava und Stredne Slovenko) in die benachbarten Regionen Österreichs (Niederösterreich und Wien) zwischen 2008 und 2015 zurückgegangen (Europäische Kommission, 2018). Dies war zum Teil auf die in Österreich geltenden Mobilitätsbeschränkungen für die EU-MOE-Länder, die bis 2011 in Kraft blieben, zurückzuführen. Seit 2011 erleichtert der freie Zugang zum Arbeitsmarkt auch den Grenzgängern die Mobilität nach Österreich. Das höhere Einkommensniveau in Österreich im Vergleich zu den Nachbarländern Tschechien, Ungarn und der Slowakei ist dabei ein wichtiger Pull-Faktor, wobei deutsche Sprachkenntnisse (und nicht etwa Alter oder Geschlecht) eine entscheidende Rolle spielen. Trotzdem ist die Anzahl der Grenzpendler etwa aus der Slowakei nach Österreich geringer als nach Tschechien; dagegen ist die langfristige Mobilität der Slowaken nach Österreich stärker ausgeprägt.

In Deutschland gab es 2016 mehr als 364.000 Arbeitnehmer, die als Pendler eingestuft waren (12% mehr als 2015). Die größte Gruppe von Grenzgängern in Deutschland stammt aus Polen (28%), gefolgt von Ungarn, Rumänien und Tschechien (jeweils 9%) sowie der Slowakei (8%). Vor allem für Polen ist die grenzüberschreitende Mobilität nach Deutschland ein wichtiger Migrationskanal. Aber auch in Polen (ähnlich wie in der Slowakei) hat sich gezeigt, dass das Pendeln innerhalb des Landes häufiger ist als nach Deutschland, was durch administrative, sprachliche oder kulturelle Barrieren erklärt werden könnte (Europäische Kommission, 2018).

3.2. AUSWIRKUNGEN AUF DIE LÖHNE UND GEHÄLTER

Kurzfristig könnte die Auswanderung Spannungen auf dem Arbeitsmarkt in Ländern, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, sicherlich entschärfen. Auf lange Sicht könnte der Rückgang der Arbeitslosigkeit jedoch dazu führen, dass die Quote der offenen Stellen steigt, Arbeitskräfte und Qualifikationen fehlen, die Löhne steigen und sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert (Mishra, 2014; Atoyan, 2016).

Abbildung 3.3 / Arbeitslosenquote vs. Quote der offenen Stellen (Beveridge-Kurve) in EU-MOE-8, 2012-2016



Quelle: Eigene Ausarbeitung basierend auf wiiw-Statistiken.

Die entsprechenden Beveridge-Kurven⁵ für die EU-MOE-8 (Abbildung 3.3), ein Indikator für die Effizienz des Arbeitsmarkts, zeigen gewisse Verschiebungen bei der Anpassung zwischen der Nachfrage- und der Angebotsseite. In der Tschechischen Republik und Ungarn haben sich die jeweiligen Beveridge-Kurven in Richtung Ursprung und nach oben bewegt. Niedrige Arbeitslosenquoten in Verbindung mit höheren Quoten der offenen Stellen sind typisch für angespannte Arbeitsmärkte, in denen die Nachfrage nach Arbeitskräften nur schwerlich ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot findet. In der Slowakei, Bulgarien und Polen hingegen bewegen sich die Beveridge-Kurven in Richtung Zentrum. Niedrige Arbeitslosenzahlen und niedrige Quoten der offenen Stellen in diesen Ländern deuten darauf hin, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften im Allgemeinen ausreicht, um das Arbeitskräfteangebot zu decken. In Rumänien nimmt die Quote der offenen Stellen langsam zu und die Arbeitslosenquote sinkt. An dieser Stelle muss betont werden, dass Rumänien und Polen zwei Länder sind, die seit der EU-Erweiterung

⁵ Die Beveridge-Kurve untersucht den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und der Quote der offenen Stellen und ist ein Indikator für die Effizienz des Arbeitsmarkts.

hohe Auswanderungsraten verzeichnet haben, was darauf hindeutet, dass die Abwanderung das übermäßige Arbeitskräfteangebot verringert und die Arbeitslosigkeit gesenkt haben könnte.

Aufgrund der beträchtlichen Abwanderung haben vor allem private, aber auch öffentliche Unternehmen Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen, und es entstehen Engpässe bei Arbeitsplätzen, die sowohl hochqualifizierte als auch geringqualifizierte Arbeitskräfte verlangen. Die Unternehmen in EU-MOE-8 haben Schwierigkeiten, die Nachfrage nicht nur quantitativ, sondern oft auch qualitativ zu befriedigen. Laut einer aktuellen Studie der Europäischen Kommission (2017)⁶ berichten die EU-MOE-8-Länder Engpässe vor allem in Berufen wie Köche, Ärzte, Schmiede und Werkzeugmacher (für Details siehe Tabelle 3.1).

Tabelle 3.1 / Mangelberufe in EU-MOE-8, wie von den öffentlichen Arbeitsverwaltungen gemeldet, 2016

Software- und Anwendungsentwickler und Analysten	HR, PL, SI, SK
Handelsvertreter und Makler	HU, PL, SI, SK
Schmiede, Werkzeugmacher und verwandte Berufe	BG, CZ, HR, SI
Baukonstruktions- und verwandte Berufe	HR, HU, SI
Ärztinnen und Ärzte	BG, HR, SI
Blechschlosser, Gießer und Schweißer	BG, CZ, HR, SI
Elektroinstallateure und Werkstätten	BG, SI
Lkw- und Busfahrer	BG, CZ, HR, SI
Baukonstrukteure und verwandte Berufe	HU, SI
Ingenieure (ohne Elektrotechnik)	BG, HR, SI
Krankenpfleger und Hebammen	BG, SK
Köche	BG, SI, SK
Maschinenmechaniker	SI, SK
Material- und ingenieurtechnische Fachkräfte	SI, SK
Verkäufer	SI, SK
Datenbank- und Netzwerkspezialisten	PL, SK
Mitarbeiter in der Lebensmittelverarbeitung und verwandten Berufen	HU, SI
Andere Gesundheitsberufe	SI
Pflegepersonal im Gesundheitswesen	HU, SI, SK

Quelle: Europäische Kommission (2017), A comparison of shortage and surplus occupations based on analyses of data from the European Public Employment Services and Labour Force Surveys, Bottleneck occupations, 2016.

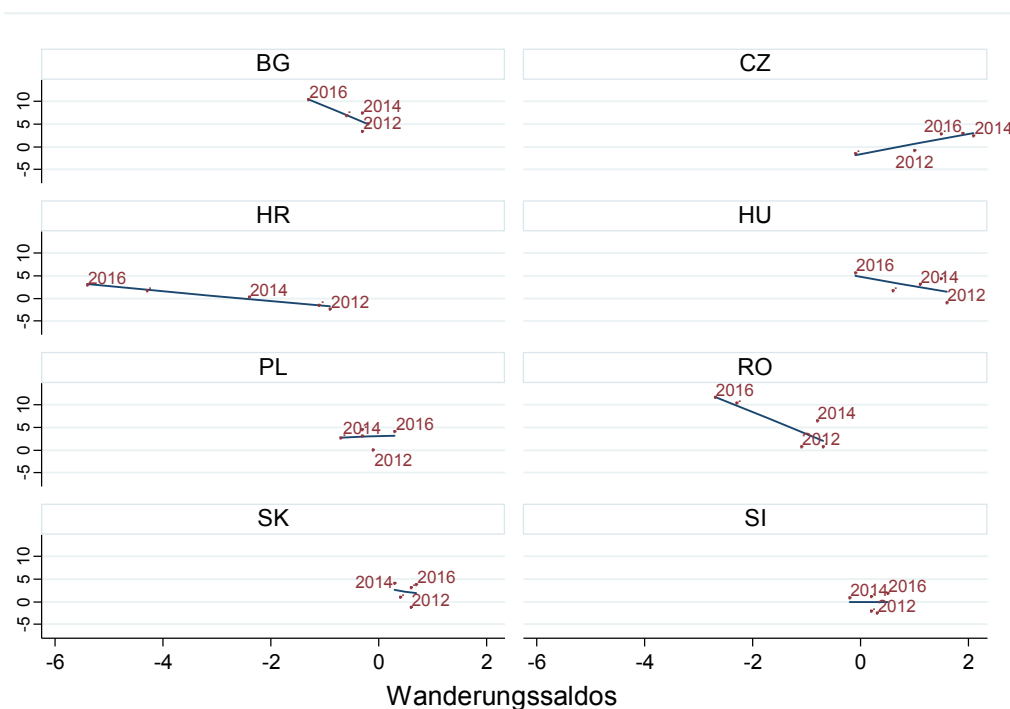
Gleichzeitig wird erwartet, dass die Nachfrage nach Hilfsarbeitskräften vor allem in Bulgarien, Ungarn, Kroatien und Slowenien zunehmen wird. Im Gegensatz dazu werden qualifizierte handwerkliche oder nicht-handwerkliche Tätigkeiten (ISCO-6) in fast allen EU-MOE-8-Ländern weniger gefragt sein. Dasselbe gilt für Manager, vor allem in Bulgarien und Rumänien, aber auch in Ungarn, der Slowakei und Slowenien (wiiw, 2016a).⁷

⁶ Die Informationen über berufliche Engpässe wurden über die öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EU-28-Länder gesammelt.

⁷ ISCO 1 – Führungskräfte, ISCO 2 – Wissenschaftler, ISCO 3 – Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe, ISCO 4 – Bürokräfte, kaufmännische Angestellte, ISCO 5 – Dienstleistungsberufe und Verkäufer, ISCO 6 – Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei, ISCO 7 – Handwerks- und verwandte Berufe, ISCO 8 – Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer, ISCO 9 – Hilfsarbeitskräfte, <http://www.ilo.org/public/english/bureau/stat/isco/>

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Reallohnwachstum und Wanderungssaldo (Abbildung 3.4), so zeigt sich auch, dass in Ländern wie Bulgarien und Rumänien, die die höchste Auswanderung verzeichneten, der Lohnanstieg am stärksten ausgefallen ist. Wie in der Literatur argumentiert wird, ist es wahrscheinlich, dass höhere Auswanderungsraten nicht nur den Bestand an verfügbaren Arbeitskräften verringern, sondern auch mit einem höheren Zufluss an Rücküberweisungen einhergehen. Dies könnte die Reservationslöhne in die Höhe treiben, insbesondere dann, wenn die Auswanderung im großen Ausmaß auch hochqualifizierte Arbeitskräfte involviert hat (Atoyan, 2016). In Kroatien hingegen hat zwar die Auswanderung weiter zugenommen, der Lohnanstieg war jedoch verhalten, da die Arbeitslosenquote mit 13,1% (im Jahr 2016) immer noch eine der höchsten in der EU-MOE-8 ist.

Abbildung 3.4 / Reallohnwachstum vs. Nettoeinwanderungssaldo in EU-MOE-8, 2012-2016



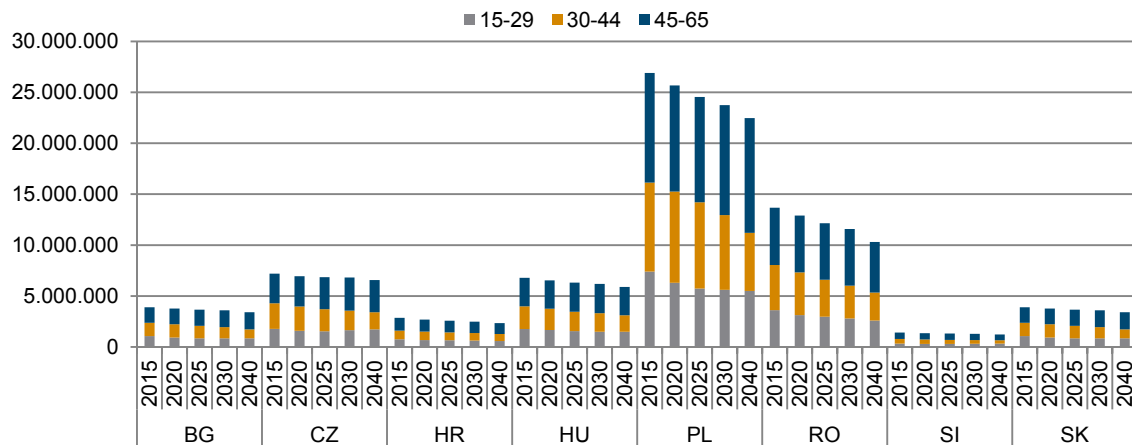
Quelle: Eigene Ausarbeitung basierend auf wiiw- und Eurostat-Statistiken.

3.3. BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN BIS 2040

Droht den EU-MOE-8-Ländern, ähnlich wie der EU-15, aufgrund der niedrigen Geburtenraten eine Überalterung und Schrumpfung der Bevölkerung? Eine Analyse der künftig zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung für die einzelnen Bevölkerungsgruppen im erwerbsfähigen Alter ergibt, dass vor allem Polen und Rumänien einen schnellen Rückgang der Erwerbsbevölkerung erleben werden (siehe Abbildung 3.5). Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen 15-29, 30-44 und 45-65 Jahre deutet darauf hin, dass die ersten beiden Gruppen deutlich schrumpfen werden, während die dritte Gruppe weiter ansteigen dürfte. Ähnliche Trends werden auch für die Tschechische Republik und andere EU-MOE-8-Länder erwartet, allerdings wird der Bevölkerungsrückgang weniger stark ausfallen als in Polen und Rumänien. In Rumänien sind alle drei Altersgruppen betroffen und werden rückläufig sein, vor allem die jüngeren Altersgruppen. In der Tschechischen Republik wird die erste Altersgruppe von

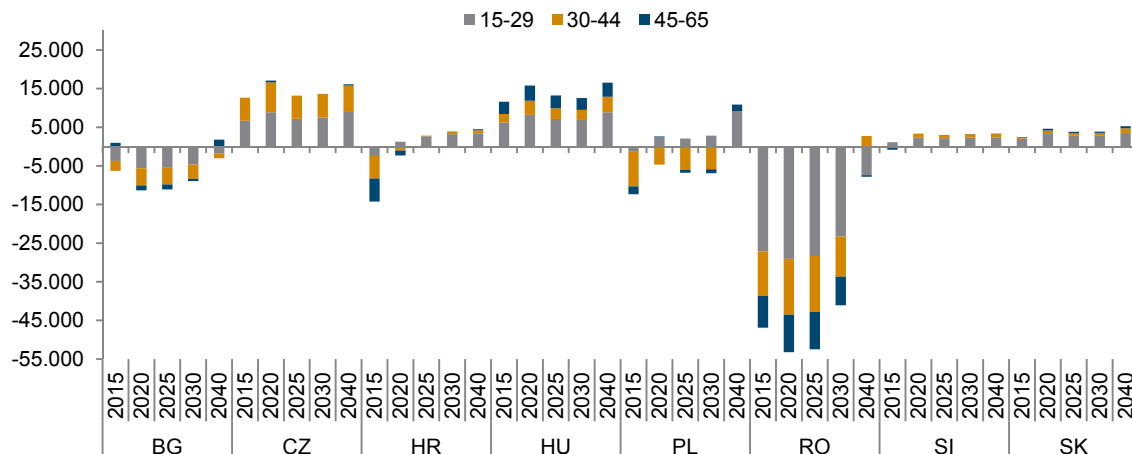
15-29 Jahren im Zeitraum 2015-2040 weitgehend konstant bleiben, während die Altersgruppe von 30-44 Jahren drastisch abnehmen und die Altersgruppe von 45-65 Jahren wachsen wird. Diese Trends deuten darauf hin, dass vor allem die jüngere Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der EU-MOE-8 auf Schrumpfung zusteuert.

Abbildung 3.5 / Prognosen für das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in EU-MOE-8, nach Altersstruktur, 2015-2040



Quelle: Eurostat (2018).

Abbildung 3.6 / Prognosen für Nettomigration in EU-MOE-8, nach Altersstruktur, 2015-2040

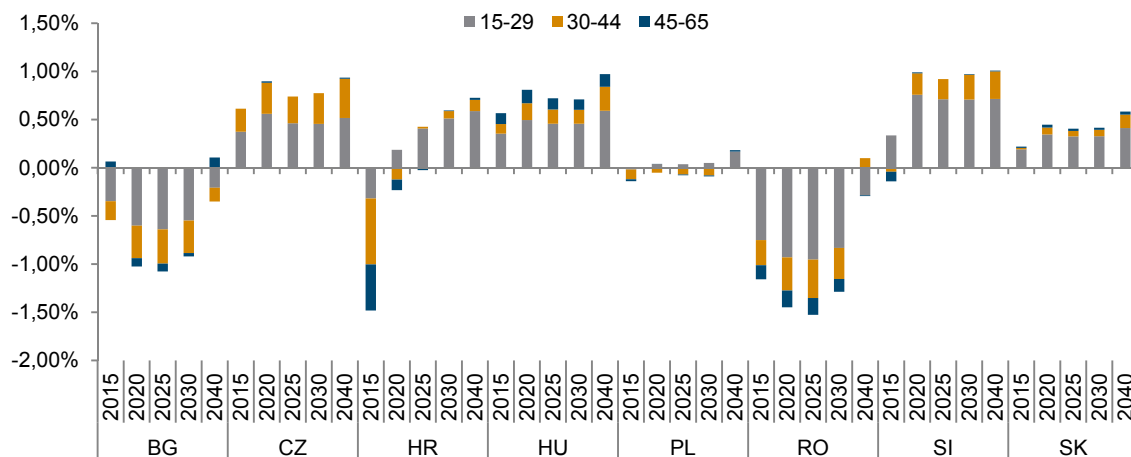


Quelle: Eurostat (2018).

Was die Migrationsprognosen angeht (Abbildungen 3.6 und 3.7), so stellen wir fest, dass insbesondere Rumänien und Bulgarien weiterhin Nettoabwanderung aufweisen werden, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an der Bevölkerung. Der negative Wanderungssaldo wird bei den jüngeren Alterskohorten besonders stark und bei den anderen Altersgruppen geringer ausfallen. Die Nettomigration wird voraussichtlich erst 2040 in Polen, für die älteren Alterskohorten in Bulgarien und die Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen in Rumänien positiv werden. In Kroatien ist nach einer hohen Nettoabwanderung im Jahr 2015 davon auszugehen, dass sich der negative Trend ab 2020 in einen positiven umwandeln wird. In der Tschechischen Republik ist bereits ein positiver Wanderungssaldo zu

verzeichnen, insbesondere für die Altersgruppen 15-29 und 30-44 Jahre; eine ähnliche Entwicklung kann für Slowenien und die Slowakei bestätigt werden. Ungarn ist ebenfalls ein Nettoempfänger von Migranten; der positive Wanderungssaldo in Ungarn wird voraussichtlich im Lauf der Zeit konstant bleiben, ähnlich wie in der Tschechischen Republik.

Abbildung 3.7 / Prognosen für Nettomigration als Anteil an der Bevölkerung in EU-MOE-8, nach Altersstruktur, 2015-2040



Quelle: Eurostat (2018).

3.4. IMPLIKATIONEN

Eine Reihe jüngster Entwicklungen in der EU-MOE-8, wie das hohe BIP-Wachstum, die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation, höhere Löhne und steigende Beschäftigung, sprechen dafür, dass es weniger Push-Faktoren für die Auswanderung geben wird. Zudem dürften auch die Pull-Faktoren nicht so stark sein wie früher, da sich die Unterschiede beim Pro-Kopf-Einkommen, aber auch bei den Arbeitslosenquoten verringert haben.

Auf der Ebene der einzelnen Länder und Regionen sind die Unterschiede nach wie vor ausgeprägt. Die Auswanderung aus Ländern wie Bulgarien und Rumänien wird voraussichtlich anhalten und dürfte vor allem in den jüngeren Altersgruppen zunehmen. Eine Folge der anhaltenden Abwanderung wird die Schrumpfung und die Überalterung der Bevölkerung der EU-MOE-8-Länder sein, mit wenigen Ausnahmen wie Slowenien und der Slowakei, die demographisch besser positioniert sind. Gleichzeitig sind mehrere Länder der Region Nettoaufnahmeländer für Migranten geworden, vor allem aus der Ukraine und anderen Ländern im Osten.

4. Determinanten des Lohnwachstums

4.1. INFLATIONSENTWICKLUNG

Die Reallohndynamik in den EU-MOE-8-Ländern in den letzten Jahren ist vor dem Hintergrund der sehr niedrigen Inflation bzw. sogar Deflation zu sehen (Tabelle 4.1). Die noch bis vor kurzem herrschende Preisstabilität stärkt zwar, ceteris paribus, die Kaufkraft der Lohnbezieher. Sie kann jedoch nicht das hohe Wachstum der Nominallöhne in Ländern wie Bulgarien und Rumänien erklären, das dem relativ hohen Reallohnanstieg zugrunde liegt.

Der Einfluss der Inflation auf die Lohnfestsetzung kann höchstens kurzfristig von Bedeutung sein. So kann zum Beispiel theoretisch ein plötzlicher Rückgang der Inflation insofern kurzfristig einen positiven Effekt auf das reale Lohnwachstum haben, weil der Lohnabschluss noch zu einer Zeit ausgehandelt wurde, als die Inflation und dementsprechend die Inflationserwartungen noch hoch waren. Ein Blick auf Tabelle 4.1 zeigt jedoch, dass dies für die EU-MOE-8-Region in den letzten Jahren kaum zutrifft. Einen plötzlichen Rückgang der Inflation konnte man höchstens in Ungarn für die Zeitperiode 2012-2013 beobachten, Ungarn ist jedoch, wie oben erwähnt, auch gleichzeitig das EU-MOE-8-Land mit dem niedrigsten Lohnwachstum.

Trotz der jüngsten leichten Inflationsbeschleunigung, hauptsächlich aufgrund höherer Energiepreise, dürften die gegenwärtigen Inflationserwartungen auch jetzt noch relativ niedrig sein. Dies spielt natürlich auch bei den Lohnabschlüssen eine Rolle.

Tabelle 4.1 / Verbraucherpreisinflation (im Jahresdurchschnitt), in % des Vorjahres

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bulgarien	2,5	3,0	3,4	2,4	0,4	-1,6	-1,1	-1,3	1,2
Kroatien	2,2	1,1	2,2	3,4	2,3	0,2	-0,3	-0,6	1,3
Tschechien	0,6	1,2	2,2	3,5	1,4	0,4	0,3	0,6	2,4
Ungarn	4,0	4,7	3,9	5,7	1,7	0,0	0,1	0,4	2,4
Polen	4,0	2,6	3,9	3,7	0,8	0,1	-0,7	-0,2	1,6
Rumänien	5,6	6,1	5,8	3,4	3,2	1,4	-0,4	-1,1	1,1
Slowakei	0,9	0,7	4,1	3,7	1,5	-0,1	-0,3	-0,5	1,4
Slowenien	0,8	2,1	2,1	2,8	1,9	0,4	-0,8	-0,2	1,6

Quelle: wiiw-Jahresdatenbank basierend auf Eurostat-Statistiken.

4.2. ZUR ROLLE DER MINDESTLÖHNE

Aufgrund der Schwäche der sozialpartnerschaftlichen Strukturen in den EU-MOE-8-Ländern (mehr dazu siehe Abschnitt 5) sind Mindestlohnregelungen in diesen Staaten für die Einkommensentwicklung eines größeren Teils der beschäftigten Bevölkerung von Bedeutung (Drahokoupil, 2016). Die Festlegung der Mindestlöhne dient zunehmend als Instrument der Regierungen zur Steuerung der allgemeinen Gehaltsentwicklung und Haushaltsnachfrage und zur Reduktion der in einigen Ländern hohen

Einkommensarmut (IWF, 2016). Deren Einfluss auf das allgemeine Lohnniveau ist vor allem durch institutionelle Faktoren bedingt und variiert von Land zu Land. In manchen EU-MOE-8-Ländern (wie z.B. Rumänien) sind die Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor gesetzlich an den Mindestlohn gebunden. Somit hat eine Mindestlohnanhebung in diesen Ländern eine vergleichsweise höhere Auswirkung auf das allgemeine Lohnniveau als in denjenigen EU-MOE-8, wo dies nicht der Fall ist (beispielsweise in Polen). In Österreich besteht bekanntlich die Institution des gesetzlich fixierten Mindestlohns wie in einigen anderen korporatistisch organisierten Wohlfahrtsstaaten (zum Beispiel in den skandinavischen Ländern, aber auch Italien) nicht. In Deutschland wurde ein Mindestlohn erstmals im Jahr 2015 eingeführt.

Traditionell war das Verhältnis der Mindestlöhne zu den Durchschnittslöhnen in den EU-MOE-8 (2008: 37% im Schnitt) um einiges niedriger als in wohlhabenderen Ländern der EU (2008: 43% im Schnitt). Die Lohndispersion war somit vor allem im unteren Einkommensbereich größer. Bemerkenswert ist, dass insbesondere ab 2010 in der mittel- und osteuropäischen Region die Mindestlöhne um einiges stärker als die Durchschnittslöhne angehoben wurden und sich dem relativen Niveau in Westeuropa genähert haben (siehe Tabelle 4.2).⁸ In der Slowakei und der Tschechischen Republik betragen die Mindestlöhne aber noch immer weniger als 40% des nationalen Durchschnittslohns. Die slowenische Regierung hingegen hat infolge der Wirtschaftskrise im Jahr 2010 den gesetzlichen Mindestlohn auf das mit 51% des Durchschnittslohns höchste relative Niveau in der EU gesetzt. Ebenfalls wurde eine automatische jährliche Indexierung fixiert.

Tabelle 4.2 / Gesetzliche Mindestlöhne, auf Bruttobasis pro Monat

	in EUR ¹⁾		in % des Durchschnittslohns ²⁾	
	2008	2016	2008	2016
Bulgarien	112	215	40	43
Kroatien	380	408	36	40
Polen	313	434	39	46
Rumänien	139	232	30	42
Slowakei	241	405	35	39
Slowenien	539	791	41	51
Tschechische Republik	300	366	35	36
Ungarn	272	351	39	45
Deutschland	.	1440	.	41
Frankreich	1280	1467	47	47
Großbritannien	1242	1512	38	44

Anmerkung: ¹⁾ Stand 1. Jänner. Kroatien Stand 1. Juli. ²⁾ Wirtschaftssektoren NACE Rev. 2 B-S.
Quelle: Eurostat-Datenbank.

Neben den direkten mikroökonomischen Effekten der Mindestlöhne auf die Beschäftigungssicherheit haben Mindestlöhne auch indirekte makroökonomische Effekte. Die Dynamik der gesetzlichen Mindestlöhne hängt insbesondere mit dem allgemeinen fiskalpolitischen Kurs der Regierung zusammen. Wie Abbildung 4.1 zeigt, kam es beispielsweise in allen EU-MOE-8 im Jahre 2013 zu einer Senkung des Mindestlohns im Rahmen der verabschiedeten Sparpakete der Regierungen. Seit 2014 gab es jedoch

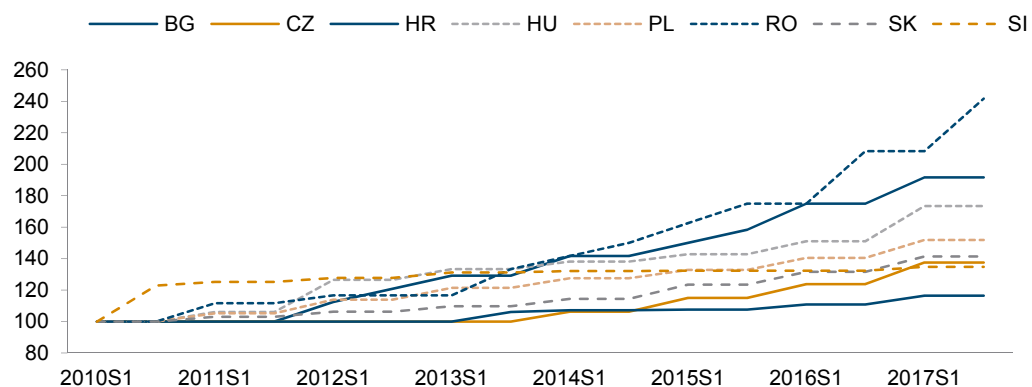
⁸ Der Internationale Währungsfonds bezeichnet ein Niveau von 45% als auf jeden Fall unbedenklich in Bezug auf mögliche negative Beschäftigungseffekte (IWF, 2016). Die Ergebnisse der Untersuchungen bezüglich möglicher negativer Beschäftigungseffekte sind jedoch widersprüchlich (Stovicek, 2013; IWF, 2016).

eine Trendwende: die meisten EU-MOE-8-Länder haben den Mindestlohn in mehreren Schritten deutlich angehoben. Dies hat das allgemeine Lohnwachstum beschleunigt, welches wiederum zu einer Stützung der Konsumnachfrage der Haushalte und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung beigetragen hat. Dieser indirekte Einflussfaktor auf eine Senkung der Arbeitslosenrate in den EU-MOE-8 wird von wiiw (2016b) hervorgehoben. Für diese Studie von besonderer Bedeutung ist der nachgewiesene Einfluss der Mindestlöhne auf die generelle Lohnentwicklung. Eine Anhebung der Mindestlöhne um 1% führte, basierend auf Berechnungen des IWF (2016), im Schnitt der mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer der EU innerhalb von 2 Jahren zu einem robusten, zusätzlichen Anstieg der Durchschnittsgehälter von 0,15%.

Am stärksten wurde der Mindestlohn in Rumänien angehoben (allein seit Anfang 2016 um insgesamt 38%), gefolgt von Bulgarien. Diese zwei Länder sind gleichzeitig auch diejenigen, die das insgesamt höchste reale Lohnwachstum unter allen EU-MOE-8 erzielt haben. Gleichzeitig war Rumänien jedoch auch das Land mit dem ursprünglich niedrigsten Niveau des Mindestlohns (30% des durchschnittlichen Lohns, Tabelle 4.2) unter den EU-MOE-8, sodass ein gewisses Aufholpotenzial vorhanden war. Dagegen wurde in Slowenien, wo der Mindestlohn ursprünglich relativ gesehen am höchsten war, eine besonders restriktive Lohnpolitik betrieben: der Mindestlohn in diesem Land liegt derzeit immer noch nahezu auf dem Niveau von 2010 (Abbildung 4.1).

Abbildung 4.1 / Nomineller gesetzlicher Mindestlohn, auf Bruttobasis pro Monat

Index, Jänner 2010=100



Quelle: Eurostat.

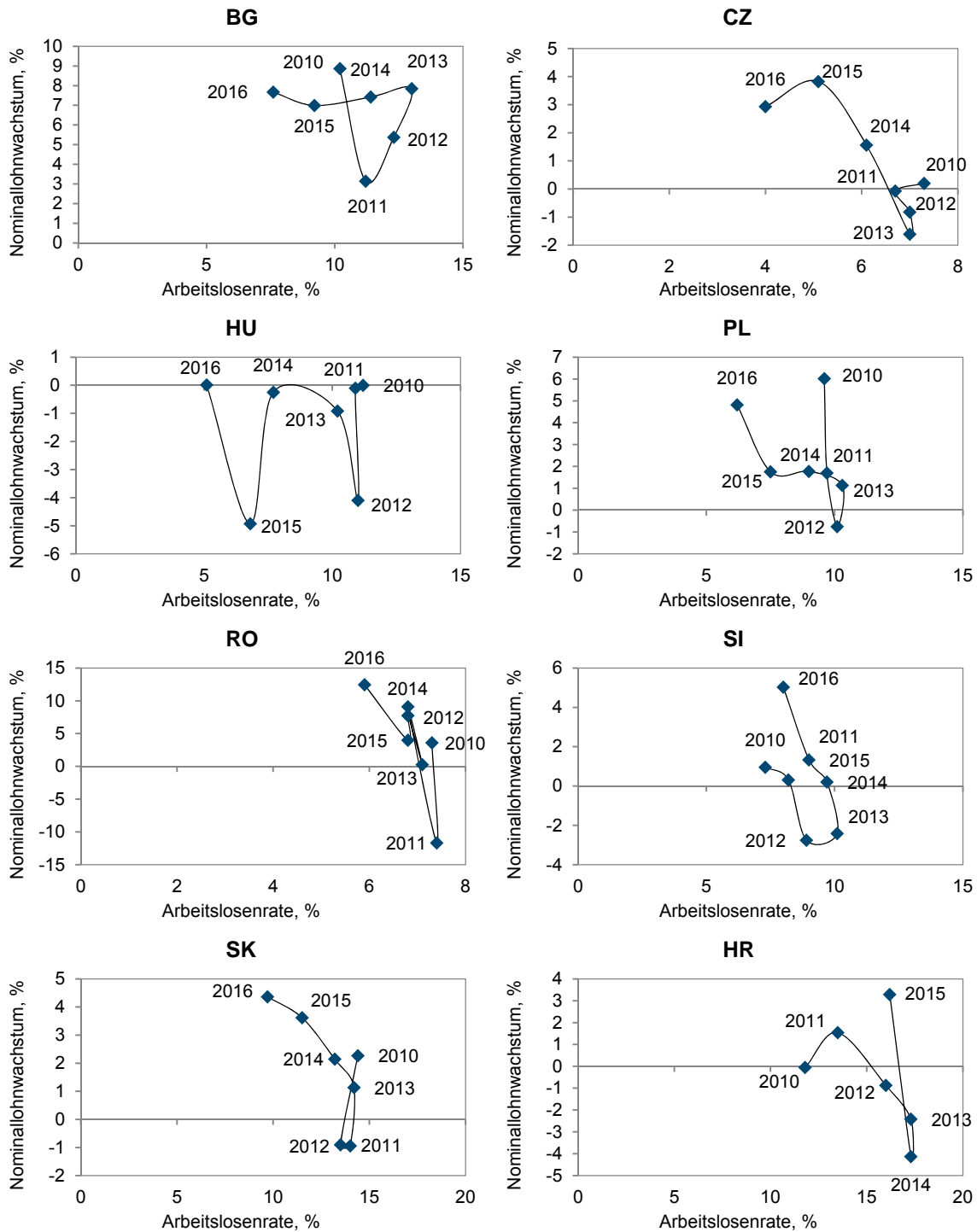
4.3. LOHNWACHSTUM UND ARBEITSMARKTBEDINGUNGEN

Arbeitslosigkeit und Lohnwachstum

Die Lohndynamik in den EU-MOE-8-Ländern muss auch vor dem Hintergrund der generellen Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen der letzten Jahre gesehen werden. Wie bereits in Abschnitt 3 diskutiert, ist die Arbeitslosigkeit überall in der Region zurückgegangen, zum Teil deutlich. Theoretisch sollte dies tendenziell eine Verbesserung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer zur Folge haben. Es stellt sich daher die Frage, warum das Lohnwachstum in den meisten EU-MOE-8 – mit

wenigen Ausnahmen wie Bulgarien und Rumänien – trotz der Verbesserung der Arbeitsmärkte relativ verhalten war und die Lohnquote kaum gestiegen ist (siehe Abschnitt 1).

Abbildung 4.2 / Nominelles Lohnwachstum und Arbeitslosenquote (LFS), in %



Anmerkung: Nominelles Lohnwachstum basierend auf VGR-Statistiken.
Quelle: wiiw-Jahresdatenbank basierend auf Eurostat-Statistiken.

Die sogenannten „Phillips-Kurve“ stellt den Zusammenhang zwischen dem Niveau der Arbeitslosigkeit und dem *nominellen* Lohnwachstum dar (Phillips, 1958). In der „klassischen“ Phillips-Kurve ist dieser Zusammenhang negativ, d.h. die Kurve verläuft von links oben nach rechts unten. Dabei kann die Kausalität zwischen den beiden Indikatoren in beide Richtungen gehen. Auf der einen Seite, wenn die Arbeitslosenquote sinkt, ist zu erwarten, dass sich die Verhandlungsmacht zugunsten der Arbeitnehmer verschiebt, was zu besseren Lohnabschlüssen führen sollte. Andererseits ist es aber auch denkbar, dass höhere nominelle Löhne – falls sie nicht oder nicht ganz durch höhere Inflation „aufgefressen“ werden – den privaten Konsum und das BIP-Wachstum antreiben und somit zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote beitragen.

Diesem nachfrageseitigen Effekt, der für einen negativen Zusammenhang zwischen Lohnwachstum und Arbeitslosigkeit spricht, steht allerdings womöglich ein angebotsseitiger Effekt entgegen, der in die entgegengesetzte Richtung laufen kann, d.h. sogar einen positiven Zusammenhang zwischen dem nominellen Lohnwachstum und der Arbeitslosigkeit bewirken kann. Es ist beispielsweise denkbar, dass im Fall eines Anstiegs der Lohnkosten die Unternehmer zu Sparmaßnahmen gezwungen sind und Arbeitskräfte entlassen, was zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen kann.

Bis Anfang der 1970er-Jahre hatte die „Phillips-Kurve“ in den entwickelten Staaten wie den USA oder Westeuropa den „klassischen“ negativen Verlauf, was einen Trade-off zwischen Lohnwachstum/Inflation und Arbeitslosigkeit in der praktischen Wirtschaftspolitik nahelegte. Doch für die Folgejahre, insbesondere seit den Ölkrisen der 1970er-Jahre, konnte man einen derartigen negativen statistisch signifikanten Zusammenhang kaum noch feststellen. In den letzten Jahren scheint die Phillips-Kurve in den entwickelten Staaten kaum vorhanden zu sein (Europäische Kommission, 2017). Auch für die EU-MOE-8-Länder hält die Phillips-Kurve kaum – siehe Abbildung 4.2.

Arbeitslosigkeit und Lohnstückkosten

Eine Alternative zur klassischen Phillips-Kurve besteht darin, den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und den nominellen *Lohnstückkosten* (anstatt von Löhnen) für jedes einzelne EU-MOE-8-Land im Laufe der Zeit empirisch herauszufinden (für methodologische Erklärungen siehe Box 4.1). Es ist zum Beispiel denkbar, dass höhere Löhne dann nicht unbedingt automatisch höhere Lohnkosten bedeuten, wenn gleichzeitig auch die Arbeitsproduktivität steigt und die Lohnstückkosten konstant bleiben.

Tabelle 4.3 fasst die Ergebnisse der Schätzungen für 2000 – 2017 zusammen. Der Koeffizient, der die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf das Niveau der Lohnstückkosten (in der Folgeperiode) wiedergibt (c_1), ist zwar für die meisten EU-MOE-8, mit Ausnahme von Rumänien und der Slowakei, erwartungsgemäß deutlich negativ.⁹ Doch statistisch signifikant ist er nur im Falle Tschechiens und Sloweniens, die unter allen EU-MOE-8 das höchste Entwicklungsniveau aufweisen, sowie in den ausgewählten entwickelten Staaten, inklusive Österreich, die ebenfalls in Tabelle 4.3 vertreten sind. (In Slowenien ist der Koeffizient c_1 besonders hoch: ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 1% bewirkt einen

⁹ Im Falle Rumäniens könnte der positive Koeffizient auf die Existenz eines großen traditionellen Landwirtschaftssektors zurückgehen, der möglicherweise die Arbeitslosigkeit speist – unabhängig davon, was mit den Löhnen und Lohnstückkosten in den sonstigen Sektoren geschieht. Außerdem kann der Mechanismus der Phillips-Kurve in Rumänien durch andere dominierende Faktoren, wie die rasante Anhebung der Mindestlöhne (die in das Modell nicht inkludiert sind), überschattet werden.

Anstieg der Lohnstückkosten um 1,7% in Slowenien.) Dies kann darauf hindeuten, dass der Phillips-Kurven-Mechanismus, der für die Transmission der zurückgehenden Arbeitslosigkeit auf die Lohndynamik (gemessen an Lohnstückkosten) sorgt, in den weniger entwickelten EU-MOE-8-Ländern noch nicht ausgereift ist.

Der zweite Koeffizient (a_1), der die Auswirkung der Veränderung der Lohnstückkosten auf das Niveau der Arbeitslosigkeit (in der Folgeperiode) wiedergibt, ist in den meisten EU-MOE-8 positiv und statistisch signifikant (Tabelle 4.3). Dies könnte als Bestätigung des obenerwähnten angebotsseitigen Mechanismus gewertet werden, indem die Unternehmungen auf Lohnkostensteigerungen mit Entlassungen reagieren.

BOX 4.1 / ARBEITSLOSIGKEIT UND LOHNSTÜCKKOSTEN: ÖKONOMETRISCHE METHODOLOGIE

Eine Möglichkeit, die obenerwähnten theoretischen Effekte, die der Phillips-Kurve zugrunde liegen, zu erfassen, ist die ökonometrische Vector Auto Regression (VAR)-Schätzung, die einerseits der Endogenität Rechnung trägt und andererseits die dynamischen Auswirkungen mitberücksichtigt.

Es wurde das folgende VAR-Modell geschätzt:

$$d(U)_t = a_0 + a_1 d(W)_{t-1} + a_2 d(U)_{t-1} + u_t$$

$$d(W)_t = c_0 + c_1 d(U)_{t-1} + c_2 d(W)_{t-1} + v_t$$

wobei $d(U)$ die Änderung der Arbeitslosenquote und $d(W)$ die Änderung der nominellen Lohnstückkosten darstellt. Für fast alle Länder erwies sich die optimale Lag-Länge als 1, d.h. sowohl $d(U)$ als auch $d(W)$ werden am besten durch $d(U(-1))$ und $d(W(-1))$ sowie die Konstante erklärt. Die Daten stammen aus der EU-AMECO-Datenbank.

Tabelle 4.3 / Arbeitslosigkeit und nominelle Lohnstückkosten: Schätzungsergebnisse für 2000-2017

	a_1	c_1
Bulgarien	0,245	-0,196
Kroatien	0,266	-0,731
Tschechien	0,273	-0,707
Polen	0,306	-0,358
Rumänien	0,073	1,397
Slowenien	0,147	-1,703
Slowakei	0,296	0,079
Ungarn	0,081	-0,416
Österreich	0,070	-1,673
Deutschland	0,041	-1,422
Frankreich	0,426	-0,904
USA	0,803	-0,764

Anmerkung: Die fettgedruckten Koeffizienten sind bei 5% statistisch signifikant.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Arbeitslosigkeit und Lohnquote

Schließlich wurde auch der Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und der Lohnquote in den EU-MOE-8-Ländern ökonometrisch untersucht. Anders als das Lohnwachstum wird die Lohnquote auch von der Entwicklung der Beschäftigung mitbestimmt. Die steigende Beschäftigung, wie es in den meisten EU-MOE-8 in den letzten Jahren der Fall war, führt zwar zu einem Anstieg der Lohnsumme, selbst wenn die Löhne konstant bleiben. Doch die höhere Lohnsumme muss nicht automatisch zu einem Anstieg der Lohnquote führen, wenn das BIP noch schneller steigt als die Lohnsumme. Auch im Fall, dass die sinkende Arbeitslosigkeit in Verbindung mit steigenden Löhnen zu einem Anstieg der Lohnquote in einem bestimmten Jahr führt, ist es keineswegs klar, ob dieser Anstieg nicht im Nachhinein ausgehöhlt wird.

Die Ergebnisse der ökonometrischen Schätzungen für 2000 - 2017, die methodologisch ähnlich wie die Schätzung des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnstückkosten erfolgte (siehe Box 4.1),¹⁰ sind in Tabelle 4.4 dargestellt. (Für eine genaue Darstellung der dynamischen Effekte innerhalb des Modells, d.h. die Impulse-Response-Funktion, für das Beispielland Tschechien siehe Box 4.2).

Wie aus Tabelle 4.4 hervorgeht, ist in den EU-MOE-8-Ländern – anders als etwa in Österreich oder Deutschland – eine positive Wirkung der sinkenden Arbeitslosenquote auf die Lohnquote in der Folgeperiode kaum vorhanden; der jeweilige Koeffizient ist nirgendwo signifikant (sieht man vom Spezialfall Rumänien ab). Stattdessen gibt es in mehreren EU-MOE-8 durchaus eine positive Auswirkung einer steigenden Lohnquote auf die Arbeitslosenquote (in der Folgeperiode). Insgesamt stehen diese Ergebnisse in Einklang mit den weiter oben erwähnten.

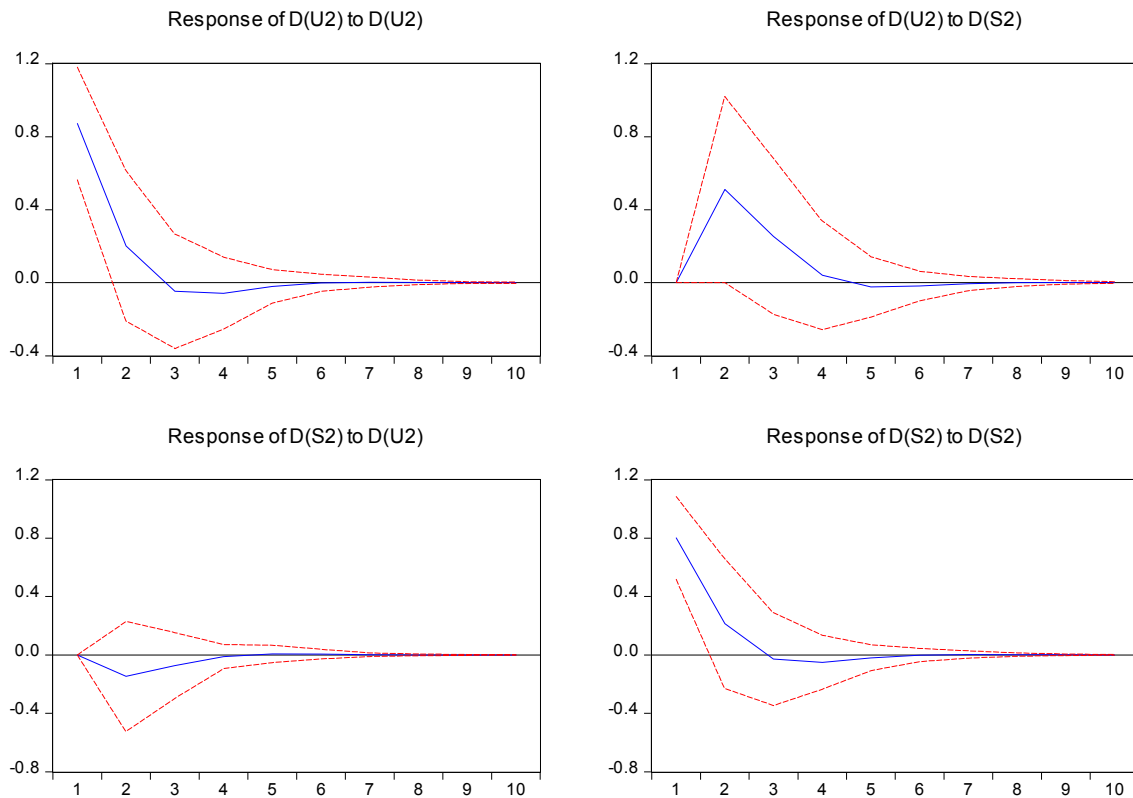
Tabelle 4.4 / Arbeitslosigkeit und Lohnquote: Schätzungsergebnisse für 2000-2017

	a_1	c_1
Bulgarien	0,302	-0,083
Kroatien	0,347	-0,222
Tschechien	0,637	-0,169
Polen	0,698	-0,225
Rumänien	0,206	-0,549*
Slowenien	0,345	-0,480
Slowakei	0,494	-0,148
Ungarn	0,361	-0,075
Österreich	0,102	-0,856
Deutschland	-0,472	-1,276**

Anmerkung: Die fettgedruckten Koeffizienten sind bei 5% statistisch signifikant. * Summe aus zwei statistisch signifikanten Koeffizienten für den ersten und den vierten Lag. ** Koeffizient für den zweiten Lag, der die höchste statistische Signifikanz aufweist.

Quelle: Eigene Berechnungen.

¹⁰ Anstatt nomineller Lohnstückkosten wird eine andere Variable, die Lohnquote (s), verwendet. Anders als in Box 4.1 variiert die optimale Lag-Länge je nach Land zwischen 1 und 4.

BOX 4.2 / IMPULSE-RESPONSE-FUNKTION AM BEISPIEL TSCHECHIENSResponse to Nonfactorized One S.D. Innovations ± 2 S.E.

Für die aktuelle Analyse sind zwei Panels relevant: das obere rechte und das untere linke. Das erstere Panel zeigt, dass ein positiver Schock auf die Lohnquote zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den drei Jahren danach führt, wobei das Ausmaß des Anstiegs im zweiten Jahr am größten ist. Das letztere Panel zeigt, dass ein positiver Schock auf die Arbeitslosenquote nur geringe, aber ansonsten weit verstreute Auswirkungen auf die Lohnquote hat. Im Lauf der Zeit werden die Schocks geringer und verschwinden schließlich ganz.

4.4. FAZIT

Generell kann man zusammenfassen, dass – anders als etwa in Deutschland oder Österreich – der Transmissionsmechanismus, der der „Phillips-Kurve“ zugrunde liegt, in den meisten EU-MOE-8-Ländern kaum vorhanden ist. Die Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen hat in diesen Ländern – mit Ausnahme der relativ hoch entwickelten Länder Tschechien und Slowenien – nicht zu höheren Lohnabschlüssen geführt. Stattdessen scheint in den meisten EU-MOE-8 das Gegenteil passiert zu sein: höhere Lohnabschlüsse, aus welchen Gründen auch immer (zum Beispiel dank Mindestlohnanhebungen), haben den Rückgang der Arbeitslosigkeit gebremst, vermutlich aufgrund von Entlassungen als Reaktion auf die gestiegenen Lohnkosten. Dies bedeutet, dass ohne diesen Effekt die Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen in den meisten EU-MOE-8-Ländern noch beeindruckender gewesen wäre, als es tatsächlich der Fall war.

5. Institutionelle Einflussfaktoren auf die Lohnentwicklung

Im folgenden Abschnitt werden einige für die Lohnbildung bedeutende institutionelle Rahmenbedingungen der Arbeitsmärkte in den EU-MOE-8 im Vergleich zu Österreich dargestellt. Offensichtlich verbessert die Möglichkeit kollektiver Lohnfestsetzung die Verhandlungsposition einzelner ArbeitnehmerInnen, reduziert die Lohndispersion und führt zu stabileren Einkommensentwicklungen auch in Zeiten wirtschaftlicher Abschwünge (Abschnitte 5.1 und 5.2). Durch das Zurückdrängen kollektiver, sozialpartnerschaftlicher Lohnfestsetzung gewann in den EU-MOE-8 die Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne (siehe Abschnitt 5.3) eine höhere Bedeutung für die allgemeine Lohnentwicklung, nicht nur für Bezieher niedrigerer Einkommen. Die Ausgestaltung von Beschäftigungsschutz und wohlfahrtsstaatlicher Absicherung (Abschnitte 5.4 und 5.5) haben maßgeblichen Einfluss auf den Reservationslohn der aktiven Bevölkerung und somit der relativen Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Löhnen. Arbeitslose sind bei niedrigerer sozialer Absicherung schneller gedrängt eine Beschäftigung aufzunehmen, egal zu welchen Bedingungen. Dies könnte ein weiterer Grund dafür sein, warum in den EU-MOE-8 wohl die Arbeitslosigkeit im Zuge wirtschaftlicher Erholung in den letzten Jahren stärker gefallen ist als z.B. in Österreich, die Lohnanstiege jedoch relativ verhalten geblieben sind. Die größere Bedeutung des informellen Sektors in den EU-MOE-8 (Abschnitt 5.6) kann in mehrerer Hinsicht eine Auswirkung auf die dokumentierte relative Lohnentwicklung haben. Ein Spezifikum eines direkten staatlichen Eingriffs in den Arbeitsmarkt liegt in Ungarn vor (Abschnitt 5.7). Hier wurde der längere Bezug von Arbeitslosengeld an die Teilnahme an kommunalen Beschäftigungsprogrammen gekoppelt. Das relative Ausmaß des so geschaffenen zweiten Arbeitsmarkts in Ungarn im Vergleich zu anderen Ländern ist für die relative Lohnentwicklung insbesondere schlechter ausgebildeter Arbeitskräfte von Bedeutung.

5.1. DIE ENTWICKLUNG DES SOZIALEN DIALOGS

In den meisten Ländern Nord- und Westeuropas prägt der institutionalisierte, stabil entwickelte soziale Dialog die Lohnpolitik. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften treffen, so insbesondere in Österreich, meist auf Ebene der Wirtschaftssektoren regelmäßige Vereinbarungen zu Lohnentwicklung und Arbeitsbedingungen in Form von Kollektivverträgen. Im Gegensatz hierzu erfolgt in den meisten der für Österreich acht wichtigsten EU Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa (EU-MOE-8) die Lohnfestlegung auf Betriebsebene. Einzig in Slowenien werden Kollektivverträge auf sektoraler Ebene vereinbart, in der Slowakei, Kroatien und Bulgarien liegt ein Mischsystem vor, bei dem die Lohnfestlegung in einzelnen Branchen auf sektoraler Ebene erfolgt, während in anderen nur auf Betriebsebene verhandelt wird (Europäische Kommission, 2015a, 2016b, 2016c; Visser, 2016). Slowenien ist das einzige Land, in dem einzelne Branchen zeitlich koordiniert Lohnverhandlungen abwickeln, z.B. Handel und Tourismus, Metall- und Elektroindustrie sowie Gießereien, Papiererzeuger und graphische Betriebe. Eine Lohnführerschaft einer bestimmten Branche ist jedoch nicht vorhanden. Ebenso ist dies für Lohnabschlüsse einzelner Betriebe in den EU-MOE-8 nicht dokumentiert (Eurofound, 2017).

Generell verstärkte sich der vorher bereits vorhandene Trend der Dezentralisierung der Lohnverhandlungen in der Folge der Wirtschaftskrise in den Ländern der EU (Eurofound, 2014, 2016). In den EU-MOE-8 sind bedeutendere strukturelle Änderungen vor allem in Rumänien, Slowenien und der Slowakei erfolgt. Die Änderung der Gesetzeslage im Jahr 2011 führte in Rumänien zu einer Abschaffung der Kollektivverhandlungen auf nationaler Ebene, die bis dahin vorherrschten. Darüber hinaus sind Verhandlungen auf Ebene der Sektoren stark zurückgegangen, da die Möglichkeit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vereinbarte Tarifverträge für alle Beschäftigten einer Branche als allgemein verbindlich zu erklären, gesetzlich stark eingeschränkt wurden. Auf Unternehmensebene können Gewerkschaften nur mehr dann in Verhandlungen eintreten, wenn die absolute Mehrheit der Beschäftigten Mitglied ihrer freiwilligen Interessensvertretung sind. Der Anteil der kollektivvertraglich geregelten Beschäftigungsverhältnisse ist hierdurch binnen kurzer Zeit stark gesunken (siehe Tabelle 5.1 unten). Laut einer Studie der ILO sind durch diese Änderungen der Rahmenbedingungen negative Auswirkungen auf Löhne und Arbeitsbedingungen in Rumänien zu beobachten (Chivu et al., 2013; Glassner, 2013).

Slowenien zeichnete sich bis Anfang der 2000er-Jahre durch ein sozialpartnerschaftliches System mit hohem Organisationsgrad der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus. Beschäftigungsverhältnisse waren nahezu durchgängig kollektivvertraglich geregelt. Im letzten Jahrzehnt kam es zu bedeutenden Änderungen. Während im öffentlichen Sektor Kollektivverträge weiterhin zentral ausgehandelt werden, verlagerten sich im privaten Sektor die Lohnverhandlungen zunehmend auf die Unternehmensebene. Durch die Einführung von Öffnungsklauseln im Zuge der Arbeitsmarktreformen 2013 können kollektivvertragliche Vereinbarungen auf Unternehmensebene, z.B. zu Arbeitszeiten, auch nachteilige Abweichungen von gesetzlichen Regelungen vorsehen.

Tabelle 5.1 / Abdeckungsrate durch Kollektivverträge

Anteil der Beschäftigten, deren Arbeitsvertrag ein gültiger Kollektivvertrag unterliegt, in %

	2000	2008	2013
Bulgarien	40	35	29
Kroatien	.	60	53
Polen	25	16	15
Rumänien	98	98	35
Slowakei	51	40	25
Slowenien	100	92	65
Tschechische Republik	48	50	47
Ungarn	37	37	23
Österreich	98	98	98
Deutschland	68	61	58
Frankreich	98	98	98
Großbritannien	36	34	30
Griechenland	90	88	59
Italien	80	80	80
Portugal	79	84	72
Spanien	85	81	80

Anmerkung: In einigen Ländern wurde aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für die angegebenen Jahre die Information eines nächstgelegenen Jahres herangezogen.

Quelle: Visser (2016).

In der Slowakei gab es in den letzten Jahren ein Ringen um die Möglichkeit der Allgemeingültigkeitserklärung von vereinbarten Kollektivverträgen für alle Beschäftigten einer Branche. Während Allgemeingültigkeitsvereinbarungen vor 2006 freiwillig erfolgen konnten, beschloss die sozialdemokratische Regierung die Möglichkeit der verbindlichen Allgemeingültigkeitserklärung durch das Arbeits- und Sozialministerium. Diese Regelung galt 2007 bis 2010, wurde von der konservativen Folgerregierung wiederum abgeschafft um von einer sozialdemokratischen Regierung 2013 wiederum eingeführt zu werden. Nichtsdestotrotz sinkt die Zahl der Kollektivverträge insbesondere auf sektoraler Ebene aufgrund zunehmender Zersplitterung der Interessensverbände sowohl auf Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerseite.

In den Jahren seit 2000 ist der Anteil jener Personen, deren Beschäftigungsverhältnis ein Kollektivvertrag zugrunde liegt, in den EU-MOE-8 kontinuierlich gefallen. Während in Österreich Kollektivverträge nahezu alle Beschäftigungsverhältnisse umfassen (ähnlich wie in den skandinavischen Ländern), sind dies in den EU-MOE-8 im Jahr 2013 nur zwischen 15% in Polen und noch 65% in Slowenien. In den meisten nord- und westeuropäischen Ländern¹¹ ist die Rate der kollektivvertraglichen Abdeckung der Arbeitnehmer im Vergleich zu den EU-MOE-8 relativ stabil geblieben. Ein Absinken ist jedoch neben Großbritannien im Zuge der Wirtschaftskrise besonders in Griechenland zu beobachten. Aber auch in Deutschland ist dies der Fall: von 68% der Beschäftigungsverhältnisse Anfang der 2000er-Jahre fiel die Rate der kollektivvertraglich abgedeckten Beschäftigungsverhältnisse auf 58% im Jahr 2013. In vielen der betrachteten Länder ist die Kollektivvertragsdeckungsrate zwischen staatlichem und privatem Sektor sehr unterschiedlich. So beträgt sie für den öffentlichen Sektor in Slowenien und Kroatien noch nahezu 100%, während sie im privaten Sektor im Jahr 2013 nur mehr rund 45% in Slowenien und 36% in Kroatien ausmacht.

5.2. GEWERKSCHAFTLICHER ORGANISATIONSGRAD

Die Verlagerung der Verhandlungen von der sektoralen auf die Betriebsebene führt meist zu einer Schwächung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. So ist es nicht verwunderlich, dass die Tendenz zur Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung auch mit einer Abnahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in den meisten Ländern der EU einhergeht. Wie in Tabelle 5.2 veranschaulicht, fiel die Rate der organisierten ArbeitnehmerInnen in allen EU-MOE-8 – von im Schnitt 31% im Jahr 2000 auf 17% im Jahr 2013. Die stärksten Abnahmen sind in Rumänien und Slowenien erfolgt. Dies ist auf das Aufbrechen der Kollektivvertragsstruktur in diesen zwei Ländern zurückzuführen. Aber auch in Ungarn, der Slowakei und in der Tschechischen Republik fiel die Gewerkschaftsdichte in dieser Zeitperiode um mehr als 15 Prozentpunkte.

Entsprechend dem niedrigen Organisationsgrad der Arbeitnehmer ist in den EU-MOE-8 auch der Anteil der Unternehmen, die in Arbeitgeberverbänden organisiert sind, relativ gering, d.h. unter 40% bzw. in Rumänien und Slowenien im Zuge der Reformen der letzten Jahre stark gefallen. In Slowenien, in dem bis 2007 noch ähnlich wie in Österreich Pflichtmitgliedschaft galt, arbeiteten laut Visser (2016) im Jahr 2013 nur noch 60% der Beschäftigten in Unternehmen, die in Verbänden organisiert sind. Der sinkende Organisationsgrad der Arbeitgeber erschwert es Arbeitnehmerorganisationen repräsentative Partner für Kollektivverträge zu finden. Eine Allgemeingültigkeitserklärung der erzielten Vereinbarungen für ganze Branchen wird somit unwahrscheinlicher.

¹¹ Dies umfasst Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Schweden (Visser, 2016).

Tabelle 5.2 / Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Beschäftigten, in %

	2000	2008	2013
Bulgarien	23	17	18
Kroatien	37	34	31
Polen	18	16	13
Rumänien	45	36	20
Slowakei	32	17	13
Slowenien	42	27	21
Tschechische Republik	27	17	12
Ungarn	28	15	11
Österreich	37	29	27
Deutschland	25	19	18
Frankreich	8	8	8
Großbritannien	30	27	26
Italien	35	34	37

Anmerkung: In einigen Ländern wurde aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für die angegebenen Jahre die Information eines nächstgelegenen Jahres herangezogen.

Quelle: Visser (2016).

5.3. BESCHÄFTIGUNGSSCHUTZ

Im Zuge der Wirtschaftskrise von 2008-2009 entstand, ausgelöst unter anderem durch steigende Arbeitslosigkeit, politischer Druck auch von Seiten der Europäischen Kommission auf die Regelungen des Beschäftigungsschutzes. Insbesondere süd- aber auch osteuropäischen Mitgliedsländern wurde die Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung nahegelegt. Die Argumentation hierbei ist, dass die Senkung der Kosten, die mit Beschäftigungsbeendigung verbunden sind, die Flexibilität für Arbeitgeber erhöht. Dies soll zu vermehrten Neueinstellungen führen (Europäische Kommission, 2016a). In den EU-MOE-8-Ländern sank, gemessen anhand der OECD-Indikatoren des Beschäftigungsschutzes (siehe Tabelle 5.3), in den Jahren 2008 bis 2013 der Schutz für unbefristet Beschäftigte vor allem in Slowenien, der Slowakei und in einem geringeren Ausmaß auch in der Tschechischen Republik. In der Tschechischen Republik und Kroatien ist der Kündigungsschutz strenger als in Österreich geregelt; in Ungarn und der Slowakei liberaler. Die Regelungen für Massenentlassungen wurden in Ungarn verschärft, in der Slowakei hingegen gelockert. Gleichzeitig wurde in der Slowakei und der Tschechischen Republik der Kündigungsschutz für temporär Beschäftigte ausgeweitet, in Slowenien jedoch abgesenkt.

Eine rezente Analyse der OECD zum Thema Liberalisierung des Beschäftigungsschutzes zeigt auf, dass die Absenkung des Kündigungsschutzes zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der kurzen Frist führt, mittelfristig stieg jedoch insbesondere in Slowenien der Anteil der unbefristeten Arbeitsverträge an der Beschäftigung. Die Lockerung des Beschäftigungsschutzes führt gesamt gesehen zu stärkerer Lohnflexibilität nach unten und schwächeren Lohndynamik in Phasen steigender Beschäftigung. Mittelfristig rechnet die OECD in ihrer Analyse auch mit positiven Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau, ohne jedoch makroökonomische Sekundäreffekte zu berücksichtigen (OECD, 2016).

Tabelle 5.3 / OECD Indikatoren des Beschäftigungsschutzes

	Individualkündigungen unbefristete Beschäftigung		Massenentlassungen		Temporäre Beschäftigung	
	2008	2013	2008	2013	2008	2013
Kroatien ¹⁾	.	2,3	.	2,3	.	2,9
Polen	2,2	2,2	2,9	2,9	2,3	2,3
Slowakei	2,2	1,8	3,8	3,4	2,2	2,4
Slowenien ²⁾	2,4	2,0	3,4	3,4	2,5	2,1
Tschechische Republik	3,0	2,9	2,1	2,1	1,9	2,1
Ungarn	1,8	1,5	3,4	3,6	1,9	2,0
Österreich	2,1	2,1	3,3	3,3	2,2	2,2
Deutschland	2,5	2,5	3,6	3,6	1,5	1,8

Anmerkungen: 1) Daten 2015 statt 2013. – 2) Daten 2014 statt 2013.

Quelle: OECD Employment Protection Legislation Database.

5.4. ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG UND SOZIALHILFE

Die Systeme der Arbeitslosenunterstützung unterscheiden sich von Land zu Land insbesondere nach nachzuweisender Mindestdauer einer zuvor vorgelegenen versicherungspflichtigen Beschäftigung, der maximalen Bezugsdauer, sowie der Höhe des Arbeitslosengeldes im Verhältnis zum zuvor bezogenen Verdienst (Nettoersatzrate). Bei Höhe und maximaler Bezugsdauer liegen meist günstigere Regelungen für ältere Beschäftigte vor. Tabelle 5.4 gibt einen kurzen Überblick über die Einkommensersatzraten bei Arbeitslosigkeit in den EU-MOE-8, Österreich und Deutschland bei unterschiedlich langer Dauer der Beschäftigungslosigkeit. Um die Veränderungen der letzten Jahre zu untersuchen, werden Daten für die Jahre 2008 und 2016 präsentiert.

Tabelle 5.4 / Nettoersatzraten durch staatliche Beihilfen¹⁾

für Singlehaushalte mit Durchschnittsverdienst vor Arbeitsplatzverlust

	Arbeitslosenhilfe						Arbeitslosenhilfe, Wohnungsbeihilfe & Sozialhilfe					
	Dauer der Arbeitslosigkeit						Dauer der Arbeitslosigkeit					
	2 Monate		7 Monate		13 Monate		2 Monate		7 Monate		13 Monate	
	2008	2016	2008	2016	2008	2016	2008	2016	2008	2016	2008	2016
Bulgarien	47	77	47	77	6	0	47	77	47	77	15	10
Kroatien	.	75	.	37	.	37	.	75	.	37	.	37
Polen	29	30	29	24	0	0	45	46	45	41	24	23
Rumänien	43	31	43	31	0	0	43	31	43	31	8	7
Slowakei	65	65	0	0	0	0	65	65	19	17	19	17
Slowenien	64	66	64	66	0	0	64	66	64	66	33	35
Tschechische Republik	50	65	0	0	0	0	53	72	30	37	30	37
Ungarn	59	45	31	0	0	0	59	45	33	12	24	12
Österreich	55	55	55	55	51	51	55	55	55	55	51	51
Deutschland	60	59	60	59	26	17	60	59	60	59	44	30

Anmerkung: ¹⁾ Die Tabelle beschreibt das Einkommen aus staatlichen Beihilfen für Einpersonenhaushalte im Verhältnis zum Nettoeinkommen vor Arbeitsplatzverlust für Durchschnittsverdiener. Die ersten 6 Spalten beschreiben das Verhältnis des Einkommens in den Jahren 2008 und 2016 aus Arbeitslosengeld zum Zeitpunkt einer 2-monatigen, 7-monatigen und 13-monatigen Arbeitslosigkeit. In den rechten 6 Spalten werden die Nettoersatzraten aus drei Beihilfenklassen dargestellt:

Arbeitslosengeld + Wohnungsbeihilfe + Sozialhilfe.

Quelle: DG ECFIN – Tax and benefits indicators database, Stand Februar 2018.

Ein bedeutender Unterschied zwischen Österreich und den EU-MOE-8 ist, dass in letzteren die mögliche maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wesentlich kürzer ist. Nach 13 Monaten Arbeitslosigkeit ist der Bezug einer entsprechenden Unterstützung nur mehr in Österreich möglich, in Kroatien beträgt die Ersatzrate nur mehr 37%, in Deutschland, folgend den Kürzungen nach 2008 nur mehr 17% (mit zusätzlichen 13% aus der Sozialhilfe).

Wesentliche Änderungen bezüglich des Arbeitslosengeldes in den EU-MOE-8 war die Verkürzung der maximalen Bezugsdauer durch die ungarische Regierung im Jahr 2012 auf 3 Monate. In Tschechien beträgt die Bezugsdauer unverändert 5 Monate und 6 Monate in der Slowakei. In allen anderen neuen EU Mitgliedsländern liegt eine Unterstützungsdauer zwischen 9 und 14 Monaten (Kroatien) vor (Europäische Kommission, 2015b). In Ungarn und Rumänien wurde ebenfalls das Niveau des Arbeitslosengeldes abgesenkt, während insbesondere in Bulgarien eine bedeutende, aber auch in Polen und der Tschechischen Republik eine leichte Erhöhung vorgenommen wurde. Die Daten zu Nettoersatzraten aus zusätzlichen Beihilfen, insbesondere Sozialhilfe, zeigen, dass dieses letzte wohlfahrtsstaatliche Netz in den meisten der EU-MOE-8 nur sehr weitmaschig geknüpft ist.

Eine vergleichende Studie des European Social Policy Network (ESPN) aus dem Jahr 2016 beurteilt die Höhe des sich aus Sozialhilfe und ähnlichen Beihilfen ergebenden Grundeinkommens in den meisten EU-MOE-8 als sehr inadäquat zur Existenzsicherung. Basierend auf Daten des Jahres 2013 betrug die Sozialhilfe für Singlehaushalte in Bulgarien, Polen und Rumänien weniger als 30% der Armutsgrenze nach EU Definition (welche bei 60% des nationalen Medianeinkommens festgesetzt ist), in der Slowakei 35%, in Ungarn und Slowenien zwischen 40% und 60%; in der Tschechischen Republik beträgt die geschätzte Höhe 67%, knapp unter der relativen Höhe in Österreich, die 74% der Armutsgrenze (nach EU Definition) beträgt. Das Grundeinkommen durch soziale Beihilfen ist in allen Ländern im Verhältnis zur entsprechenden Armutsgrenze höher im Falle von Familien mit Kindern. Die Anspruchsberechtigung zur Sozialhilfe ist in Bulgarien, Rumänien sowie Kroatien nur für einen sehr eingeschränkten Personenkreis gegeben. Zwischen 2009 und 2015 hat sich die Grundversorgung in puncto Zugangsberechtigung und Höhe insbesondere in Rumänien und Ungarn verschlechtert, während diesbezüglich neben Österreich Verbesserungen insbesondere in Slowenien, Kroatien, Polen erfolgt sind (Frazer und Marlier, 2016).

Die dargestellten niedrigen Nettoersatzraten für Arbeitslose insbesondere bei längerer Arbeitslosigkeit in den EU-MOE-8 im Vergleich zu Österreich haben den Effekt, dass Arbeitslose in den EU-MOE-8 schneller gedrängt sind eine Beschäftigung aufzunehmen, egal zu welchen Bedingungen. Das bedeutet auch, dass nach Phasen steigender Arbeitslosigkeit – wie zum Beispiel nach Ausbruch der Wirtschaftskrise – ein schnelleres Absinken der Arbeitslosenraten zu erwarten ist und eine beschleunigte Lohnentwicklung erst verzögert eintritt.

5.5. INFORMELLER SEKTOR

Der Begriff Schattenwirtschaft bezeichnet wirtschaftliche Tätigkeiten, die, meist zur Steuervermeidung, informell vorgenommen werden und somit der Besteuerung entzogen werden. Dieser Versuch der Erfassung des informellen Sektors unterscheidet sich jedoch stark von der Bestimmung informeller Beschäftigung. Diese umfasst unselbständig (auch im Familienunternehmen) und selbstständig Beschäftigte, die ohne Arbeitsvertrag und damit auch ohne soziale Absicherung wirtschaftlich tätig sind.

Berechnungen zum Ausmaß der Schattenwirtschaft variieren stark, Schneider (2015) schätzt den Umfang in Bulgarien und Rumänien im Jahr 2015 auf etwa 30% des offiziellen Bruttoinlandsprodukts (siehe Tabelle 5.5). Das Niveau der Schattenwirtschaft liegt in den EU-MOE-8 mit im Schnitt 23% um etwa 8 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt der restlichen EU Staaten. Schneider (2015) schätzt, dass der Umfang der Schattenwirtschaft in der EU seit 2003 merkbar gefallen ist und der Umfang informeller Tätigkeiten in Folge der Wirtschaftskrise nicht zugenommen hat. Hazans (2011a, 2011b) kommt in seiner Untersuchung informeller Beschäftigung zu einem etwas anderen Länderranking. Basierend auf Umfragedaten des European Social Survey (ESS) streicht er heraus, dass informelle Beschäftigung u.a. in bestimmten Sektoren wie in Landwirtschaft bei Erntetätigkeiten, in der Bedienung sowie Tourismus, im Baugewerbe und bei Dienstleistungen im Haushalt verstärkt vorherrschen. Die höchsten Raten informeller Beschäftigung findet Hazans (2011a) in südeuropäischen Ländern unter Migranten.

Tabelle 5.5 / Schätzung des informellen Sektors im Ländervergleich

	Schattenwirtschaft in % des BIP		Informelle Beschäftigung, in % der aktiven Bevölkerung
	2003	2015	2007 / 2009
Bulgarien	36	31	13
Kroatien	32	28	.
Tschechische Republik	20	15	13
Ungarn	25	22	9
Polen	28	23	22
Rumänien	34	28	12
Slowenien	27	23	14
Slowakei	18	14	12
EU-MOE-8	27	23	12
Österreich	11	8	20
Deutschland	17	12	12

Quelle: Schneider (2015), Hazans (2011a).

Durch die Zusammenschau der beiden Statistiken kann die Art der informellen Tätigkeit in den EU-MOE-8 besser verstanden werden. Die Umgehung der steuerlichen Belastung erfolgt in einigen dieser Länder verstärkt durch sogenannte „envelope payments“ – die Anstellung erfolgt offiziell zu einem niedrigen Lohn, der Rest wird im Kuvert übergeben. Gleichzeitig zeigen aber Untersuchungen, dass im letzten Jahrzehnt diese Praxis stark abgenommen hat, insbesondere in jenen EU-MOE-8, in denen sie am stärksten verbreitet war, so in Rumänien, Bulgarien und Polen (Horodnic, 2016).

Das Ausmaß informeller Tätigkeiten hat nur in geringem Ausmaß Einfluss auf die Entwicklung der offiziellen Arbeitslosenrate nach EU Arbeitskräfteerhebung. Letztere kennt nur die Frage nach dem Ausmaß der Beschäftigung. Es werden keine Zusatzfragen bezüglich Tätigkeit im formellen oder informellen Sektor gestellt. Wechseln wirtschaftlich Tätige zwischen diesen beiden, führt dies zu keiner Veränderung der Arbeitslosenrate. Die dokumentierte Lohnentwicklung schwankt jedoch entsprechend des relativen Einkommensanteils aus formeller Tätigkeit (siehe Abschnitt 2 zur Lohnentwicklung).

In den EU-MOE-8 erfolgte somit die Anpassung an den Nachfrageausfall im Zuge der Wirtschaftskrise in geringerem Ausmaß durch ein Ausweichen der potentiell Arbeitslosen in klassische Sektoren der Subsistenzwirtschaft (z.B. Landwirtschaft). Statt versteckter Arbeitslosigkeit finden wir in diesen Ländern Anpassungen via „envelope payments“ und Lohnreduktionen. Darüber hinaus erfolgte in den EU-MOE-8

eine relativ stärkere Emigration von Arbeitssuchenden als beispielsweise in Südeuropa. Nur in Ungarn wurde (siehe Abschnitt 5.6 unten) mittels direkten Beschäftigungsprogrammen quasi ein staatlicher Subsistenzsektor geschaffen.

5.6. MAßNAHMEN ZUR DIREKTEN SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik umfassen Aktivitäten zur Hebung der Qualifikation der Arbeitssuchenden oder bieten Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung. Eine Form der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für schwer vermittelbare Personen zu gemeinnützigen oder sozial nützlichen Zwecken, die ohne staatlichen Eingriff nicht existieren würden. Werden Beschäftigungsprogramme in einem größeren Ausmaß eingesetzt und der Bezug wohlfahrtsstaatlicher Leistungen eng an eine verpflichtende Teilnahme gekoppelt, hat dies zweifelsohne eine Auswirkung auf Reservationslöhne und damit auch die allgemeine Lohnentwicklung.

Wie aus Tabelle 5.6 ersichtlich, beträgt die Anzahl der auf diese Art beschäftigten Personen in den meisten EU-MOE-8 weniger als 0,5% der Erwerbspersonen (Summe der Beschäftigten und Arbeitslosen).

Tabelle 5.6 / Verhältnis teilnehmender Personen an direkten Beschäftigungsprogrammen zur Gesamtzahl der Beschäftigten

	2005	2010	2015
Bulgarien	1,98	0,59	0,33
Tschechische Republik	0,20	0,27	0,37
Deutschland	0,79	0,71	0,25
Kroatien	.	.	0,25
Ungarn	.	2,77	5,23
Österreich	0,15	0,21	0,20
Polen	0,07	0,11	0,07
Rumänien	0,27	0,09	0,02
Slowenien	0,38	0,50	0,39
Slowakei	4,82	1,83	0,62

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

BOX 5.1 / PROGRAMM DER ‚GEMEINNÜTZIGEN BESCHÄFTIGUNG‘ IN UNGARN¹²

Das Programm der ‚gemeinnützigen Beschäftigung‘ wurde in Ungarn 2011 nach Antritt der Regierung Orbán mit der Argumentation eingeführt, Langzeitarbeitslose durch aktivierende Maßnahmen in den Arbeitsmarkt integrieren zu wollen. Kurz zusammengefasst werden damit Langzeitarbeitslose zur Verrichtung zugewiesener ‚gemeinnütziger Tätigkeiten‘ unter Androhung des Entzugs staatlicher Beihilfen verpflichtet. All jene Personen, die länger als 3 Monate arbeitslos sind, können von dieser Maßnahme erfasst werden; somit an all jene, die auf dem ersten Arbeitsmarkt aufgrund ihres Alters, ihrer Ausbildung, ihres Gesundheitszustandes oder sonstiger Umstände schlechtere Chancen haben und keine Anstellung finden. Darüber hinaus ist besonders eine marginalisierte Gruppe der ungarischen Gesellschaft betroffen: Roma in ländlichen bzw. benachteiligten Regionen.

¹² <http://kozfojlalkoztatas.kormany.hu/information-uber-die-aktuelle-lage-der-offentlich-geforderten-besch-ftigung>

Das Programm umfasst folgende Kernpunkte:

- › Es sieht eine temporäre Beschäftigung von 12 Monaten vor, deren Dauer um weitere sechs Monate verlängert werden kann.
- › Die Entlohnung für diese Art von Tätigkeit ist wesentlich niedriger als der Mindestlohn. Damit entsteht ein Druck auf Gehälter von Arbeitnehmern im Segment der Niedriglohnpfänger des ersten Arbeitsmarkts.
- › Beschäftigte, die einer dieser zugewiesenen Arbeiten nachgehen, sind sozial- und pensionsversichert, die Entlohnung liegt über der Sozialhilfe. Diese ist jedoch (siehe Abschnitt 5.4) gleichzeitig auf ein nicht existenzsicherndes Niveau gekürzt worden.
- › Die zugewiesene ‚gemeinnützige Arbeit‘ muss unabhängig von Qualifikation und Vorerfahrung der Arbeitslosen angenommen werden, soll der Entzug staatlicher Beihilfen verhindert werden.
- › ‚Gemeinnützige Arbeit‘ umfasst Beschäftigung bei lokalen Einrichtungen, Aktivitäten in Kleinregionen (z. B. in der Landwirtschaft, Straßeninstandhaltung) oder bei landesweiten ‚gemeinnützigen Beschäftigungsprogrammen‘ (Binnengewässerableitung, Instandhaltung des Kanalnetzes, landwirtschaftliche Wasserversorgung, Waldpflege etc.).

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Personen, die im Rahmen des Programms beschäftigt wurden, deutlich erhöht. Zwischen 2011 und 2016 stieg die Anzahl der registrierten TeilnehmerInnen von 75.810 auf 223.469. Im Jahr 2017 wurde erstmals ein leichter Rückgang auf 179.492 Personen verzeichnet. Mehr als die Hälfte jener, die in den Programmen beschäftigt wurden, waren Männer, gehörten zur Altersgruppe der 26-50 Jährigen und hatten Grundschulausbildung (rund 45%). Einer der erreichten direkten Effekte der Maßnahme war, dass im Jahr 2016 nur mehr etwa 50% der Arbeitslosen staatliche Arbeitslosengelder bezogen. Marginalisierte Gruppen der ungarischen Gesellschaft, insbesondere Roma, waren zur Existenzsicherung darauf angewiesen, die Arbeitsverhältnisse auf dem von der Regierung so geschaffenen zweiten Arbeitsmarkt anzunehmen. Neben der Ineffektivität von dieser Art direkter Beschäftigungsmaßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Langzeitarbeitslosen allgemein, wird im Falle von Ungarn das Programm für seine negativen Auswirkungen auf Niedriglohnpfänger und die Gruppe der Roma kritisiert (siehe Byrne, 2015).

Ein Ausreißer ist hier Ungarn (siehe Box 5.1), wo die Regierung im Jahr 2011 beschloss, den Bezug von Arbeitslosenentgelt ab dem dritten Monat an die Pflicht der Teilnahme an kommunalen Beschäftigungsprogrammen zu koppeln. Ein ähnlich intensiver Einsatz solch direkter staatlicher Beschäftigungsprogramme wurde nur von der slowakischen Regierung Mitte der 2000er-Jahre verfolgt. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Programme nicht nur sehr kostenintensiv waren, sondern die Arbeitsmarktchancen der TeilnehmerInnen im Vergleich zu jenen nicht-teilnehmender Arbeitsloser nicht verbessern konnten und teilweise sogar verschlechterten (OECD, 2014; Harvan, 2010). Generell werden in der Literatur (Card et al, 2010) direkte Beschäftigungsmaßnahmen als wenig effizientes Instrument zur längerfristigen Anhebung der Beschäftigungswahrscheinlichkeit von Teilnehmern beschrieben. Häufig entsteht ein zweiter, prekärer Arbeitsmarkt. Arbeitslose TeilnehmerInnen an

direkten Beschäftigungsprogrammen wechseln nur in geringem Ausmaß in den offiziellen Arbeitsmarkt und verlieren durch die einfachen Tätigkeiten der Beschäftigungsprogramme an Qualifikationen.

5.7. ZUSAMMENFASSENDE EINSCHÄTZUNG DER AUSWIRKUNG INSTITUTIONELLER ÄNDERUNGEN AUF DIE LOHNENTWICKLUNG

Die Untersuchung der institutionellen Rahmenbedingungen der Arbeitsmärkte der EU-MOE-8 hat ergeben, dass kollektivvertragliche Mechanismen in diesen Ländern wesentlich schwächer ausgebaut sind als etwa in Österreich. Obwohl auch in Südeuropa sozialpartnerschaftliche Strukturen stark unter Druck geraten sind, ist die Situation z.B. der kollektivvertraglichen Abdeckung (siehe Abschnitt 5.1) mit Ausnahme Griechenlands noch wesentlich stabiler als in den EU-MOE-8. Darüber hinaus wurden in einigen der EU-MOE-8 im Laufe der Wirtschaftskrise Schritte in Richtung einer weiteren Liberalisierung der Arbeitsmarktregulierungen vorgenommen. Sowohl in Rumänien als auch Slowenien wurden Kollektivvertragsverhandlungen auf nationaler wie sektoraler Ebene stark eingeschränkt. Auch in Ungarn und Bulgarien fiel die Deckungsrate der Kollektivverträge von etwa 40% auf unter 30%. Begleitet wurden diese Liberalisierungen von einem sinkenden Organisationsgrad der Arbeitnehmer, aber auch der Arbeitgeber. Die verbesserte gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren in den EU-MOE-8 zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und in Folge auch zu einem Anstieg der Löhne geführt (siehe Abschnitte 3 und 4), der jedoch verhalten war. Die Differenz der Lohnquoten (Anteil der Löhne und Gehälter am BIP) zwischen korporatistisch organisierten Industriestaaten der EU und den EU-MOE-8 hat sich vergrößert. Die in diesem Abschnitt beschriebene Schwächung der Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen kann die weniger dynamische relative Lohnentwicklung (Lohnanstieg im Verhältnis zum Produktivitätswachstum) in den EU-MOE-8 im Vergleich zu westeuropäischen Ländern erklären.

Die Anhebung der Mindestlöhne über das Maß der allgemeinen Lohnentwicklung hinaus wurde in den letzten Jahren in der Mehrzahl der EU-MOE-8 von den Regierungen sowohl als Mittel zur Bekämpfung von Einkommensungleichheit als auch zur Stützung der Binnennachfrage eingesetzt. Gleichzeitig wurden dadurch staatliche Budgets nur gering belastet. Direkte negative Beschäftigungseffekte wurden hierdurch nicht verursacht – im Gegenteil, die Nachfrageeffekte dürften zu höherem Wachstum und dadurch niedrigerer Arbeitslosigkeit geführt haben. Nachgewiesen ist der Durchsatzeffekt der Mindestlohnentwicklung auf den Anstieg der Durchschnittslöhne. Dieser Effekt ist jedoch geringer als jener von Kollektivvertragsverhandlungen eines Leitsektors in korporatistischen Systemen auf die allgemeine Lohnentwicklung.

Untersuchungen zu den jüngsten Effekten der Lockerung des Beschäftigungsschutzes in Slowenien zeigten einen kurzfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit, mittelfristig wird aber diesen Maßnahmen – auch in Ungarn und der Slowakei wurde der Kündigungsschutz gelockert – kein Effekt auf die Höhe oder Dynamik der Arbeitslosenrate zugeschrieben. Die Lohnentwicklung dürfte somit im konkreten Fall von diesen Veränderungen auch unbeeinflusst geblieben sein.

Die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist in den EU-MOE-8 wesentlich kürzer als in Österreich; Ersatzraten sowie weitere staatliche Beihilfen sind um einiges niedriger und nicht existenzsichernd ausgestaltet. Somit ist der Reservationslohn der Beschäftigungssuchenden wesentlich geringer. Eine starke Absenkung der Bezugsdauer und Höhe des Arbeitslosengelds – verbunden mit

verpflichtender Aufnahme von Arbeit in kommunalen Projekten – erfolgte insbesondere in Ungarn. Diese Maßnahmen haben einen zweiten Arbeitsmarkt entstehen lassen, der einen direkten negativen Effekt auf die Löhne insbesondere schlecht Ausgebildeter hat. Generell begünstigt die geringere soziale Absicherung für arbeitslose Personen – vor allem bei längerer Dauer der Arbeitslosigkeit – in den EU-MOE-8 ein schnelleres Absinken der Arbeitslosenraten im Vergleich zu Österreich. Gleichzeitig erfolgen Lohnsteigerungen erst verzögert in der Phase des Aufschwungs.

Das Niveau der Schattenwirtschaft ist in den EU-MOE-8 um einiges höher als in Westeuropa, insbesondere Österreich. Jedoch scheint es seit Anfang der 2000er-Jahre gesunken zu sein. Die dokumentierten Arbeitslosenraten basierend auf EU-Arbeitskräfteerhebung bleiben vom Ausmaß der Schattenwirtschaft nahezu unbeeinflusst, denn im informellen Sektor arbeitende Personen werden als beschäftigt und nicht als arbeitslos erfasst. Auf die dokumentierte Lohnhöhe kann sich jedoch ein größerer informeller Sektor insbesondere bei un versteuerten Zusatzzahlungen an Beschäftigte – wie in manchen Ländern der EU-MOE-8 noch verbreiteter – tendenziell negativ auswirken. Die Einkünfte der ArbeitnehmerInnen sind somit höher als in der offiziellen Lohnstatistik der Unternehmen ausgewiesen.

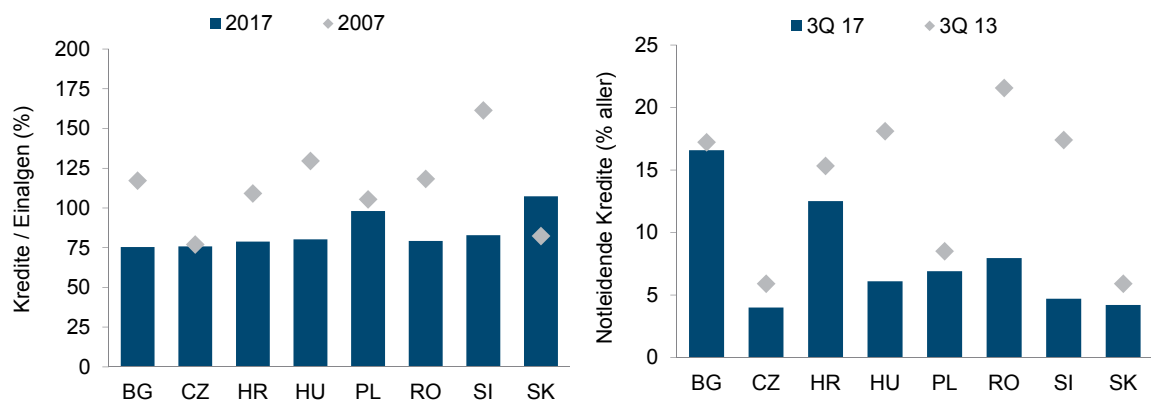
6. Politikempfehlungen

Ziel des Projektes war es, die Lohnentwicklung in den für Österreich wichtigen acht EU-Mitgliedsländern in Mittel- und Osteuropa zu analysieren. Wenngleich durchschnittliche reale Bruttostundenlöhne seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise jahrelang stagnierten, zeigt sich in den letzten Jahren eine positive Dynamik. Da Länder mit niedrigeren Stundenlöhnen ein stärkeres Wachstum verzeichneten, bedeutet die Entwicklung der letzten Jahre zusätzlich eine generelle Konvergenz.

Makroökonomisch bringen die Lohnsteigerungen der letzten Jahre ausschließlich positive Effekte. Lohnsteigerungen über dem Produktivitätswachstum bergen prinzipiell die Gefahr von Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Die meisten Länder besitzen jedoch ausgeprägte und kompetitive Exportindustrien, die, getrieben von der Nachfrage im Zuge des Aufschwunges in Westeuropa, etwaige konsumgetragene negative Effekte auf die Zahlungsbilanz ausgleichen können. Folglich sind zumindest in der kurzen bis mittleren Frist keine Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu erwarten. Bulgarien könnte dabei eine Ausnahme bilden, da hier Lohnsteigerungen stark über dem Produktivitätswachstum lagen und die Exportindustrie nur schwach ausgeprägt ist. Zudem lag das Handelsbilanzdefizit in Bulgarien vor der Krise bei 20% des BIP. Wenngleich dieses Defizit mit Ausbruch der Krise beseitigt wurde, muss davon ausgegangen werden, dass strukturelle defizitfördernde Faktoren weiterhin bestehen.

Im Zusammenhang mit den oben erwähnten Zahlungsbilanzschwierigkeiten wäre die Setzung eines kompetitiven realen Wechselkurses wichtig. Abwertungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sind für manche der EU-MOE-8-Länder keine Option: der Euro ist bereits offizielles Zahlungsmittel (Slowakei und Slowenien), ist Grundlage für ein Currency Board (Bulgarien) oder macht (neben anderen Währungen wie dem Schweizer Franken) einen wesentlichen Anteil der Bankeinlagen und -Darlehen aus (Rumänien, Kroatien). Im letzteren Fall ist zu bedenken, dass eine Abwertung die Schuldenlast von Fremdwährungskrediten von Haushalten und der öffentlichen Hand erhöhen würde. (Firmen besitzen nur in geringem Ausmaß derartige Verpflichtungen.) Zudem bewirkt eine Abwertung einen negativen Vermögenseffekt, da die EU-MOE-8-Länder aufgrund ihres ökonomischen Entwicklungsgrades Kapitalimporteure sind, historisch zum Teil große Leistungsbilanzdefizite auswiesen, und folglich negatives Auslandsvermögen akkumulierten. Dagegen könnten Länder wie Tschechien, Polen und Ungarn sich dieses Instrumentes relativ problemlos bedienen. Die Jahre nach der Krise waren in den EU-MOE-8-Ländern, wie im Großteil der restlichen EU, von der Sanierung der privaten Finanzen geprägt. Private, nicht-finanzielle Unternehmen und Haushalte bauten Schulden, welche im Zuge des Konsumbooms in den Vorkrisenjahren aufgebaut worden waren, kontinuierlich ab. Diese Sanierung ist nun größtenteils abgeschlossen, wenngleich in Bulgarien und Kroatien die Rate der notleidenden Kredite noch hoch ist (siehe Abbildung 6.1).

Abbildung 6.1 / Kredit-Einlagen-Quote (links) und Anteil der notleidenden Kredite (>90 Tage Zahlungsverzug) an allen Krediten an private Kunden



Quelle: wiiw (2018).

Langfristig ist wirtschaftspolitisch die Förderung der Exportkapazität von zentraler Bedeutung für die EU-MOE-8-Länder. Historisch bedingt sind Exportindustrien hauptsächlich der Produktion in Westeuropa vorgelagert. Wenngleich diese Zulieferfunktion eine rasche Integration in globale Produktionsnetzwerke ermöglichte, limitiert die starre Struktur dieser Netzwerke ein Aufsteigen zu Tätigkeiten mit höherer Wertschöpfung. Industriepolitik kann hier unterstützend wirken: eine länder- und agglomerationsspezifische Förderung von vor- und nachgelagerten Industriezweigen; duale Ausbildungsinitiativen von Jugendlichen und Arbeitslosen mit schlechteren bzw. obsoleten Qualifikationen zu Fachkräften; Intensivierung von öffentlicher und betrieblicher Innovation; Verbesserung der Infrastruktur in abgelegenen Regionen, um deren Einbindung in Produktionsnetzwerke zu fördern.

Derartige Instrumente brächten den zusätzlichen Nutzen eines Ausgleiches von regionalen Disparitäten. Jedoch bedürfen die historisch andauernden Agglomerationseffekte, welche Regionen in der Nähe zu wohlhabenderen, industrialisierten Regionen und Hauptstädten in der wirtschaftlichen Entwicklung begünstigen, vermutlich spezieller wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Form von Transferleistungen und Regionalpolitik. Die Industriepolitik der EU, welche größtenteils als Innovationspolitik verstanden werden kann und auf bereits hochspezialisierte Regionen an der „Frontier“ abzielt, sollte überdacht und Peripherie-Ländern ein Entwicklungspotenzial eingeräumt werden. Zudem sollte auch die makroökonomische Politik industriepolitische Ziele verfolgen. Makroökonomische Stabilität des Wechselkurses und das Vermeiden von abrupten Schwankungen der Kapitalströme (sowohl ins als auch aus dem Land) sollten angestrebt werden, um eine langfristige Integration in Weltmärkte und Produktionsnetzwerke zu ermöglichen (Landesmann und Stöllinger, 2018).

Die Dynamik von Beschäftigung und Löhnen ist stark von den zu Grunde liegenden Bevölkerungstrends bestimmt. Hier nimmt Mittel- und Osteuropa infolge der jahrzehntelangen Emigration nach vorwiegend Westeuropa eine weltweit einzigartige Rolle ein. Die Bevölkerung in den EU-MOE-8-Ländern stagniert oder fällt (in Bulgarien und Rumänien zum Teil dramatisch). Ein kurzer Ausblick auf die neuesten Bevölkerungsprognosen der EU verdeutlicht, dass diese Dramatik sich in den kommenden Jahrzehnten vermutlich fortsetzen wird. Tabelle 6.1 zeigt die Prognose der arbeitsfähigen Bevölkerung (Alter 20-65) für die EU-MOE-8 mit Ausnahme Kroatiens, normalisiert für 2015. In allen Ländern ist ein Rückgang

prognostiziert: In der Tschechischen Republik, Ungarn, der Slowakei und Slowenien fällt die arbeitsfähige Bevölkerung um 15-18% bis 2045, in Polen um 22% und in Bulgarien und Rumänien um 30-33%. Laut Prognose setzt sich dieser Trend in den meisten Ländern über 2045 hinweg fort.

Tabelle 6.1 / Prognose arbeitsfähige Bevölkerung (Alter 20-64), 2015 = 1

	2015	2025	2035	2045
BG	1,00	0,86	0,77	0,67
CZ	1,00	0,93	0,91	0,85
HU	1,00	0,93	0,89	0,82
PL	1,00	0,90	0,85	0,78
RO	1,00	0,89	0,79	0,70
SI	1,00	0,92	0,87	0,83
SK	1,00	0,94	0,89	0,82

Quelle: wiiw (2018).

Der negative Trend in der arbeitsfähigen Bevölkerung könnte prinzipiell durch einen Anstieg in der Erwerbsquote, welche in den EU-MOE-8-Ländern traditionell niedrig ist, kompensiert werden. (Dieser Anstieg setzte jedoch einen entsprechenden und vor allem den Fähigkeiten der Arbeitskräfte angemessenen Anstieg der Beschäftigung voraus.) Tabelle 6.2 zeigt exemplarisch, dass selbst bei moderatem Beschäftigungswachstum von 0,5% pro Jahr ein Anstieg der Erwerbsquote auf ambitionierte 75% nicht ausreicht, um Arbeitsmarktengpässe zu verhindern. In allen EU-MOE-8 mit Ausnahme Kroatiens müsste die Anzahl der Erwerbslosen negativ sein, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken. In Kroatien wäre selbst unter diesen sehr optimistischen Annahmen das Arbeitskräfteangebot mit 2030 erschöpft.

Tabelle 6.2 / Erwerbslose über Erwerbstätige

	2019	2021	2023	2025	2027	2029	2031	2033	2035
BU	0,04	0,01	-0,03	-0,06	-0,10	-0,13	-0,16	-0,18	-0,21
CZ	0,00	-0,02	-0,04	-0,06	-0,07	-0,09	-0,10	-0,12	-0,13
HU	0,03	0,00	-0,02	-0,04	-0,05	-0,07	-0,08	-0,10	-0,13
PL	0,08	0,07	0,03	0,00	-0,03	-0,05	-0,06	-0,08	-0,10
RO	0,06	0,04	0,00	-0,03	-0,06	-0,08	-0,10	-0,13	-0,17
SI	0,05	0,02	-0,01	-0,03	-0,06	-0,08	-0,10	-0,11	-0,13
SK	0,07	0,05	0,02	-0,00	-0,03	-0,05	-0,06	-0,08	-0,10
HR	0,16	0,14	0,10	0,07	0,04	0,02	-0,00	-0,03	-0,05

Source: wiiw (2018).

Die bisherige Migrationsdynamik wurde von der wirtschaftlich höchst relevanten Bevölkerungsgruppe der 18-30-Jährigen mit relativ hohem Bildungsgrad getragen, wodurch EU-MOE-8-Länder eine Überalterung ihrer Bevölkerung im Schnelldurchlauf erlebt haben. Wenngleich dies das Überangebot an Arbeitskräften verringert hat und dadurch zu einem rascheren Lohnanstieg zumindest teilweise beigetragen hat (und anhand der oben genannten Prognose auch weiterhin beitragen wird), muss diese Entwicklung generell kritisch bewertet werden. Die Abwanderung von jüngeren, besser ausgebildeten Arbeitskräften verringert das Wachstumspotenzial und die Chancen der EU-MOE-8-Länder auf ein Aufsteigen in globalen Produktionsnetzwerken. Fehlende Qualifikationen der vorhandenen Arbeitskräfte

schmälern zudem die Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen. Wirtschaftspolitisch sollte hier angesetzt werden und (älteren) ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit gegeben werden, sich (am Arbeitsplatz) weiterzubilden. Andernfalls drohen die resultierende Stagnation der Arbeitsproduktivität und der (aufgrund des schrumpfenden Arbeitskräfteangebots) steigende Lohndruck sich zu einem makroökonomischen Ungleichgewicht zu verdichten, welches sich vermutlich in Form einer kontinuierlichen Verschlechterung der Zahlungsbilanz manifestiert. Das Problem des fallenden Arbeitskräfteangebotes wird sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen und bedarf einer koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche darauf abzielt, möglichst viele Arbeitskräfte möglichst lange im Wirtschaftsleben zu halten. Dazu gehörten einerseits Erleichterungen für ältere Arbeitskräfte sowie Maßnahmen, welche die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie erleichtern. (Letztere hätten zudem einen positiven Effekt auf Geburtenraten.)

Der Zusammenhang zwischen der Dynamik von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und Löhnen hängt mit der spezifischen Ausformung der relevanten Institutionen zusammen. Hier zeigt sich, dass diese Institutionen zunehmend von der gesamtwirtschaftlichen/ sektoralen auf die betriebliche Ebene verlagert werden. Der Anteil jener Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis einem gültigen Kollektivvertrag unterliegt, fiel in allen EU-MOE-8-Ländern (auf zwischen 15% (Polen) und 65% (Slowenien)). Wenngleich es in vielen Ländern ausgeprägten Kündigungsschutz für gewisse Arbeitsverhältnisse gibt und in den letzten Jahren Mindestlöhne (budgetschonend) angehoben wurden, sind die Arbeitsmärkte in den EU-MOE-8 liberalisiert und daher Löhne stärker Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage ausgesetzt als in Westeuropa. Die daraus resultierende Spreizung der Löhne über Branchen und Qualifikationsniveaus wird durch die gering und kurz bemessene Arbeitslosenunterstützung verstärkt. Insgesamt zeigt sich daher, dass die wichtigen makroökonomischen Stabilisierungsfunktionen von Arbeitsmarktinstitutionen ebenfalls fehlen, obwohl diese gerade in Hinblick auf die EU-MOE-8-spezifischen Probleme der Emigration, des Produktivitätswachstums, der (Über-)Alterung der Bevölkerung und der starken Abhängigkeit von ausländischer Nachfrage wichtig wären.

Ausblickend sei noch erwähnt, dass in diesem Bericht nicht auf die Art der Beschäftigung eingegangen wurde, wenngleich die Entwicklung von Teilzeit- und prekären Anstellungen sowie die Desaggregation der Lohnentwicklung über Geschlecht, Alter und Qualifikation aus arbeits- und sozialpolitischer Sicht und in Hinblick auf die weitere Abnahme des (jungen und gut ausgebildeten) Arbeitskräfteangebotes höchst relevant sind. Außerdem konnte die Lohnpolitik nicht in eine umfassende und koordinierte Sozialpolitik (im oben erwähnten Sinne) eingebettet werden. Diese Koordination sollte auf üblicherweise ausgeklammerte Politikbereiche (wie den sozialen Wohnbau, das Pflegesystem und den öffentlichen Verkehr) erweitert werden. Die Lohnentwicklung ist in den EU-MOE-8-Ländern zunehmend vom freien Spiel des Arbeitsmarktes geprägt. Unter Fortsetzung der demographischen Trends in der näheren und mittleren Zukunft wird dies die EU-MOE-8-Länder vor noch größere sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen stellen.

Literatur

Atoyan, R. und J. Rahman (2017), Western Balkans: Increasing women's role in the economy, IMF Working Paper WP/17/194, Washington.

Byrne, A. (2015), Hungary under fire over growing use of public works labourers, Financial Times, 13.08.2015.

Chivu, L., C. Ciutacu, R. Dimitriu und T. Țiclea (2013), The Impact of Legislative Reforms on Industrial Relations in Romania, International Labour Office, Industrial and Employment Relations Department (DIALOGUE), Decent Work Technical Support Team and Country Office for Central and Eastern Europe, Budapest.

Clauwaert, S., I. Schömann und N. Büttgen (2016), The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise. Country report: Slovenia.

Drahokoupil, J. (2016), What role can minimum wages play in overcoming the low-wage model in central and eastern Europe?, Working Paper 2016.09, European Trade Union Institute, Brüssel.

Eurofound (2014), Impact of the crisis on industrial relations and working conditions in Europe, Dublin.

Eurofound (2016), Mapping key dimensions of industrial relations, Publications Office of the European Union, Luxemburg.

Eurofound (2017), EurWORK's database on wages, working time and collective disputes, version 1.1, Oktober.

Europäische Kommission (2013), Industrial Relations in Europe 2012, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brüssel.

Europäische Kommission (2015a), Industrial Relations in Europe 2014, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brüssel.

Europäische Kommission (2015b), Unemployment benefits with a focus on making work pay, European Semester thematic fiche, 26.11.2015, Brüssel.

Europäische Kommission (2016a), Employment protection legislation, European Semester thematic fiche, 4.5.2016, Brüssel.

Europäische Kommission (2016b), Employment and Social Developments in Europe 2015, Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion, Brüssel.

Europäische Kommission (2016c), Employment and Social Developments in Europe: Annual Review 2016, Generaldirektorat für Beschäftigung, Soziales und Integration, Brüssel.

Europäische Kommission (2017), Herbstprognose 2017.

Europäische Kommission (2018), 2017 annual report on intra-EU labour mobility, Final Report, Jänner.

Frazer, H. und E. Marlier (2016), Minimum Income Schemes in Europe: A study of national policies 2015, Studie des European Social Policy Network (ESPN) im Auftrag des Generaldirektorats für Beschäftigung, Soziales und Integration, Brüssel.

Glassner, V. (2013), Central and eastern European industrial relations in the crisis: National divergence and path-dependent change, Transfer: European Review of Labour and Research, Vol. 19, No. 2, S. 155-169.

Harvan, P. (2010), Evaluation of Efficiency and Effectiveness of Spending on Active Labour Market Policies, Economic Analysis, No. 22, Financial Policy Institute, Bratislava.

- Hazans, M. (2011a), Informal Workers Across Europe: Evidence from 30 Countries, IZA DP No. 5871, Juli, Bonn.
- Hazans, M. (2011b), What Explains Prevalence of Informal Employment in European Countries: The Role of Labor Institutions, Governance, Immigrants, and Growth, IZA DP No. 5871, Juli, Bonn.
- Horodnic, I.A. (2016), Cash wage payments in transition economies: Consequences of envelope wages, IZA World of Labor 2016: 280.
- IWF (2016), Cross-country report on minimum wages, Country Report 16/151, Internationaler Währungsfonds, Washington.
- Kluge J. und A. Weber (2010), Active Labour Market Analysis Policy Evaluations: A Meta Analysis, Economic Journal, 120.
- Landesmann, M. und R. Stöllinger (2018), Structural change, trade and global production networks: an "appropriate industrial policy" for peripheral and catching-up economies, Working Paper, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien (i.V.).
- Mishra, P. (2014), Emigration and Wages in Source Countries: A Survey of the Empirical Literature, IWF.
- OECD (2014), OECD Economic Surveys: Slovak Republic 2014, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2016), OECD Employment Outlook 2016, OECD Publishing, Paris.
- Phillips, A. W. (1958), The Relationship between Unemployment and the Rate of Change of Money Wages in the United Kingdom 1861-1957, *Economica*, 25(100), S. 283-299.
- Schneider, F. (2015), Size and Development of the Shadow Economy of 31 European and 5 Other OECD Countries from 2003 to 2015: Different Developments, <http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/2015/ShadEcEurope31.pdf>.
- Stansbury, A. und L. Summers (2018), On the link between US pay and productivity, 20. Februar, <https://voxeu.org/article/link-between-us-pay-and-productivity>.
- Stoviček, K. (2013), Minimum wages in Slovenia: Reducing employment but not poverty?, ECFIN Country Focus, Vol. 10/4, Juni, Europäische Kommission, Brüssel.
- Visser, J. (2016), ICTWSS Data base. version 5.1. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), Universität Amsterdam, September.
- wiiw (2016a), Growth Stabilises: Investment a Major Driver, Except in Countries Plagued by Recession. Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, wiiw Forecast Report Spring 2016, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien.
- wiiw (2016b), Labour Shortages Driving Economic Growth? Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, wiiw Forecast Report Autumn 2016, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien.
- wiiw (2017a), Cautious Upturn in CESEE: Haunted by the Spectre of Uncertainty, Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, wiiw Forecast Report Spring 2017, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien.
- wiiw (2017b), CESEE Back on Track to Convergence. Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, wiiw Forecast Report Autumn 2017, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien.
- wiiw (2018), Riding the Global Growth Wave. Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, wiiw Forecast Report Spring 2018, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien.

Anhang

Tabelle A1 / Reales BIP-Wachstum 2016-2017, Prognose 2018-2020

	2016	2017	2018	2019	2020
Rumänien	4,8	6,9	4,2	3,5	4,0
Slowenien	3,1	5,0	4,8	3,7	3,6
Polen	3,0	4,7	3,8	3,5	3,3
Tschechien	2,6	4,4	3,7	3,3	3,2
Ungarn	2,2	4,0	4,0	2,8	2,4
Bulgarien	3,9	3,6	3,5	3,4	3,1
Slowakei	3,3	3,4	3,8	4,2	3,3
Österreich	1,5	2,9	3,2	2,2	2,2
Kroatien	3,2	2,8	2,5	2,7	2,8

Anmerkung: die Länder sind nach den BIP-Wachstumsraten 2017 absteigend gereiht.

Quelle: wiiw-Jahresdatenbank, Eurostat, WIFO-Monatsbericht 4/2018.

Tabelle A2 / Realer Output und reale Löhne pro Stunde, Lohnquoten, EU-MOE-8**Realer Output pro Stunde, 2000=100**

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bulgarien	100	104	110	113	115	121	125	130	132	133	140	146	150	152	154	159	164
Tschechien	100	108	109	114	119	125	133	139	139	135	138	141	141	141	143	150	150
Kroatien	100	93	95	99	101	104	102	107	109
Ungarn	100	102	101	103	102	103	102
Polen	100	102	105	107	108	112	119	125	127	129	130	133	136
Rumänien	100	107	124	133	146	154	164	173	188	181	177	179	199	209	215	227	240
Slowenien	100	103	104	107	111	118	125	131	130	122	126	130	129	128	130	130	134
Slowakei	100	103	111	120	123	127	135	145	148	144	151	154	157	162	165	169	172

Realer Lohn pro Stunde, 2000=100

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bulgarien	100	106	107	111	115	124	121	131	128	144	157	162	170	184	197	211	227
Tschechien	100	109	116	126	131	134	140	145	142	142	143	142	141	139	141	147	151
Kroatien	100	97	97	99	98	96	92	95	.
Ungarn	100	100	98	98	98	96	99
Polen	100	100	101	104	111	110	117	119	118	119	121	123	129
Rumänien	100	120	116	127	130	153	162	164	210	193	200	176	192	193	208	216	243
Slowenien	100	105	102	103	105	111	115	119	120	120	121	122	118	115	116	117	123
Slowakei	100	99	107	111	110	114	119	127	128	132	135	134	133	134	137	142	148

Anteil von Löhnen am BIP¹⁾, in %

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bulgarien	26.9	27.4	26.7	27.2	27.3	28.2	26.9	27.3	27.6	29.8	31.2	30.3	31.6	33.8	35.0	35.3	35.9
Tschechien	29.0	29.1	29.9	30.0	29.9	30.1	30.0	29.7	30.5	30.6	30.6	30.7	31.3	31.1	30.6	30.1	30.7
Kroatien	43.3	40.9	42.0	42.3	41.6	41.5	40.9	41.1	41.0	42.5	41.5	40.8	41.1	40.3	40.4	39.8	39.5
Ungarn	32.9	34.0	33.5	35.2	35.5	35.9	35.7	35.6	35.2	35.4	35.8	35.5	35.9	35.6	34.9	33.2	34.6
Polen	34.4	35.1	33.6	32.8	31.0	30.9	30.7	31.0	32.9	31.9	32.0	31.3	31.1	31.2	31.4	30.9	31.7
Rumänien	30.8	33.8	32.6	30.5	30.3	31.9	31.3	27.1	30.1	28.4	29.6	27.4	27.1	26.1	27.3	27.3	29.0
Slowenien	43.8	44.3	43.3	42.9	42.9	42.9	42.5	42.1	43.0	44.6	45.1	44.0	43.8	42.7	42.0	41.7	42.3
Slowakei	30.9	30.1	29.9	29.3	28.0	28.3	28.0	27.6	27.3	29.2	28.5	28.7	28.7	28.5	28.8	29.4	30.2

Bereinigte Lohnquote²⁾, in %

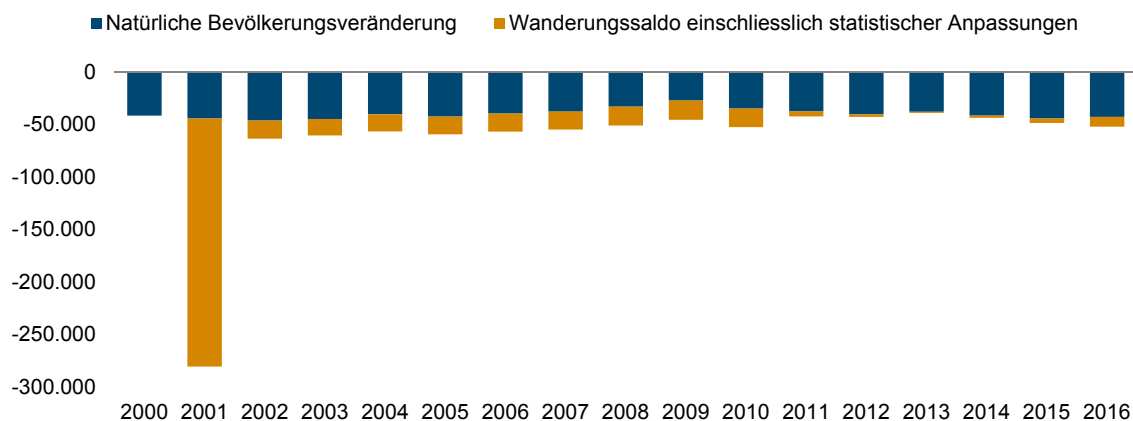
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bulgarien	49.7	50.8	49.1	48.9	47.4	46.7	44.9	43.8	45.7	48.4	49.9	48.2	49.9	53.9	56.2	56.2	56.3
Tschechien	45.0	45.0	46.8	47.7	47.2	46.9	46.8	46.3	47.0	47.0	47.8	48.1	48.8	48.4	47.4	46.5	47.4
Kroatien	67.1	63.0	64.5	64.6	63.2	62.9	61.3	60.8	60.5	62.9	62.1	61.0	59.5	57.3	55.8	55.4	53.8
Ungarn	52.6	52.6	51.6	52.6	52.5	52.8	51.9	51.6	51.3	50.7	49.4	49.1	49.2	48.2	47.3	45.3	46.9
Polen	56.8	58.5	56.0	53.9	50.6	49.7	48.5	48.3	50.1	48.7	49.0	47.9	47.8	47.7	47.8	47.2	48.2
Rumänien	71.8	75.7	61.5	60.1	53.8	58.5	55.4	49.1	52.5	51.2	54.4	48.8	48.0	46.1	47.3	44.6	45.5
Slowenien	61.7	61.9	61.0	60.3	60.4	60.4	59.8	58.9	60.0	63.0	64.0	62.8	63.0	62.3	61.0	60.7	61.1
Slowakei	44.6	43.7	43.8	43.1	41.7	42.3	41.7	41.4	41.9	45.1	44.3	44.0	43.9	43.8	44.1	44.9	45.7

1) Jahreslöhne und Gehälter in Relation zum BIP zu Marktpreisen (Eurostat). 2) Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigten als Verhältnis vom BIP zu Marktpreisen je Erwerbstätigen (Ameco).

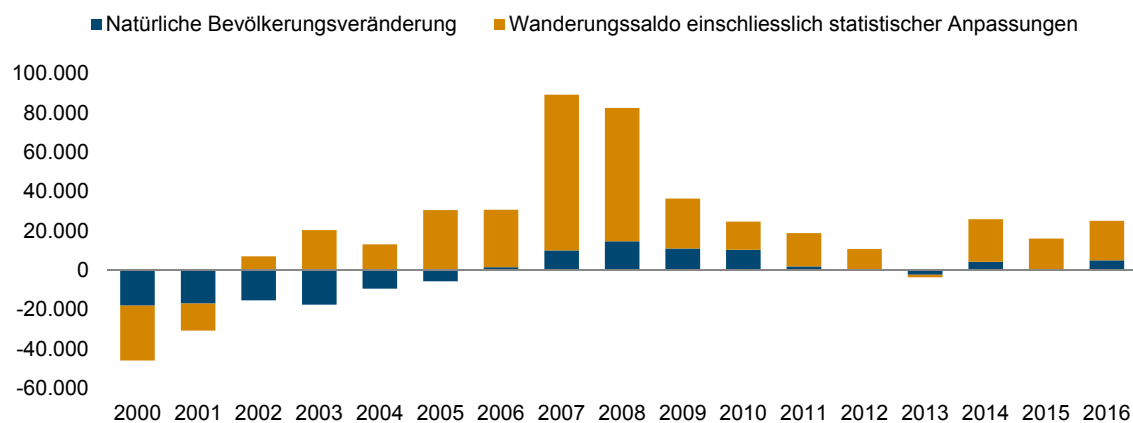
Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

Abbildung A1 / Natürliche Veränderung der Bevölkerung und Nettomigration in den einzelnen EU-MOE-Ländern

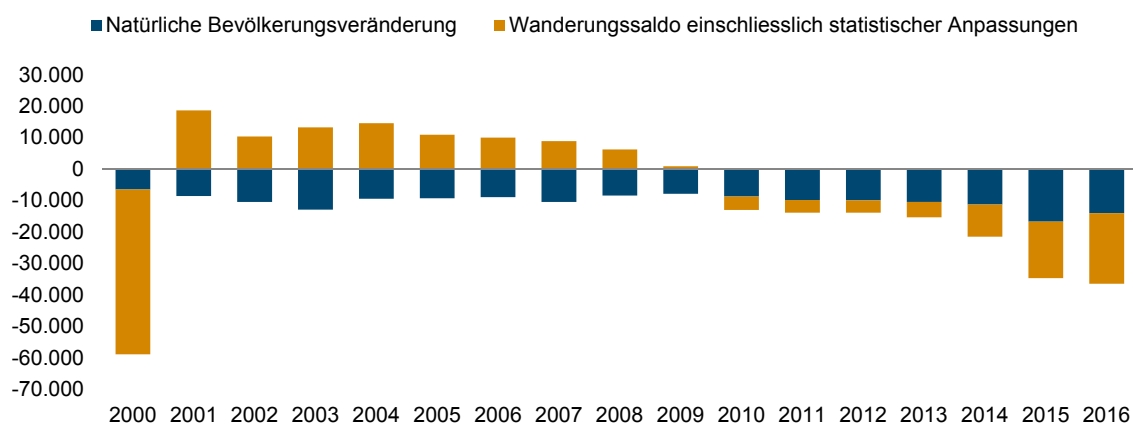
Bulgarien



Tschechische Republik



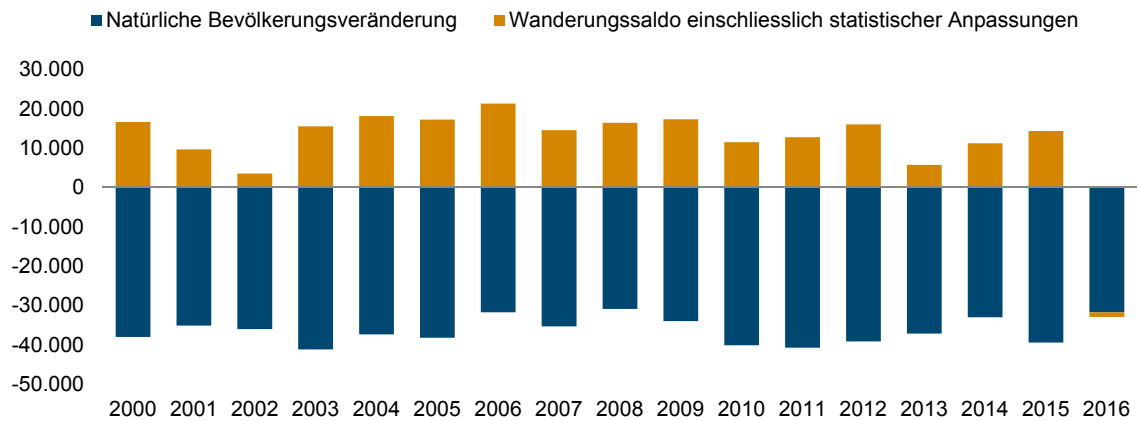
Kroatien



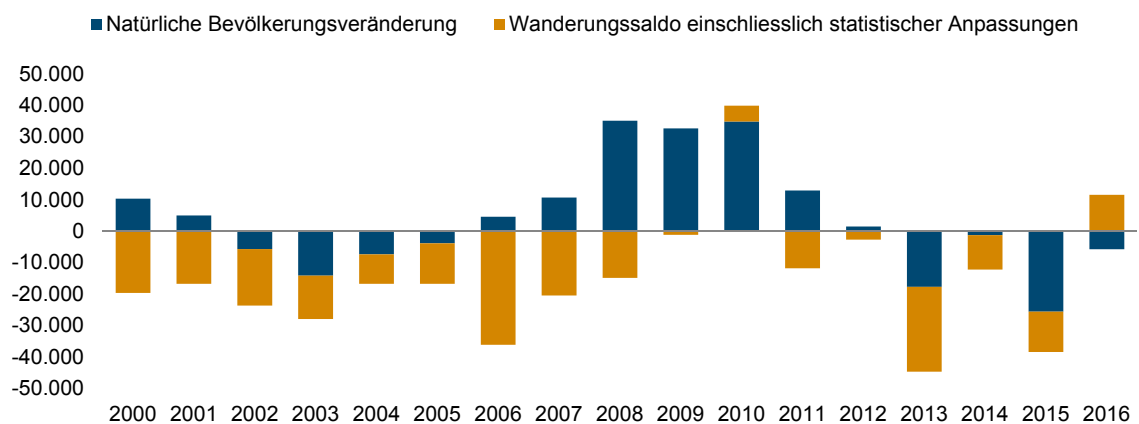
Fortsetzung.

Abbildung A1 / Fortsetzung.

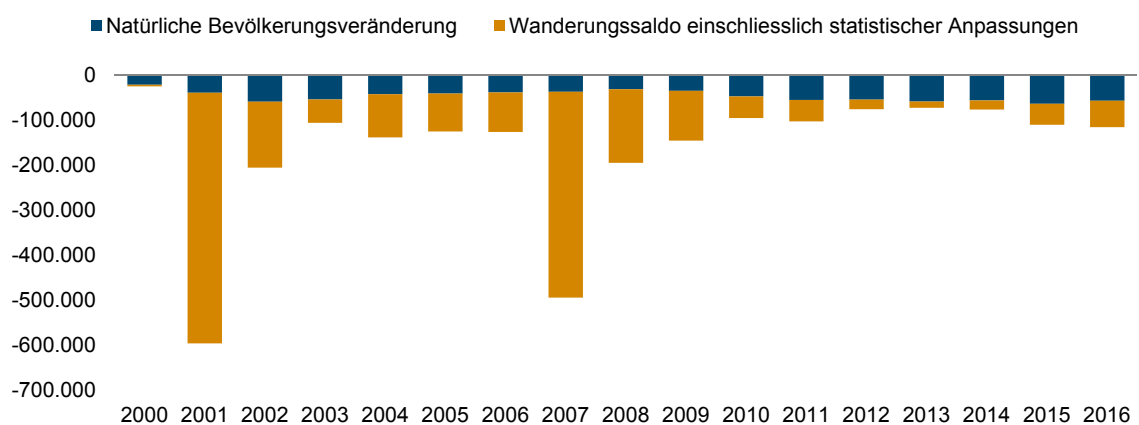
Ungarn



Polen



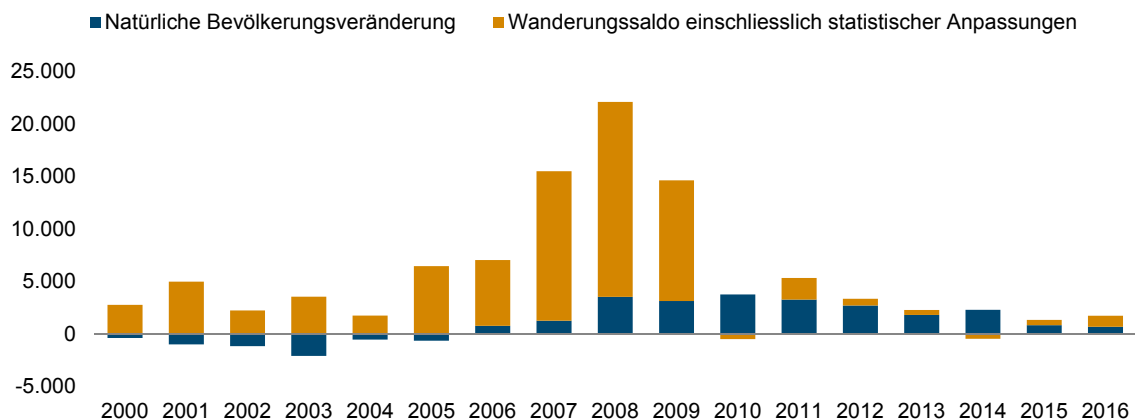
Rumänien



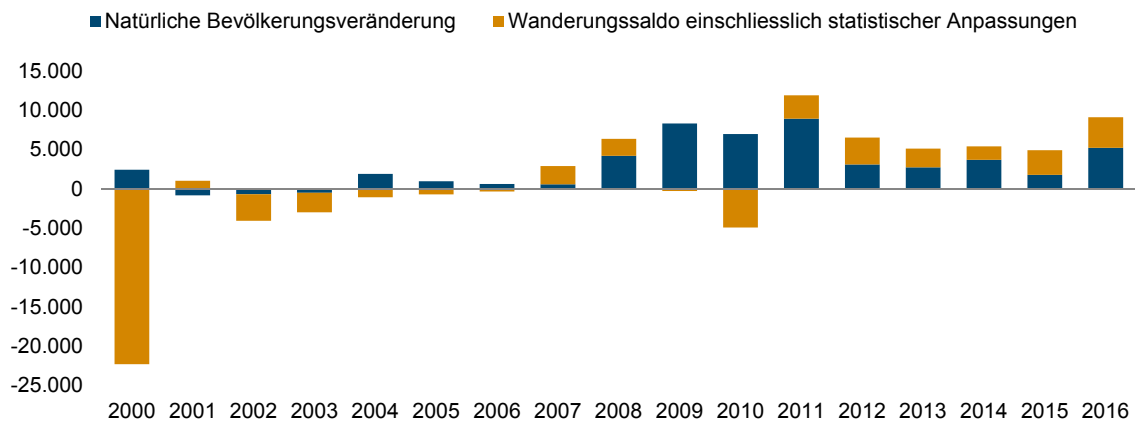
Fortsetzung.

Abbildung A1 / Fortsetzung.

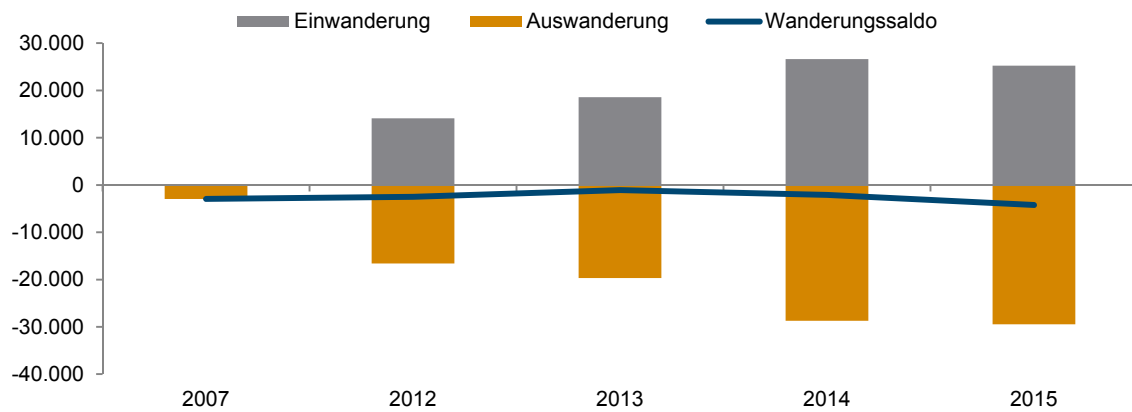
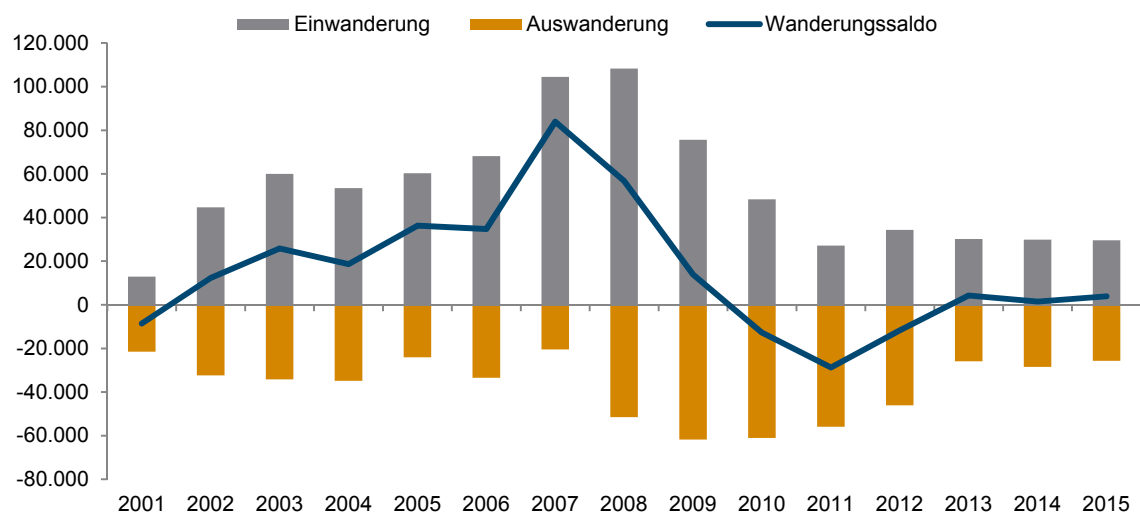
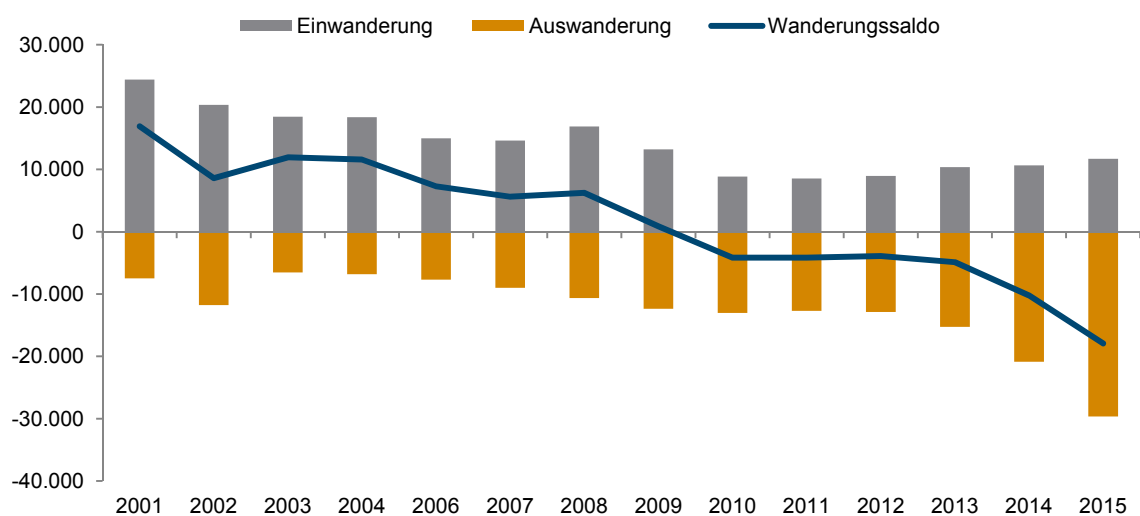
Slowenien



Slowakei



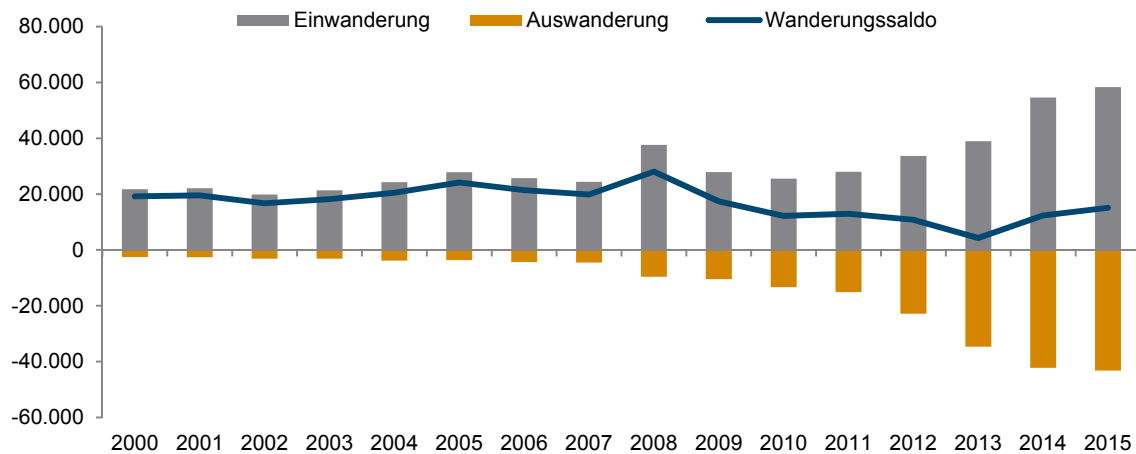
Quelle: Eurostat (2018).

Abbildung A2 / Migrationsumsatz in den einzelnen EU-MOE-Ländern**Bulgarien****Tschechische Republik****Kroatien**

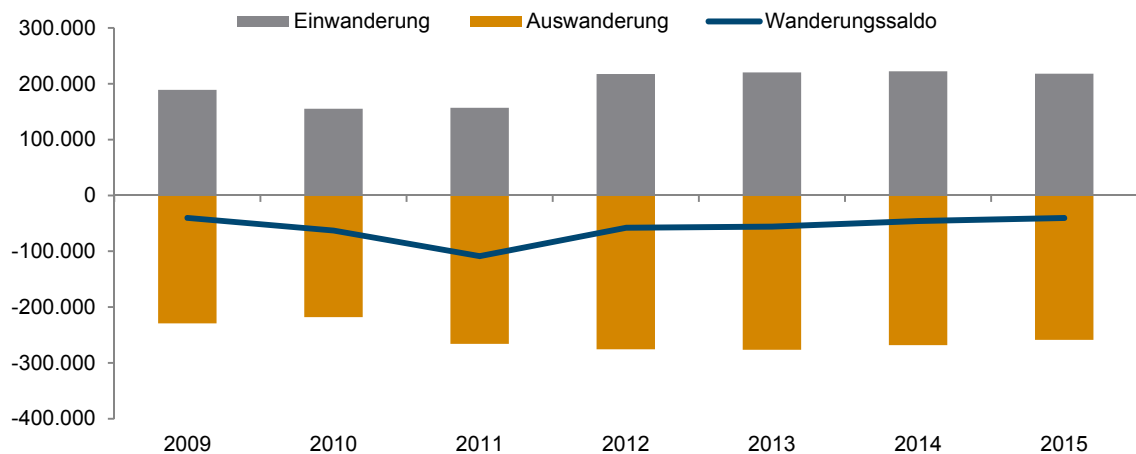
Fortsetzung.

Abbildung A2 / Fortsetzung.

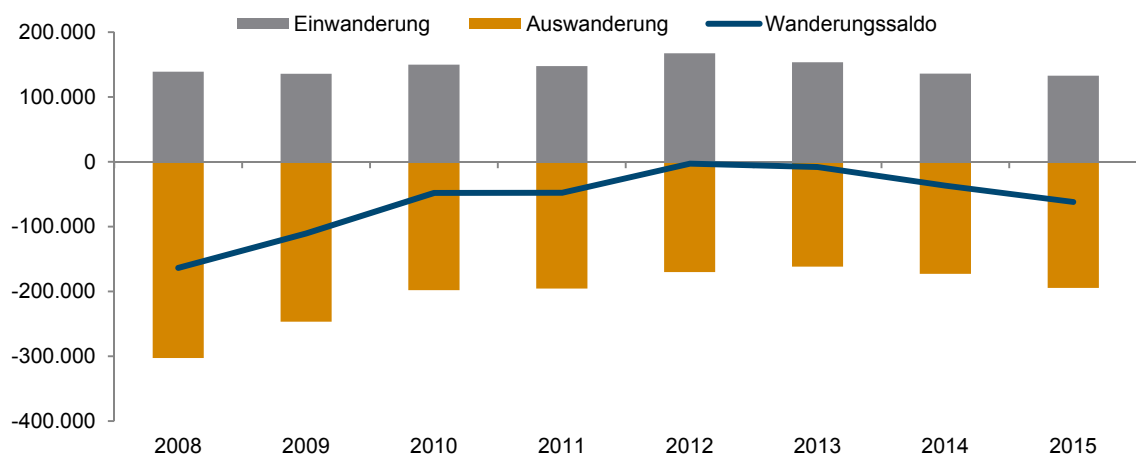
Ungarn



Polen



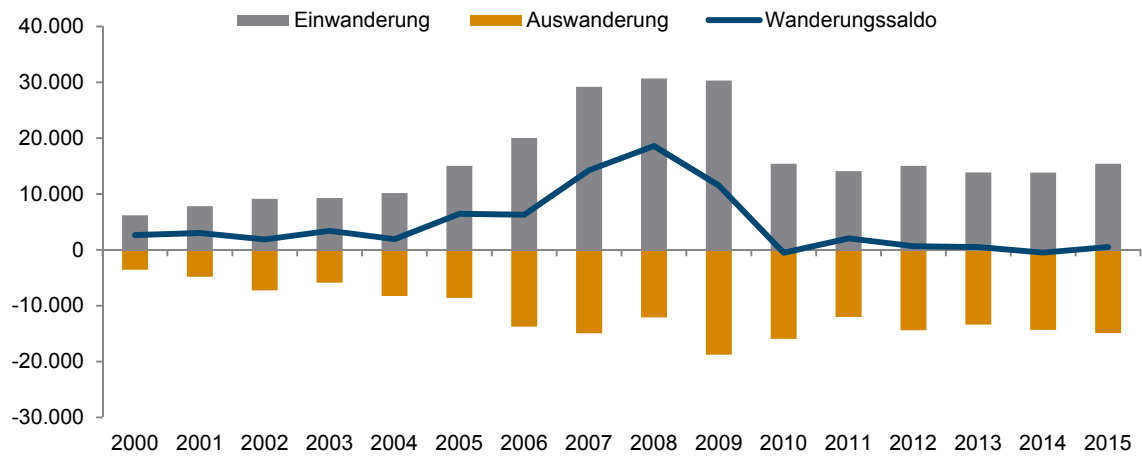
Rumänien



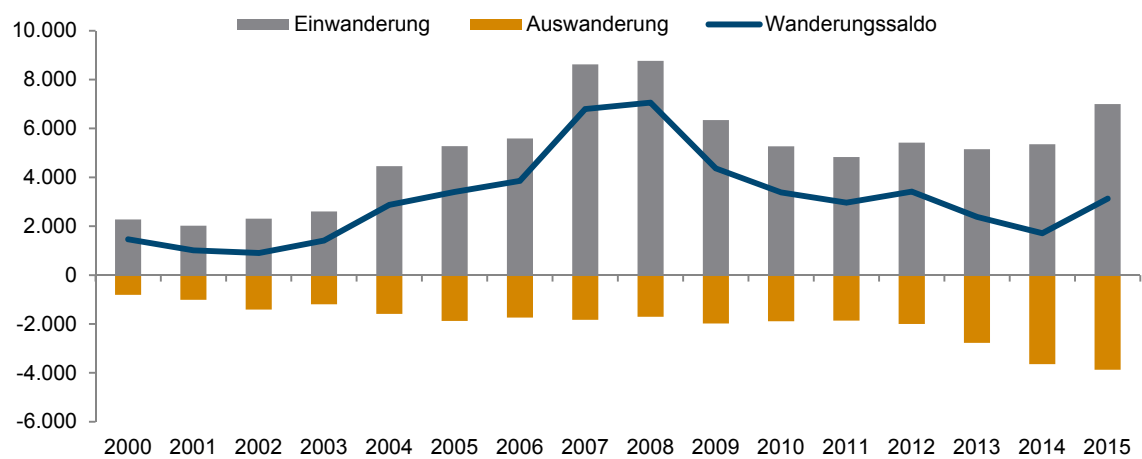
Fortsetzung.

Abbildung A2 / Fortsetzung.

Slowenien



Slowakei



Quelle: Eurostat (2018).

SHORT LIST OF THE MOST RECENT WIIW PUBLICATIONS

(AS OF JULY 2018)

For current updates and summaries see also wiiw's website at www.wiiw.ac.at

DIE LOHNENTWICKLUNG IN DEN MITTEL- UND OSTEuropÄISCHEN MITGLIEDSLÄNDERN DER EU

by Vasily Astrov (Kordinator), Mario Holzner, Sebastian Leitner, Isilda Mara, Leon Podkaminer und Armon Rezai

wiiw-Forschungsberichte / wiiw Research Reports in German language, No. 12, July 2018

67 pages including 16 Tables, 27 Figures and 5 Boxes

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2018/07-08

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Russia's trade reorientation: EU versus China, 2014 and 2017
- › Opinion Corner: Italy: three cheers for democracy!
- › The New Silk Road: companion or competitor to the EU and the EAEU?
- › Is Austria's economy still locked-in in the CESEE region? Austria's competitiveness at the micro level
- › Effects of non-tariff measures on gross exports and value added exports
- › Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – July-August 2017 to July-August 2018

wiiw Monthly Reports, No. 7-8, July-August 2018

47 pages including 3 Tables and 27 Figures

exclusively for wiiw Members

DIE "EUROPÄISCHE SEIDENSTRABE"

by Mario Holzner (Kordinator), Philipp Heimberger und Artem Kochnev

wiiw-Forschungsberichte / wiiw Research Reports in German language, No. 11, July 2018

43 pages including 10 Tables and 17 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

THE IRANIAN ECONOMY: CHALLENGES AND OPPORTUNITIES

by Mahdi Ghodsi, Vasily Astrov, Richard Grieveson and Robert Stehrer

wiiw Research Reports, No. 429, July 2018

63 pages including 2 Tables, 43 Figures and 1 Box

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

FOREIGN DIRECT INVESTMENTS: A COMPARISON OF EAEU, DCFTA AND SELECTED EU-CEE COUNTRIES

by Peter Havlik, Gábor Hunya and Yury Zaytsev

wiiw Research Reports, No. 428, July 2018

43 pages including 2 Tables, 23 Figures and 1 Box

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2017/6

CENTRAL, EAST AND SOUTHEAST EUROPE: RECENT ECONOMIC DEVELOPMENTS AND FORECAST

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Table: Forecast overview
- › Figure: Growth drivers
- › Albania: Overvalued domestic currency
- › Belarus: Unexpected surge in economic activity
- › Bosnia and Herzegovina: Risks high ahead of election
- › Bulgaria: Past the peak of the cycle?
- › Croatia: Investments subdued
- › Czech Republic: Balanced and moderate growth
- › Estonia: Growth boosted by internal demand
- › Hungary: Strong expansion on fragile fundamentals
- › Kazakhstan: Benefiting from high oil prices
- › Kosovo: Growth accelerating amid political instability
- › Latvia: Still riding high on the election and investment cycle but slowdown ahead
- › Lithuania: Flourishing economy but lacking welfare state
- › Macedonia: New name and improved connectivity may boost growth
- › Montenegro: Stable outlook
- › Poland: First clouds on the horizon
- › Romania: Economic growth falters
- › Russian Federation: More of the same will not be helpful
- › Serbia: Cautiously optimistic
- › Slovakia: Solid growth with extra kick from automotive industry
- › Slovenia: Broad-based growth continues
- › Turkey: Sailing close to the wind
- › Ukraine: Remittances offset growing trade deficit
- › Index of subjects – June 2017 to June 2018

wiiw Monthly Report, No. 6, June 2018

27 pages including 1 Table and 1 Figures

exclusively for wiiw Members

MOSOE: KONJUNKTURZENIT ÜBERSCHRITTEN

by Vasily Astrov und Julia Grübler

wiiw-Forschungsberichte / wiiw Research Reports in German language, No. 10, June 2018

91 pages including 105 Tables, 19 Figures and 1 Box

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

FDI IN CENTRAL, EAST AND SOUTHEAST EUROPE: DECLINES DUE TO DISINVESTMENT

by Gábor Hunya. Database and layout by Monika Schwarzhappel

wiiw FDI Report, Central, East and Southeast Europe, June 2018

157 pages including 106 Tables, 20 Figures and 1 Box

hardcopy: EUR 70.00 (PDF: EUR 65.00)

ISBN-978-3-85209-060-3

ECONOMIC POLICY IMPLICATIONS OF THE BELT AND ROAD INITIATIVE FOR CESEE AND AUSTRIA

by Julia Grübler (coordinator), Alexandra Bykova, Mahdi Ghodsi, Doris Hanzl-Weiss, Mario Holzner, Gábor Hunya and Robert Stehrer

wiiw Policy Notes and Reports, No. 23, June 2018

17 pages including 1 Table and 5 Figures

PDF only: free download from wiiw's website

TRADE POLICIES AND INTEGRATION OF THE WESTERN BALKANS

by Oliver Reiter and Robert Stehrer

wiiw Working Papers, No. 148, May 2018

39 pages including 16 Tables and 3 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2018/05

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Eco-Innovation (EI) Index
- › Forty-five years of wiiw: A look at the founding history of the Vienna Institute for International Economic Studies
- › Exploring the separatist-controlled areas of Ukraine from outer space
- › The drivers and effects of eco-innovations: What is the role of public policy intervention?
- › European Innovation Partnerships: How efficient have they been in promoting innovation in the EU?
- › Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – May 2017 to May 2018

wiiw Monthly Report, No. 5, May 2018

46 pages including 1 Table and 23 Figures

exclusively for wiiw Members

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger, Eigentümer und Hersteller:

Verein „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ (wiiw),
Wien 6, Rahlgasse 3

ZVR-Zahl: 329995655

Postanschrift: A 1060 Wien, Rahlgasse 3, Tel: [+431] 533 66 10, Telefax: [+431] 533 66 10 50
Internet Homepage: www.wiiw.ac.at

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche", A 1060 Wien, Rahlgasse 3. Vereinszweck: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der zentral- und osteuropäischen Länder sowie anderer Transformationswirtschaften sowohl mittels empirischer als auch theoretischer Studien und ihre Veröffentlichung; Erbringung von Beratungsleistungen für Regierungs- und Verwaltungsstellen, Firmen und Institutionen.



wiiw.ac.at